



Suchergebnisse: Friede

282 – Kaiser Probus hebt das Weinanbauverbot an Rhein und Mosel wieder auf

Deutschland - Frankreich * Kaiser Probus hebt das Weinanbauverbot an Rhein und Mosel wieder auf, da er erkannte: „Wein braucht Frieden, Frieden braucht Wein, Wein ist Frieden“. Er ist mit dieser Tat der erste „Förderer des Deutschen Weinhandels“.

6. Januar 1103 – Kaiser Heinrich IV. verkündet den Reichslandfrieden

Mainz * Mit dem durch Kaiser Heinrich IV. verkündeten Reichslandfrieden stehen alle Juden unter dem persönlichen Schutz des Kaisers. Das bedeutet aber, dass sie ab sofort keine Waffen mehr tragen dürfen und darauf angewiesen sind, sich von des Kaisers Truppen beschützen zu lassen. Das Gesetz begründet die Ausnahmestellung der Juden und zugleich ihre Wehr- und Waffenunwürdigkeit.

1130 – Bernhard von Clairvaux erarbeitet die Ordensregel der Templer

Clairvaux * Inwieweit Bernhard von Clairvaux an der Erstellung der Ordensregel der Templer beteiligt war, ist umstritten. Der Zisterziensermönch kann aber den Templern bei der Findung eines angemessenen Rahmens helfen und mit seinem rhetorischen Talent diesen auch gegenüber Skeptikern durchsetzen. Bernhard von Clairvaux sieht in den Templern die neuen Glaubenskrieger, die den freien Zugang zu den Heiligen Stätten wieder herstellen, die Pilger schützen und den Frieden sichern. Kein Wunder also, dass die Ordensregeln der Templer ganz im Geiste der von Bernhard von Clairvaux stark beeinflussten Ordensregeln der Zisterzienser gehalten sind und die Tempelritter bei ihrem Eintritt in den Orden Armut, Keuschheit und Gehorsamkeit geloben müssen. In seinem Traktat „Lob der neuen Ritterschaft“ preist Bernhard die Tugenden sowie die Werke der Nächstenliebe der Tempelherren und gibt damit dem Ritterorden eine theologische Begründung. Bei so viel Unterstützung durch Bernhard von Clairvaux verwundert es nicht, dass sich die Tempel-Ritter zu den Zisterziensern hingezogen fühlen. Aufgrund ihrer Kleidung werden diese Kirchenmänner auch als „weiße Mönche“ bezeichnet. Und nachdem die Tempelherren die Zisterzienser als ihren Mutterorden empfinden, übernehmen sie auch die Farbe weiß für ihren Umhang.



1130 – Der gerechte Krieg ist als das kleinere Übel akzeptiert

Clairvaux * Für Bernhard von Clairvaux ist der gerechte Krieg als das kleinere Übel akzeptiert. Unter Christen ist er nur gerecht, wenn die Einheit der Kirche auf dem Spiel steht. Gegen die Juden, die Ketzer und die Heiden soll Gewalt vermieden werden, weil sich die Wahrheit nicht mit Gewalt durchsetzen lässt. Der Christ soll überzeugen, weshalb - aus der Sicht des später zum Heiligen erklärten Bernhard von Clairvaux - gegen diesen Personenkreis nur ein Verteidigungskrieg gerechtfertigt ist, bei dem er allerdings die Gewalt auf ein Mindestmaß reduziert wissen will. Vom Gerechten Krieg zum Heiligen Krieg ist es damit nicht mehr weit, solange er gegen die Heiden und Ungläubigen gerichtet ist. Bernhard von Clairvaux hebt in seinen Kreuzzugpredigten die islamische Aggression und Bedrohung der gesamten christlichen Kirche hervor. Sein Fazit lautet: Nur durch einen Gerechten und Heiligen Krieg kann der Frieden wieder hergestellt werden. Unter Frieden versteht der Kirchenmann die Aufrechterhaltung der gottgewollten Ordnung. Bernhard von Clairvaux will aus Raubrittern, Weiberhelden, Totschlägern, Meineidigen und Friedensbrechern zutiefst beherrschte, asketische und christliche Ritter machen. Dabei will er aber die natürlichen Triebe - wie Aggression - nicht unterdrücken, sondern sie durch höhere Ziele - sozusagen - veredeln. Im Zentrum seines Werkes steht deshalb der Begriff der „militia Christi“. „Gute Ritter“ kämpfen, um Glauben und Kirche zu verteidigen, „Schlechte Ritter“ wirken in prunkvollem Aufzug und folgen eigensüchtigen Motiven. In einer Werbeschrift für die Tempel-Ordensritter sagt der heilige Bernhard: „An erster Stelle stehen Disziplin und uneingeschränkter Gehorsam. Jeder kommt und geht, wie es der Vorgesetzte befiehlt. Jeder trägt die ihm zugeteilte Kleidung, keiner besorgt sich Nahrung oder Kleidung nach seinem Gutdünken. Hinsichtlich Ernährung und Gewandung gibt man sich mit dem Notwendigsten zufrieden und meidet alles Überflüssige. Die Templer leben maßvoll und fröhlich in einer Gemeinschaft, ohne Frauen und Kinder. Um der apostolischen Lebensweise möglichst nahe zu kommen, leben sie alle unter gleichen Bedingungen im gleichen Haus, auch nennen sie nichts ihr eigen, um einer einheitlichen Gesinnung und eines friedlichen Zusammenlebens willen. Ungebührliche Reden, nutzlose Beschäftigung, lautes Gelächter, heimliches Tuscheln und selbst unterdrücktes Kichern sind unbekannt. Sie verabscheuen Schach und Würfelspiel; sie hassen die Jagd, ja, sie erfreuen sich nicht einmal am Flug des Falken. Sie verachten Komödianten, Taschenspieler, Schwätzer und zweideutige Lieder sowie Vorstellungen von Possenreißern, denn sie erachten das alles als sinnlose, nichtige Torheiten. Sie tragen das Haar kurz geschnitten, weil es ihrer Ansicht nach beschämend für einen Mann ist, langes Haar zu haben. Niemals übertrieben gekleidet, baden sie selten; sie sind schmutzig und behaart, und ihre Haut erscheint gebräunt vom Tragen des Kettenhemds und von der Sonne“. Die Glaubenskrieger sollen in die Schlachten Gottes ziehen. Und sollte ein Templer dabei sein Leben verlieren, so stirbt er selig als Blutzeuge für den christlichen Glauben. In der Werbeschrift



Bernhards liest sich das so: „Freue dich, starker Kämpfer, wenn du in dem Herrn lebst und siegst! Aber noch mehr frohlocke und rühme dich, wenn du stirbst und dich mit dem Herrn vereinst“. Die Gegner der Glaubenskrieger sind ja „nur“ Heiden ohne Glauben.

1146 – Der Reichslandfrieden aus dem Jahr 1103 hält

Deutschland * Der Reichslandfrieden aus dem Jahr 1103 hält, als ein Heer fanatischer Kreuzfahrer aus Frankreich in Deutschland einfällt und der Mönch Rudolf aus dem Kloster Clairvaux bedingungslosen Hass gegen die Juden predigt. Der damalige deutsche König Konrad III. nimmt sein Schutzversprechen ernst und rettet die meisten Juden.

14. Juni 1158 – Der Augsburger Schied - Münchens Geburtsurkunde

Augsburg - München * Ein vergilbtes Pergament im Format 34 × 44 Zentimeter gilt als die Geburtsurkunde der bayerischen Landeshauptstadt. Die von Kaiser Friedrich I. Barbarossa auf dem Reichstag in Augsburg unterzeichnete Urkunde ging als „Augsburger Schied“ in die Geschichte ein. In dem Kaiserdiplom, das als „conventio“ – also als Übereinkunft – bezeichnet wird, werden die Streitpunkte verbindlich geregelt. „Mit Zustimmung und Willen der beiden streitenden Parteien“ wird festgelegt: Der Markt, der bislang in Föhring abgehalten wurde, ebenso die Zollbrücke und die Münzstätte, werden dort künftig nicht mehr bestehen. Als Ersatz hat Herzog Heinrich der Kirche von Freising ein Drittel des Gesamteinkommens aus seinem Marktzoll zu München übertragen, sei es aus Abgaben für Salz, sei es für andere dort ein- und ausgehende Groß- und Kleinstückwaren. Bezüglich des Zöllners wird vereinbart, dass jede Partei einen eigenen einsetzen kann oder – falls gewünscht – beide gemeinsam einen bestimmen, der beiden verantwortlich ist. Ähnlich verhält es sich mit der Münze: Ein Drittel der Einkünfte erhält der Bischof, zwei Drittel stehen dem Herzog zu. Eine Münzstätte soll nach Ermessen des Herzogs errichtet werden. Zudem darf auch der Bischof von Freising eine eigene Münzstätte gründen, wenn er es wünscht. Von deren Erträgen erhält der Herzog lediglich ein Drittel, das er – unabhängig von dessen Höhe – nach dem Willen des Bischofs als Lehen weitergeben soll, wie es offenbar bereits geschehen ist. Von einem Unrecht oder gar einer Freveltat des Welfenherzogs findet sich in dieser kaiserlichen Urkunde kein Wort. Als Zeugen für die Richtigkeit des Rechtsspruchs werden vier hohe geistliche Würdenträger und vier weltliche Herrscher benannt. Doch auch wenn die Kaiserurkunde den Charakter einer gütlichen Einigung in sich trägt, so ist sie in ihrem Kern doch ein regalienrechtlicher Spruch des Kaisers. Mit diesem Kompromiss kann Kaiser Friedrich I. Barbarossa einen Interessenausgleich zwischen dem Bischof von Freising und dem bayerischen Herzog erzielen und damit beide zufrieden



stellen.

24. Juli 1177 – Frieden zwischen Kaiser Friedrich Barbarossa und Papst Alexander III.

Venedig * In Venedig kommt es zu einem Verständigungsfrieden zwischen Kaiser Friedrich Barbarossa mit Papst Alexander III..

1179 – Templer und Johanniter zu einem Friedensschluss bewegt

Rom-Vatikan * Papst Alexander III. sieht sich veranlasst, die Templer und die Johanniter zu einem Friedensschluss zu bewegen.

13. Juli 1180 – Kaiser Barbarossa widerruft die Belehnung des Herzogtums Baiern

Regensburg * Auf dem Reichstag zu Regensburg widerruft Kaiser Friedrich Barbarossa die Belehnung des Herzogtums Baiern an Herzog Heinrich dem Löwen. Das Regensburger Urteil, der zweiten für die Gründung Münchens wichtigen Kaiserurkunde, wird vom selben Fürstengremium getroffen, das den Herzog zuvor abgesetzt hat und steht damit natürlich in einem engen Zusammenhang mit der Entmachtung Heinrichs des Löwen. Erstmals ist darin von der Zerstörung der Brücke und der gewaltsamen Verlegung des Marktes von Föhring die Rede. Die Regensburger Kaiserurkunde bezieht sich allerdings mit keinem Wort auf den Augsburger Schied vom 14. Juni 1158. Dafür heißt es: „Es mögen daher in Gegenwart und Zukunft alle Getreuen des Reiches wissen, dass unser geliebter Albert, Bischof von Freising, vor unserer Majestät erschienen ist und untertänig vor uns Klage geführt hat, dass der Edelmann Heinrich von Braunschweig, vormals Herzog von Baiern und Sachsen, den Markt mit der Brücke in Föhring, den seine Kirche seit uralten Zeiten ungestört in Besitz gehabt hatte, zerstört und ihn gewaltsam in den Ort München verlegt habe“. Die Darstellung ist knapp und sehr ungenau. Welchen Markt und welche Brücke sollte denn der Löwe zerstört haben? Lautete der erste Punkt des Augsburger Schieds vom 14. Juni 1158 doch: „Der Markt, der bisher zu Föhring abgehalten wurde, die Zollbrücke und die Münze, werden dort künftig nicht mehr bestehen“. Für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Stadt enthält der vierte Absatz des Kaiserdiploms eine regalechtliche Regelung. Demnach wird dem Freisinger Bischof der Markt und die Zollbrücke übertragen. Wie künftig die Einkünfte der Münze aufgeteilt werden, darüber trifft die Urkunde jedoch keine Aussage. Um diesen Sachverhalt und die Berechtigung der Klage zu untermauern und eine spätere eventuelle Zurücknahme der Entscheidung zu verhindern, bietet



der Freisinger Bischof eine Reihe von hochrangigen Würdenträgern als Zeugen auf. Damit ist die Rechnung des klage führenden Bischofs von Freising aufgegangen, indem er sich an das knapp einen Monat zuvor abgeschlossene landrechtliche Verfahren angehängt und gewonnen hat. Er hat in dieser Verfahrensweise die Gelegenheit gesehen, über eine Verurteilung des Welfenherzogs als Friedens- und Rechtsbrecher einen Gewinn für die eigene Kirche herauszuholen. Die Münchner Stadtherrschaft der Freisinger Bischöfe wird bis zum Jahr 1240 andauern.

19. Juni 1294 – Das Rudolfinum ist das Grundgesetz der Stadt München

München * Im Rudolfinum, dem aus 22 Artikeln bestehenden Grundgesetz der Stadt München, bestätigt Herzog Rudolph I. der Stadt alle Rechte seiner Vorgänger. Die Stadt München bekommt die Gerichtsbarkeit mit Ausnahme der drei Fälle, die zum Tode führen. Im Rudolfinum wird bereits der Begriff Burgfrieden als ein Bereich außerhalb der Stadtmauern formuliert, der zum Rechtskreis der Stadt gehört. Wörtlich heißt es dort: „in der stat oder darumbe, daz doch zu der stat gehöret.“

6. Mai 1315 – König Ludwig IV. der Baier und der Burgfrieden

München * König Ludwig der Baier äußert sich zum Burgfrieden wie folgt: „in der stat und umberal in den gerichtt, daz zu derselben stat gehöret“.

22. Mai 1324 – König Ludwig der Baier klagt den Papst der Häresie an

Sachsenhausen * In der Sachsenhausener Appellation bezeichnet König Ludwig der Baier Papst Johannes XXII. wegen seiner Haltung in der viel diskutierten Armutsfrage als „Schützer und Gönner ketzerischer Bosheit“ und klagt ihn der Häresie an. Der König benutzt dabei die Formulierung: „Johannes, der sich Papst nennt“ und dass er „ein Feind des Friedens“ sei.

20. Januar 1380 – Der Begriff Burgfrieden wird erstmals beschrieben

München * Im Gerichtsbuch der Stadt München erscheint erstmals der wörtliche Begriff Burgfrieden.



17. März 1391 – Münchens Gerichtsbezirk

München * Die Stadt und der Burgfrieden bilden einen einzigen Gerichtsbezirk.

17. März 1392 – Das erste Gnadenjahr außerhalb Roms ist in München

Rom-Vatikan - München * Papst Bonifaz IX. gewährt für die Zeit vom 17. März bis zum 1. August 1392 einen auf München und seinen Burgfriedensbezirk beschränkten Ablass. Er gilt für alle Sünden, außer für vorsätzliche Tötungen. Es war das erste Gnadenjahr außerhalb Roms. Die Ablasserbitter müssen in dieser Zeit nach München pilgern, dort sieben Tage verweilen, je dreimal die Frauenkirche, die Peterskirche, die Jakobskirche am Anger und die Spitalskapelle besuchen und mindestens einmal die ausgestellten Reliquien verehren, beichten und ein vom Beichtvater festgelegtes Almosen spenden. Die ganze Aktion ist nur darauf angelegt, dieses Almosen, eine versteckte Steuer, den Gläubigen aus der Tasche zu ziehen. Der Zugang zum Himmel muss mit barem Geld erkaufte werden. Der Kirche ist es höchst effektiv gelungen, den um ihre arme Seele fürchtenden Gläubigen einzureden, sie könnten sich durch Beichte und milde Gabe von der Strafe des Fegefeuers loszukaufen: „Sobald das Geld im Kasten klingt, die Seele in den Himmel springt!“ Nonnen wollen trotz Klausur nach München. Ihre Kirchenoberen können es ihnen nur unter Androhung der Exkommunikation und des Kerkers verbieten. Damit die Pilger ihr Geld nur an die vorbestimmte Stelle bringen, wird eine eigene Straßenpolizei gegründet. Die Masse der kleinen Leute ist es, die das Geld nach München bringt. Die Geschäftsleute Münchens machen einen enormen Schnitt. Auch die Jakobidult erlebt ab dem Gnadenjahr einen ungeheueren Aufschwung. Ursprünglich hat man geplant, die Einnahmen je zur Hälfte den genannten Kirchen und dem Papst zuzugestehen. Später wird auch Herzog Stephan ein Viertel zugesprochen. Da die Münchner einen Teil der Einnahmen abzweigen und der Papst dadurch leer ausgeht, werden über die „ruchlose Stadt“ die höchsten Kirchenstrafen verhängt: Bann und Interdikt. Das gesamte kirchliche Leben der Stadt muss solange ruhen, bis die Gelder zurückerstattet werden.

24. Oktober 1460 – Die Stadtgrenzen werden im Burgfriedensbrief festgelegt

München * Die Grenzen des Münchner Burgfriedens werden im Burgfriedensbrief festgelegt. Das auf der rechten Isarseite gelegene Gebiet gehörte ursprünglich zum Landgericht Wolfratshausen, das dort auch die Jurisdiktion, die Gerichtsbarkeit, ausübte. Die Stadtherren beantragten bei den regierenden Herzögen Johann und Sigmund die Erweiterung des Münchner Burgfriedens. In dem Erlass wurde daraufhin für den Bereich des Gasteigs bestimmt: „Es soll auch das Siechhaus



auf dem Gastay enhalb der Yserpruckh vnnd auch dieselb Yserpruckh auch In vnnsrer Statt München Burckfrid ligen. Doch so behalten wir vnns den wasserstromb der Yser, das vnns der mit Herrlichkeit soll beleiben vnnd zustehen“.

10. Juni 1530 – Begrüßung mit Prachtentfaltung und lebenden Bildern

München - Haidhausen * Nach der Schlacht bei Haidhausen setzt sich der Festzug wieder in Richtung München in Bewegung. Als die hochrangigen Persönlichkeiten von der Stadt aus sichtbar werden, beginnt ein aufwendig inszenierter Empfang: In ganz München läuten die Glocken. Von Türmen und Stadtmauern werden Salutschüsse abgefeuert. Auf der Isarbrücke findet ein Fischerstechen statt. Über dem Isartor schwebt ein Ballon in Gestalt eines fliegenden Drachens. Noch darüber ziehen weiß-blaue Fahnen mit dem bayerischen Wappen vorbei – getragen von einem Schwarm Tauben. Entlang des weiteren Weges erwarten die Gäste die damals beliebten „lebenden Bilder“ – aufwendig inszenierte Schauspiele mit drastischen Szenen. Je blutiger die Darstellung, desto größer offenbar das Interesse. An diesem Pfingstfreitag bekommen die Münchner reichlich Spektakel geboten. Auf einer Bühne bei der Hochbrücke im Tal wird die Geschichte der biblischen Königin Esther gezeigt, die als Gemahlin des persischen Königs Xerxes I. ihrem jüdischen Volk zur blutigen Rache verhilft. Das zweite Bild zeigt die Skythenkönigin Tomyris, wie sie das abgeschlagene Haupt des Perserkönigs Cyrus in einen Eimer voller Blut stößt. „Der Schauplatz bei den städtischen Fleischbänken war dafür nicht übel gewählt“, bemerkt der Historiker Siegmund Riezler trocken. Auf einer dritten Bühne in der Burgstraße lässt der Perserkönig Cambyses II. einen ungerechten Richter hinrichten, dessen Haut abziehen und damit einen Sessel beziehen. Auf diesem muss der Sohn des Verurteilten Platz nehmen – als Mahnung, künftig gerecht zu urteilen. Weitere Darstellungen zeigen das Herausreißen eines Herzens aus der geöffneten Brust eines Opfers und ähnliche Grausamkeiten, die vom Publikum offenbar mit Zustimmung aufgenommen werden. Lediglich der Kaiser zeigt sich laut einem Augenzeugen „ein wenig befremdet ob des vielen Blutes“. Der päpstliche Legat Lorenzo Campeggi soll dazu angemerkt haben, die Szenen seien nicht ohne versteckte Anspielung inszeniert worden: Man könne sie als Warnung an die „Ketzer“ verstehen – für den Fall, dass diese den von Seiner Majestät angebotenen Gottesfrieden nicht annähmen, werde man zu härteren Mitteln greifen.

23. Juli 1532 – Kaiser Carl V. schließt den Nürnberger Religionsfrieden

Nürnberg * Kaiser Carl V. schließt mit den evangelischen Reichsständen den Nürnberger Religionsfrieden. Gegen Bezahlung einer Türkenhilfe dürfen sie ihre Religion vorläufig frei



ausüben.

1533 – Johann Turmair, genannt Aventinus, beschreibt die Gründung Münchens

München * Der bayerische Historiker Johann Turmair, genannt Aventinus, schreibt folgende Zeilen über die Gründung Münchens: „Herzog Hainrich, der zwelft herzog in Bairn, hat die stat München gepaut auf des closters von Scheftlarn grunde, darumb man die stat München hat genent und füret ein münich für ir wappen. Damals war der salzhandl niderlag zu Vering underhalb München, gieng die straß von Reichenhal und Wasserburg durch, gehört dem stift Freising zue. Herzog Hainrich verprent Vering die stat, prach die pruck über die Iser ab, legt maut und zol, die straß und allen handl in sein stat München“. Diese Raubrittergeschichte hat sich seitdem unauslöschlich in die Gehirne bayerischer Schulkinder und Erwachsener eingebrannt. Mit dieser Schilderung geht Aventinus jedoch mit viel Phantasie weit über die knappen Angaben des Regensburger Urteils vom 13. Juli 1180 hinaus. Denn darin finden sich zu diesem Sachverhalt nur die folgenden Zeilen: „[...], dass der Edelmann Heinrich von Braunschweig, [...] den Markt mit der Brücke in Föhring, den seine Kirche seit uralten Zeiten ungestört in Besitz gehabt hatte, zerstört und ihn gewaltsam in den Ort Munichen verlegt habe“.

Von der Brandschatzung des gesamten Ortes Föhring steht im Regensburger Urteil ebenso wenig, wie sie Auskunft gibt, wie stark der Markt und die Brücke zerstört wurden. Außerdem ist Johann Turmair der Augsburger Schied vom 14. Juni 1158 nicht bekannt, da diese für die Münchner Stadtgründung so elementar wichtige Urkunde erstmals im Jahr 1582 veröffentlicht werden wird. Also nimmt der Historiker die ihm zugänglichen Informationen und zieht daraus seine Schlüsse. Und tatsächlich deutet im Regensburger Urteil von 1180 nichts auf die Existenz einer früheren - einvernehmlichen - Abmachung hin. Allerdings wird der Welfenherzog als Rechts- und Friedensbrecher dargestellt.

5. April 1541 – Der Nürnberger Religionsfrieden vom 23. Juli 1532 wird erneuert

Regensburg * Bis zum 29. Juli 1541 findet beim Reichstag in Regensburg ein Religionsgespräch statt. Nach ihrem Scheitern wird der Nürnberger Religionsfrieden vom 23. Juli 1532 erneuert.

25. September 1555 – Die religiös-politischen Verhältnisse im Reich werden regelt

Augsburg * Auf dem Augsburger Reichstag wird ein Reichsgesetz verkündet, das die



religiös-politischen Verhältnisse im Reich regelt und damit die Glaubensspaltung festschreibt. Im Augsburger Religionsfrieden werden lutherische Protestanten - nicht die Reformierten - den Katholiken reichsrechtlich gleichgestellt. Der Landesherr kann über die Konfession seiner Untertanen bestimmen. Andersgläubige dürfen das Land verlassen. Später wird der Grundsatz auf die griffige Formel „Cuius regio, eius religio“ [„Wessen die Herrschaft, dessen Glaube (gilt)“] gebracht.

29. Oktober 1555 – Ulrich Diefstetter wird Mühlenbesitzer in der Au

Au * In einem Lehensbrief wird die Übergabe der Mühle in der Au an Melchior's Sohn, Ulrich Diefstetter, beschrieben. „Von gottes genaden Wir Albrecht Pfälzgräve bei Rhein, Hertzog in Oberrhein und Nideren Bairen Bekennen mit dem offen brief, Das Wir Ulrichen Diefsteter Klingenschmid dem Mullschlag Ihenhalb [jenseits] der Iser an dem Rain auf dem pach zwischen der Mull Neideckh vnnd der Yserbrukchen, darauf yetzt ain Plathamer vnnd Schleifmull stet, mit sambt den Wasserflüssen daselbey, in vnnserm Lanndgericht Wolfertzhausen gelegen, [...] zur rechten lehen verliehen haben, vnnd verleihen Ime solches alles vnnd yedes mit seinen erenrechten gerechtigkeiten ein vnnd zuegehörungen hiemit wissentlich vnnd crafft ditz briefs [...]“

31. Oktober 1561 – Der Münchner Burgfrieden wird neu festgelegt und erheblich erweitert

München * Im sogenannten Albertinischen Rezeß wird der Grenzverlauf des Münchner Burgfriedens neu festgelegt und dabei das rechtsrheinische Gebiet erheblich erweitert. Herzog Albrecht V. bestimmt, dass der „Wasserturm und der Farthweg auf dem Gasstach“ zum Münchner Burgfrieden gehören soll.

3. September 1590 – Marco Bragadino berichtet nach Padua

Landshut * Marco Bragadino berichtet in einem Brief nach Padua über seine Erfahrungen mit Herzog Wilhelm V.: „Ich befinde mich bei diesem Fürsten von Baiern, einem Herrn voll der frömmsten Gedanken und Sitten und jeder einzigartigen Tugend, der mich liebt und so sehr meine völlige Zufriedenheit wünscht, dass ich wirklich sagen kann, ich sei der eigentliche Herr und Gebieter, ja noch mehr sagen könnte, wenn ich es wagte“.



17. April 1600 – Eine vierköpfige Kommission untersucht die Landfahrerfamilie Pämb

München-Gruggenau * Eine vierköpfige Kommission untersucht die Landfahrerfamilie Pämb. Auf Wunsch von Herzog Maximilian I. soll zunächst geprüft werden, ob sich die Familie tatsächlich für ein öffentlichkeitswirksames Exempel eignet. Die Kommission scheint zufrieden. Denn vor ihnen stehen zwei alte, ausgezehnte Menschen und zwei Burschen, die alle vier bereits durch die Folter gezeichnet sind, dazu ein zehnjähriges Kind. Sie sind davon überzeugt: diesen Delinquenten kann man alles mögliche andichten, auch eine Teufelsanbetung. Begeistert erstattet man dem Herzog davon Bericht. Den Hexen-Prozess leitet der Hofratskommissar Dr. Johann Simon Wagnereckh. Zunächst befragt er den kleinen Hansel. Mit anwesend sind dabei die Hofräte Jacob Hainmüller und Ernst von Roming, ein Schreiber sowie der Eisenmeister Sebastian Georg, der zugleich der Verwalter des Falkenturms und oberster Folterknecht ist. Zunächst soll Hansel nur sagen, ob seine Brüder jemals abgeschnittene Kinderhände mit sich geführt hätten. Schockiert schüttelt Hansel den Kopf und gab damit das Zeichen für die Folterknechte. Nach der Tortur gesteht der Zehnjährige alles, was man ihm an Unterstellungen über seine Brüder eingeredet hat. Ja, sie haben Kindern die Hände abgeschnitten, ja, sie haben Schwangere ermordet, um an die Hände der Ungeborenen zu kommen. „Ja“, immer wieder „ja“.

26. April 1606 – Die protestantische Mehrheit verprügelt spontan die Katholiken

Donauwörth * In Donauwörth zieht die katholische Minderheit - unter Verletzung des Augsburger Religionsfriedens - aus Anlass einer jährlich stattfindenden Bittprozession mit fliegenden Fahnen vom Kloster Heiligenkreuz aus. Es kommt zum Konflikt mit der protestantischen Mehrheit, die die Katholiken spontan verprügelt. Donauwörth ist eine der acht Freien Reichsstädte, in denen nach den Bestimmungen des Augsburger Religionsfriedens Katholiken und Protestanten das Recht freier Religionsausübung genießen.

1612 – Das eigenständige Gericht ob der Au nebst München wird eingerichtet

Au - Haidhausen * Nachdem der für die Au und Haidhausen zuständige Richter von Wolfratshausen und der Amtmann von Perlach den Verhältnissen in diesen Ortschaften nicht mehr gewachsen sind, werden für diese Ansiedlungen ein eigenständiges Gericht eingerichtet: das „Gericht ob der Au nebst München“, in das Obergiesing und Bogenhausen „aus bedenklichen Ursachen“ ausdrücklich nicht einbezogen wird. Es ist allerdings kein selbstständiges



Landgericht, sondern ein Niedergericht, deren hochgerichtlichen Funktionen auch weiterhin vom Landrichter in Wolfratshausen wahrgenommen werden. Das Gericht ob der Au ist letztlich nichts anderes als eine Hofmark unter der Gerichtsbarkeit des Hofoberrichteramtes. Der Grund dafür liegt in der besonderen Entwicklung dieser Vororte. Au und Haidhausen besitzen durch den starken Zuzug von Tagelöhnern mit ihren Familien eine völlig andere, vorwiegend gewerblich geprägte Sozialstruktur. Die sie umgebende Dörfer sind dagegen bäuerlich organisiert. Viele Tagwerkerfamilien folgen, oft aus blanker Not heraus, den Verheißungen der Stadt. Da ihnen eine Niederlassung innerhalb Münchens jedoch nicht erlaubt ist, siedeln sie sich unmittelbar außerhalb des Münchner Burgfriedens an. Jede Hochkonjunktur im Münchner Bauwesen führt zu einem erneuten Zustrom von Arbeitskräften und ihren Familien aus dem umliegenden Land. Zu den Tagwerkerfamilien gesellen sich verarmte Stadtbewohner und Handwerker, die von den Zünften - aus Furcht vor wachsender Konkurrenz - nicht aufgenommen werden. Hinzu kommen Kranke und Bettler, Kleingewerbetreibende, Landstreicher sowie Menschen am Rand der Gesellschaft: Arme, Unehrlische und auch Kriminelle. Kurz gesagt: all jene Personen, die die Bewohner der Residenzstadt lieber außerhalb ihrer Stadttore sehen.

25. April 1614 – Alle fremden Bettler müssen München verlassen

München * Nach einem Befehl des Stadtrats müssen alle fremden Bettler durch die städtischen Amtsleute aus dem Münchner Burgfrieden geschafft werden. Wer wieder zurückkommt, wird mit Peitschenhieben bestraft werden.

30. Mai 1635 – Der Prager Frieden wird geschlossen

Prag * Der Kaiser, die katholische Liga und Kursachsen schließen in Prag einen Frieden, dem bald die meisten deutschen Reichsstände beitreten. Im Prager Frieden wird das Restitutionsedikt für vierzig Jahre ausgesetzt.

1648 – Der Kalender wird zur weltlichen Angelegenheit erklärt

Osnabrück * Bei den Osnabrücker Friedensverhandlungen wird der Kalender zur weltlichen Angelegenheit erklärt.



1648 – Im Westfälischen Frieden wird das Restitutionsedikt aufgehoben.

Westfalen * Im Westfälischen Frieden wird das Restitutionsedikt aufgehoben.

8. Dezember 1651 – Der Freisinger Bischof Veit Adam von Gepeckh stirbt

Freising * Der Freisinger Bischof Veit Adam von Gepeckh stirbt. Sein Nachfolger auf dem Bischofsstuhl wird der 28-jährige Bayernherzog Albrecht Sigismund. Ihm gehört damit - neben seiner Residenzstadt Freising samt ihrem Burgfrieden - die Grafschaft Ismaning, die Herrschaft Isen-Burgain und die Grafschaft Werdenfels.

10. August 1662 – Kurfürst Ferdinand Maria lehnt die Bitten der Theatiner ab

München-Kreuzviertel • Da die Rochus-Kapelle seit ihrer Niederlassung den Augustiner-Eremiten anvertraut worden war, galten ihre Vorrechte auch noch, als die Theatinerpatres die Kirche für ihre Zwecke nutzen. Denn die Augustiner lesen hier wöchentlich zwei Messen. Dass das die Theatiner als störend empfinden, kann nachvollzogen werden. Entsprechend unzufrieden sind sie deshalb auch mit dieser Situation. Deshalb bitten sie den Ferdinand Maria um Erweiterung der Kirche und des Wohnhauses. Der Kurfürst verweigert in Anbetracht des geplanten Neubaus dieses Ansinnen.

10. Juli 1664 – Agostino Barelli kehrt nach Bologna zurück

München • Agostino Barelli darf nach Bologna zurückkehren. In einem Empfehlungsschreiben [= Zeugnis] der Kurfürstin Henriette Adelaide drückt sie ihre „uneingeschränkte Zufriedenheit“ aus.

10. August 1664 – 20-jährigen Waffenstillstand mit den Türken vereinbart

Vasvár-Eisenburg * Kaiser Leopold I. schließt in Vasvár-Eisenburg mit den Osmanen den Friedensvertrag von Eisenburg für die Dauer von zwanzig Jahren ab.

1683 – Anwachsen der Isarinseln



München * Das ab dem Jahr 1683 von den Münchnern errichtete Hauptwührbeschlächt am zum Burgfrieden gehörenden Bereiter Anger ist entscheidend für das Anwachsen und die weitere Entwicklung der Münchner Isarinseln. Diese wasserbautechnische Maßnahme dient zum einen zur Befestigung des Ufers und zum anderen zum Abdrängen des Wassers auf die linke Seite des Flussbetts, um den Wasserhaushalt der Floßrinne sicherzustellen. Eine in den Fluss gerammte Wühr zwischen dem Bereiter Anger und der Isarbrücke, die sogenannten Oberen Überfälle, sind so angelegt, dass der rechte Seitenarm der Isar nahezu trocken liegt und nur bei Hochwasser das überschüssige Wasser aufnimmt. Das bewirkt, dass sich weiteres Geröll an den bestehenden Kiesbänken ablagert und sich diese nicht mehr bei jedem Hochwasser verlagern können. Auch die Insel selbst muss mit einem Beschlächt befestigt werden, damit sie bei einem starken Hochwasser nicht wieder verschwindet.

Dezember 1684 – Franz Pongraz von Leiblfing ist mit dem Erreichten noch nicht zufrieden

Haidhausen * Freiherr Franz Pongraz von Leiblfing ist mit dem Erreichten allerdings noch lange nicht zufrieden, weshalb er sich nur wenige Monate später erneut an Max Emanuel wendet und darstellt, dass die vom Regenten erwiesene Gnade „von gar geringer Ergiebigkeit“ sei und er deshalb für sich die „ganze Dorfschaft Haidhausen“ - mitsamt dem „Kirchenschutz“ - als „geschlossene Hofmark“ erbittet. Um seinen Anspruch zu unterstreichen, hebt er die „in 27 Jahren geleisteten treuen und untertänigst geleisteten Dienste“ hervor. Daraufhin forderte der Baiernherrscher vom „Gericht ob der Au negst München“ eine Stellungnahme.

1690 – Ein Brothäusl der Münchner Bäcker auf dem Gasteigberg

Au * Die Münchner Bäcker errichten - sehr zum Ärger der Auer Bäcker - ein Brothäusl auf dem innerhalb des Münchner Burgfriedens gelegenen Gasteigbergs.

1697 – Kurfürst Joseph Clemens kann nach 9 Jahren endlich in Köln einziehen

Versailles - Köln * Nach dem Frieden von Rijswijk versucht Ludwig XIV. die nicht im Kriegsverlauf für Frankreich eroberten Gebiete durch Subsidienzahlungen an sich zu binden. Auch Kurköln und Kurfürst Joseph Clemens erhalten Gelder, die den Wiederaufbau der zerstörten Residenzen ermöglichen sollen. Außerdem kann Kölns Kurfürst Joseph Clemens nach neun Jahren endlich in Köln einziehen und in Bonn seine Residenz nehmen.



26. Januar 1699 – Die Türkenkriege enden im Frieden von Karlowitz

Karlowitz * Mit dem Frieden von Karlowitz endet der Große Türkenkrieg.

25. März 1702 – Die Kirche zur Unbefleckten Empfängnis Maria wird eröffnet

München-Burgfrieden * Die Kirche zur Unbefleckten Empfängnis Maria am Gaisberg wird eröffnet.

12. Dezember 1705 – Oberst Johann Baptist de Wendt wird Stadtkommandant

Wasserburg - Burghausen - München * Die Besatzung in Wasserburg wird auf 1.700 Mann verstärkt und dem Generalwachtmeister Georg Friedrich von Kriechbaum übertragen, nachdem die Kaiserliche Administration mit de Wendts Operationen gegen Burghausen unzufrieden war. Oberst Johann Baptist de Wendt wird als Stadtkommandant nach München zurückberufen.

Dezember 1709 – Die Verhandlungen Max Emanuels über einen Separatfrieden beginnen

??? * Die Verhandlungen Max Emanuels über einen Separatfrieden beginnen. Sie dauern bis Anfang 1710 - und scheitern.

11. April 1713 – Friedensverhandlungen von Utrecht ohne den Kaiser

Utrecht * Großbritannien nimmt mit Frankreich Friedensverhandlungen auf. Während Frankreich, England, Holland, Savoyen, Portugal und Preußen den Vertrag von Utrecht unterzeichnen, verweigert der kaiserliche Gesandte die Unterschrift. Das spanisch-habsburgische Riesenreich wird nicht wiederhergestellt. Spanien bleibt in den Händen der französischen Bourbonen, darf aber keinesfalls mit Frankreich vereinigt werden. Die Spanischen Niederlande fallen an den Kaiser, Holland erhält einige Sperrfestungen gegenüber Frankreich und besetzt die Gegenküste zum Inselreich. Die italienischen Besitzungen Spaniens fallen an Österreich, Sizilien aber an das Haus Savoyen. Der bayerische Kurfürst wird wieder - mit dem Rang eines neunten Kurfürsten - in seine Herrschaft und Länder - außer der Oberpfalz - eingesetzt. Die Erhebung Preußens zum Königreich wird anerkannt.



6. März 1714 – Der Frieden von Rastatt

Rastatt * Da der Kaiser dem Frieden von Utrecht nicht beigetreten ist, bleibt der Oberrhein Kriegsschauplatz. Hier finden die Friedensverhandlungen zwischen Frankreich und dem Kaiser statt. Die beiden Heerführer, Prinz Eugen von Savoyen für den Kaiser und der französische Marschall Claude-Louis-Hector de Villars, führen ihre Verhandlungen im badischen Rastatt. Kaiser Carl VI. sieht sich dann aber gezwungen, auf der Grundlage des Utrechter Friedens den Frieden von Rastatt abzuschließen. Das bedeutet, dass das Elsass bei Frankreich bleibt, Österreich dafür die Herrschaft über die Lombardei, Neapel und Sardinien behält. Kurfürst Max Emanuel wird wieder in seine Rechte und Ehren eingesetzt, ja selbst die Oberpfalz bekommt er wieder. Und er darf wieder nach Bayern zurückkehren; doch das stellt für ihn die am wenigsten wünschenswerte Option dar. Auch Sein Bruder Joseph Clemens, Kurfürst von Köln, kann wieder seine Funktionen ausüben.

26. Juni 1714 – Der Utrechter Frieden wird geschlossen

Utrecht * Der Utrechter Frieden wird geschlossen. Philipp V. wird als spanischer König anerkannt, muss aber auf große Gebietsteile verzichten. Einzig Auflage: Er darf seine Krone niemals mit der Frankreichs vereinigen.

7. September 1714 – Der Friede von Baden beendet den Spanischen Erbfolgekrieg

Baden * In Baden im Aargau wird der Friede von Baden geschlossen. Er ist einer der Friedensschlüsse zum Ende des Spanischen Erbfolgekriegs, der den Frieden von Utrecht und dem Frieden von Rastatt bestätigt. Damit ist der Spanische Erbfolgekrieg endgültig beendet. Kurfürst Max Emanuel wird erneut in seine alten Rechte eingesetzt, weshalb sich die Kaiserliche Administration nach Wien zurückzieht.

27. September 1714 – Die geächteten Kurfürsten können wieder in ihre Länder zurückkehren

Rastatt * Die im Frieden von Rastatt getroffenen Vereinbarungen werden auf das Reich übertragen. Damit können die geächteten Kurfürsten Max Emanuel von Bayern und Joseph Clemens von Köln wieder in ihre Länder zurückkehren.

18. Januar 1715 – Die kaiserlichen Truppen verlassen München wieder



München * Die letzten kaiserlichen Truppen verlassen nach dem Frieden von Rastatt vom 27. September 1714 die bayerische Haupt- und Residenzstadt.

23. August 1723 – Das Kloster am Lilienberg soll in den Münchner Burgfrieden

Au * Johann Maximilian von Alberti richtet eine Bitte an der Kurfürsten. Er soll das Benediktinerinnenkloster am Lilienberg in den Münchner Burgfrieden einbeziehen.

1724 – Der Münchner Rat wünscht die Eingemeindung der Au und der Lohe

München - Au - Untergiesing * Der Münchner Rat wünscht - aufgrund der Neufestsetzung des erweiterten Burgfriedens - die Eingemeindung der Au und der Lohe.

13. Januar 1724 – Erweiterung des Burgfriedens um das Kloster am Lilienberg

München - Au * Gegen den Willen des Stadtrats erfüllt Kurfürst Max Emanuel die Bitte von Johann Maximilian von Alberti und stimmt der Erweiterung des Münchner Burgfriedens um das Kloster am Lilienberg zu.

7. November 1724 – Das Lehel wird der Stadt offiziell als Vorstadt eingegliedert

München-Lehel * Durch eine kurfürstliche Neubestätigung der Burgfriedensgrenze zugunsten Münchens wird das Lehel offiziell als Vorstadt eingegliedert. Der Münchner Magistrat übernimmt damit die grundherrliche Zuständigkeit über das Gebiet und seiner Bewohner und weitet dadurch seine Gerichtsbarkeit auf den vor den Stadttoren gelegenen Bezirk aus. Die städtische Verwaltung nimmt eine eigens dafür eingesetzte Lehel-Deputation wahr. Für die Lechler ist das genau der richtige Zeitpunkt, den Bau einer Kirche mit eigenen Zuständigkeiten für die Betreuung der damals etwa zweitausend Einwohner der Vorstadt zu fordern. Die Bewohner des Lehels gehören trotz ihrer Lage vor der Stadtmauer seit jeher zur Graggenau und damit zur Pfarrei Unserer Lieben Frau. Doch diese Zugehörigkeit ist mit allerhand Schwierigkeiten verbunden, da die Lechler durch Graben, Wall und Mauer von ihren Seelsorgern getrennt sind.

Muss ein Schwerkranker in der Nacht mit den Sterbesakramenten versehen werden, so führt dies ausnahmslos zu Problemen, da die Stadttore nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Münchner Bürgermeisters geöffnet werden dürfen. Die Lechler holen in einem solchen Fall einen



Paulanerpater vom Kloster Neudeck in der Au herbei. Das nimmt aber schon unter normalen Witterungsbedingungen einen Zeitaufwand von mindestens zwei Stunden in Anspruch. Bei den schwierigen Wegeverhältnissen ist das gerade im Winter äußerst umständlich und schwierig. Zum Leidwesen der Hinterbliebenen stirbt deshalb so mancher Lechler ohne Sakrament und geistlichen Trost.

7. November 1724 – Im Burgfriedensbrief wird der Münchner Burgfrieden neu festgelegt

München * Im Burgfriedensbrief wird der Münchner Burgfrieden neu festgelegt. Ursprünglich reichte der zum Hoheitsgebiet der Stadt zugerechnete Burgfrieden im Norden bis unmittelbar vor das Dorf Schwabing. Das Leprosenhaus am heutigen Nicolaiplatz gehörte noch zum Stadtgebiet. Von dort aus zieht sich die Stadtgrenze etwas südöstlich zur heutigen Veterinärstraße, überquert hier den Schwabinger Bach und in schnurgerader Richtung die Hirschau bis zur Isar. Da aber Kurfürst Max Emanuel souverän über die Hirschau als Jagdgebiet verfügen will, klammert er das Gebiet aus dem Münchner Burgfrieden aus und erklärt: „Wür aber ersagte Hirschau Uns zu Unseren fürstlichen Jagden und Lust specialiter gnädigst reserviert haben.“ Mit der Ausgemeindung der Hirschau aus dem Burgfrieden der Stadt verläuft nun die Stadtgrenze vom Schwabinger Bach aus stark südöstlich bis etwa an die Stelle des heutigen Monopteros, in dessen Nähe sich heute auch die Burgfriedenssäule mit der Nummer 12/13 befindet. Für die Ausgemeindung der Hirschau aus dem Stadtgebiet Münchens wird die Stadt durch die Eingemeindung der drei Mühlen am Dreimühlenbach, der Schwalbensteinmühle, der Au- oder Papiermühle und der Brudermühle entschädigt. Gleichzeitig wird das Lehel der städtischen Gewalt unterstellt. Eine schriftliche Fixierung des Münchner Burgfriedens erfolgt aber erst zwölf Jahre später.

11. Oktober 1725 – Die neue Münchner Burgfriedensgrenze

München * Eine Hofkommission und Vertreter der Stadt umreiten die neue Münchner Burgfriedensgrenze.

Juni 1728 – Die neuen Burgfriedenssäulen werden aufgestellt

München * Die neuen Burgfriedenssäulen werden unter Beteiligung einer Kommission aus kurfürstlichen Hofräten und aus städtischen Abgeordneten aufgestellt. Begleitet werden sie von 37 Bürgersöhnen im Alter von fünf bis fünfzehn Jahren, die Kohlen aus Eichenholz und



Glasscherben zum Einlegen in die Grundsteine der Säulen mittragen. Jeder der Knaben erhält zur Erinnerung an dieses denkwürdige Ereignis einen Gedenkfennig und eine Mauschelle, die an das alte bayerische Recht erinnert, bei dem die Zeugen an den Ohren gezogen wurden. Ähnlich einem Bildstock wird die Stele oben von einer halbrunden Bekrönung abgeschlossen. Die Säulen sind aus Tuffstein, der aus der Gegend um Valley stammt. Sie zeigen auf der einen Seite einen Mönch, auf der anderen das Rautenwappen, das Stadt- und das Landeswappen.

1730 – Der Viehmarkt auf den Lüften wird vom Lüftenwirt organisiert

Haidhausen - Au * Aus Beschwerden des Münchner Rats wissen wir, dass Auf den Lüften in der Gegend des heutigen Rosenheimer Platzes, ein Viehmarkt entstanden ist. Der sich aus „wilder Wurzel“ entwickelnde Viehmarkt auf den Lüften wird vom Lüftenwirt organisiert und macht dem Münchner Viehmarkt am Anger erhebliche Konkurrenz. Dagegen läuft der Münchner Rat Sturm. Weil aber die Gegend der Lüften zu dieser Zeit noch in den Grenzen des Pfleggerichts Wolfratshausen und damit außerhalb des Münchner Burgfriedens liegt, ist sie der Gerichtsbarkeit und dem Zugriff der Münchner Obrigkeit entzogen. Der Stadtrat fordert deshalb durch seinen Amtmann Jakob Röderer alle Viehhändler und Viehtreiber auf, ihre Tiere auf den Münchner Viehmarkt am Anger hereinzutreiben. Doch es hilft nichts.

1732 – Der Viehmarkt Auf den Lüften ist eine starke Konkurrenz

Haidhausen - Au * Der Viehmarkt Auf den Lüften ist derart ausgebildet, dass die kurfürstliche Hofkammer in einem Schreiben an den Münchner Rat feststellt, dass die Münchner Metzger ihr Schlachtvieh „nicht mehr am gewöhnlichen Ort auf dem Anger, wo dieser Markt seit jeher stattgefunden hat, sondern bei dem sogenannten Lüftenhaus auf dem Isarberg“ kaufen. Anschließend treiben sie die gekauften Tiere in Richtung Schwabing auf die Weide an der Stadtbliche und mischen es unter das dortige Weidevieh, um es am Abend mit den anderen Tieren in die Stadt hineintreiben zu lassen. Damit können die Münchner Metzger den sogenannten Viehaufschlag, eine Steuer, umgehen. Dass der Ausfall der Steuereinnahmen dem Münchner Rat nicht gefällt, sei hier nur der Form halber erwähnt. Für die Stadtherren grenzt diese Verfahrensweise an Betrug, weshalb diese nicht länger geduldet werden darf. Dennoch bleibt der Viehmarkt bestehen. Die Münchner müssen sich vom Pfleggericht Wolfratshausen sogar den Vorwurf gefallen lassen, dass es ihnen lediglich um die Einnahmen aus dem Pflaster- und Brückenzoll geht und sie den Viehmarkt auf den Lüften nur als Vorwand nutzen, um den Burgfrieden wieder erweitern zu können.



24. September 1736 – Die Burgfriedens-Grenzen werden schriftlich niedergelegt.

München * Die Burgfriedens-Grenzen werden endlich schriftlich niedergelegt.

3. August 1773 – Erbauung der Bierkeller außer dem Burgfrieden und Verleitung des Biers

München * Ein kurfürstliches Mandat befasst sich mit der Erbauung der Bierkeller außer dem Burgfrieden und Verleitung des Biers. Das in den genannten Märzenkellern gelagerte Bier darf nur an Gäuwirte und nur in grosso oder Fassweise verkauft werden. Der Minutoverschleiß, das Abgeben des Bieres massweise ist verboten. Das Bier muss vom Bräu in die entsprechende Stadt oder den Markt gebracht werden.

13. Juli 1776 – Caroline Friederike Wilhelmine von Baden wird in Karlsruhe geboren

Karlsruhe * Caroline Friederike Wilhelmine von Baden wird in Karlsruhe geboren.

4. Oktober 1777 – Weinwirt Franz Joseph Albert will Mozart an München binden

München-Kreuzviertel * Im Weingasthof Zum schwarzen Adler kommen unter Wolfgang Amadeus Mozarts Leitung mehrere Werke zur Aufführung. Mit einem vorgetragenen Violinsolo beeindruckt Mozart ganz besonders: „Da schaute alles groß drein, ich spielte, als wenn ich der größte Geiger in ganz Europa wäre.“ Mozart und Albert sind zufrieden. Der Musik liebende Weinwirt Franz Joseph Albert hat schon lange erkannt, welcher Gewinn Mozart für München wäre und entwickelt ein interessantes Projekt, das er dem stellenlosen Musiker unterbreitet: Er solle in München bleiben und von guten Freunden monatlich mit 50 Gulden unterstützt werden. Wenn er für Kompositionen vom Hofintendanten Graf Joseph Anton von Seeu nur 200 Gulden bekäme, so wären das 800 Gulden im Jahr. Wolfgang Amadé ist begeistert, nur sein Vater nicht einverstanden, da er seinen Sohn in einer gesicherten Stellung wissen will.

1781 – Die stationierten Truppen nehmen zu

München * Die regulär in München stationierten Truppen nehmen im Verlauf des 18. Jahrhunderts beträchtliche Ausmaße an: Im Jahr 1781 zählt die Stadt 4.243 Militärpersonen - das entspricht 11,2 Prozent der Bevölkerung innerhalb der Stadtgrenzen und des Burgfriedens.



Diese Truppen unterstehen ausschließlich dem Hofkriegsrat.

30. November 1782 – Großbritannien und die USA unterzeichnen einen Friedensvertrag

Großbritannien - USA * Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika unterzeichnen einen Friedensvertrag, der allerdings erst am 3. September 1783 rechtskräftig wird.

14. Juni 1784 – Zwischen Streit und Unzufriedenheit

Au - Amberg * Der Geistliche Rat kommt zur Überzeugung, dass im Auer und Amberger Paulaner-Kloster „anstatt der brüderlichen Liebe Hass, anstatt der Klosterdisziplin Unordnung und anstatt der Zufriedenheit überall Missvergnügen in einem hohen Grade herrsche. [...] Das Missvergnügen ist in beiden Klöstern so groß, dass sie die Aufhebung ihres Ordens in Baiern ernstlich wünschen“.

24. März 1789 – Platzsuche für den geplanten Militärgarten

München-Englischer Garten * Kurfürst Carl Theodor fordert den Münchner Magistrat auf, für die Verwirklichung eines Militärgartens einen geschützten Platz ausfindig zu machen. Da es der Stadtverwaltung mit der Durchführung des von Thompson vorgelegten Planes nicht eilig ist, schreitet der Minister selbst zur Tat. Er hält die Gegend um den Hirschanger vor dem Schwabinger Tor, ein bisher lediglich zur kurfürstlichen Jagd genutztes Stück Land, das zum Teil außerhalb des Münchner Burgfriedens liegt und damit dem Einfluss und der Polizeigewalt des Münchner Magistrats entzogen ist, als am besten geeignet.

22. September 1790 – Franz Schweiger darf weder in der Stadt noch im Burgfrieden auftreten

München • Der Antrag des Schauspielers Franz Schweiger für ein Engagement im Kreuzgießberggarten wird vom Stadtrat abgelehnt. Er darf weder in der Stadt noch im Burgfrieden auftreten.

5. April 1795 – Preußen schließt mit Frankreich einen Separatfrieden



Seite 21/133



München * Der Münchner Burgfrieden umfasst 1.600 Hektar. Zum Vergleich: Heute sind es 31.045 Hektar.

13. Januar 1800 – In der Stadt und im Burgfrieden bestehen 163 Bierschenken

München * In der Stadt und im Burgfrieden bestehen 163 Bierschenken.

20. Juli 1800 – Oppositionelle und regimekritische Kreise äußern ihren Unmut

München * Oppositionelle und regimekritische Kreise äußern auch weiterhin ihren Unmut am Kurfürsten Max IV. Joseph laut und heftig. Besonders nachdem deutlich wird, dass weder Österreich noch England an einem Friedensschluss mit Frankreich interessiert sind und sich Pfalz-Baiern sogar zu einer Erhöhung des Truppenkontingents verpflichtet hat, „weil England einige Millionen Geld, das weise Fürsten nicht ausschlagen und höher als das Blut der Untertanen schätzen müssen, welches keinen Wert hat, wohl aber den Grund und Boden düngt, auf dem selbe erschlagen werden, gezahlt und deinen treuen Ministern mit Brillanten besetzte Tobaksdosen geschenkt hat“. Der Kurfürst wird als Hofmetzger geschmäht, weil „er unsere Kinder verkauft wie's Vieh“.

15. August 1800 – Die Münchner Patrioten wenden sich an General Decaën

München * Eine Delegation der Patrioten wendet sich an General Charles Matthieu Isidore Decaën und bittet ihn um Unterstützung für einen Aufstand gegen den Kurfürsten und seiner Regierung. Der General reagiert reserviert, da die französische Regierung keinen Aufstand unterstützen will, sondern vielmehr einen allgemeinen Frieden anstrebt. Er gibt zu Bedenken, dass eine Revolution zur Beseitigung von Missständen ein unabwägbares Risiko darstellt. Dagegen würde der weniger gewaltsame Weg von Reformen größere Erfolgsaussichten bieten. Bei einer Revolution wüsste man nie, was als Ergebnis herauskomme.

Außerdem sei Baiern zu schwach, um alleine gegenüber Preußen und Österreich eine Veränderung seiner Staatsform durchzuführen. Dass General Decaën mit seinen Aussagen strikt der französischen Konsulatsregierung Napoléons folgt, ist den Revolutionsführern, die sich selbst Münchner Jakobiner nennen, in keinsten Weise bewusst. Sie sehen in den französischen Generälen noch immer die Repräsentanten der Revolution. Doch Frankreich hat sich schon längst von den politischen Zielen des Nationalkonvents entfernt, dem es im Jahr 1792 noch um die Verbreitung der revolutionären Ziele und um die Befreiung der unterdrückten



Nationen gegangen ist. Im Gegenteil, Frankreich will inzwischen die Entstehung einer großen süddeutschen Republik mit allen Mitteln verhindern und stattdessen zu separaten Bündnissen mit den einzelnen deutschen Fürsten gelangen.

20. August 1800 – Der Plan eines republikanischen Umsturzes ist gescheitert

München * Als die Münchner Bürger-Delegation Moreau nochmal aufsuchen will, lässt er sie nicht mehr vor. Verärgert lässt ihnen der französische Oberbefehlshaber ausrichten, er würde sie, falls sie ihn nochmal belästigen sollten, die Treppe hinunterwerfen lassen. Schroffer kann die Abfuhr nicht ausfallen. Die französische Besatzungstruppe hat kein Interesse an einer Kooperation mit den Rebellen. Gegenüber dem Münchner Bürgerwehr-Kommandanten Felix Joseph Lipowsky ruft Moreau aus: „Mein Gott! Man weiß nicht was man will! Eine Republik kostet viel Blut, wir haben sie“. Damit ist der Plan eines republikanischen Umsturzes gescheitert. Scheinbar ist die Unzufriedenheit über die kurfürstliche Politik doch nicht so stark und so verbreitet, dass sie eine Aufstandsbewegung wirklich getragen hätte.

9. Februar 1801 – Der Frieden von Lunéville

Lunéville * Der Waffenstillstand von Steyr vom 25. Dezember 1800 mündet in den Frieden von Lunéville. Österreich und seine deutschen Verbündeten scheiden damit aus dem Zweiten Koalitionskrieg aus. Bei diesen Friedensverhandlungen versuchen die Österreicher von Frankreich die Zustimmung für die Angliederung Baierns zu bekommen. Ob Preußen oder Österreich, alle schauen nur auf ihren eigenen Vorteil. Das Interesse der Verbündeten bleibt dabei freilich auf der Strecke. Als allerdings diese habsburgischen Annexionsbegehren in Baiern ruchbar wird, ist es verständlicherweise mit der Loyalität gegenüber dem Bündnispartner nicht mehr allzu weit her. Alte, tief verankerte Vorurteile kommen wieder hoch und verstärken sich. Das Kurfürstentum Baiern steht mit dem Rücken an der Wand und muss sich nun primär um seine Existenzsicherung kümmern.

9. Februar 1801 – Baiern als Gewinner des Friedensvertrages von Lunéville

Lunéville * Zu den Gewinnern des Friedensvertrages von Lunéville gehört auch der baierische Kurfürst Max IV. Joseph. Denn dem genannten Verlust von 200 Quadratmeilen und 730.000 Einwohnern steht ein Gewinn von 288 Quadratmeilen und 843.000 Einwohnern gegenüber. Das Kurfürstentum Baiern erhält die Hochstifte Freising, Augsburg, Bamberg und Würzburg, Teile



der Hochstifte Eichstätt und Passau, dreizehn Reichsabteien und fünfzehn Reichsstädte in Franken und Schwaben. Freilich noch nicht die Großen: Augsburg und Nürnberg. Baiern kann sich dadurch jedoch territorial maßgeblich erweitern.

9. Februar 1801 – Die von Franzosen besetzten Gebiete müssen geräumt werden

Lunéville * Der Friedensvertrag von Lunéville legt auch fest, dass die Franzosen die von ihnen besetzten rechtsrheinischen Gebiete räumen. Dennoch lassen sich die französischen Soldaten mit ihrem Abzug aus München ausreichend Zeit. In ihrem Siegestaumel kommt es zu einer Vielzahl von Ausschreitungen. Mit ihren Räubereien, Erpressungen und sogar etlichen Mordtaten betrachten sie die Münchner bald als Plage. Auch, als sie als Wachen an den Stadttoren auf die Idee kommen, von jedem Passanten 24 Kreuzer Zoll zu verlangen. Erst nach wiederholten Protesten der Betroffenen verbietet der Platzkommandant diese Eigenmächtigkeit. Die aus dem Osten abrückenden französischen Militäreinheiten belasten die Münchner mit zusätzlichen Quartierlasten.

9. Februar 1801 – Linksrheinische Gebietsabtretungen an Frankreich

Lunéville * Im Friedensvertrag von Lunéville ist auch abschließend festgelegt worden, dass die linksrheinischen Gebiete an Frankreich abgetreten werden müssen. Napoleon Bonaparte erreicht damit ein Ziel jahrhundertelanger französischer Politik. Pfalzbaiern muss neben den bereits verloren gegangenen Herzogtümern Zweibrücken und Jülich sowie der linksrheinischen Kurpfalz nun auch noch die rechtsrheinische Kurpfalz um Mannheim und Heidelberg an Baden abgeben. Das bedeutete einen Verlust von 200 Quadratmeilen und 730.000 Einwohnern. Den von den Landverlusten betroffenen Fürsten wird allerdings ein Ausgleich zugestanden, der jedoch „aus dem Schoß des Reiches“ kommen muss. Und weil dieses nur aus säkularisiertem Kirchenbesitz und aus den mediatisierten Reichsständen erfolgen kann, bedeutet das in der Konsequenz gleichzeitig das Ende des alten Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation.

24. August 1801 – Ein eigenständiges Baiern soll ein Erstarken Österreichs verhindern

Paris * Während Österreich Baiern nur als Manövriermasse ansieht, ist Napoleon an einem an seiner Seite stehenden eigenständigen Staat Baiern interessiert, der ein Erstarken Österreichs behindern soll. Dazu schließt der baierische Kurfürst in Paris den separaten Friedensvertrag



mit der Republik Frankreich ab. Der Vertrag sagt Bayern die territoriale Unverletzbarkeit seiner rechtsrheinischen Gebiete sowie Unterstützung bei den Entschädigungsverhandlungen zu.

2. Oktober 1801 – Der Reichstag beschließt das Entschädigungsverfahren

Regensburg * Der in Regensburg tagende Reichstag beschließt, dass die Durchführung des Entschädigungsplans aus dem Friedensvertrag von Lunéville durch eine Reichsdeputation erfolgen soll.

27. März 1802 – Der Frieden von Amiens

Amiens * Der Zweite Koalitionskrieg wird mit dem Friedensschluss von Amiens zwischen Frankreich und England endgültig beendet. bsp;

24. August 1802 – Die Reichsdeputation tritt in Regensburg erstmals zusammen

Regensburg * Die Reichsdeputation, die Durchführung des Entschädigungsplans aus dem Friedensvertrag von Lunéville ausarbeiten soll, tritt in Regensburg erstmals zusammen.

1803 – Das heutige Stadtgebiet gehört zu vier verschiedenen Gerichtsbezirken

München * Das heutige Stadtgebiet gehört - neben dem Münchner Burgfrieden zu vier verschiedenen Gerichtsbezirken, den Landgerichten Dachau, Starnberg, Wolfratshausen und Kranzberg sowie der als Ausland geltenden Grafschaft Ismaning.

25. Februar 1803 – Die letzte Tagung des Immerwährenden Reichstags

Regensburg * Die letzte Tagung des Immerwährenden Reichstags befasst sich mit der Annahme des Reichsdeputationshauptschlusses. Es ist das letzte bedeutende Gesetz des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und behandelt die Neuordnung des Reiches. Im Reichsdeputationshauptschluss erfolgt die Kompensation für die Abtretung der linksrheinischen Gebiete an Frankreich. Grundlage für den Text ist ein im Juni 1802 zwischen Frankreich und Österreich vereinbarter Entschädigungsplan, der wiederum auf den am 9. Februar 1801



geschlossenen Friedensvertrag von Lunéville zurückgeht. Die Wittelsbacher haben aber nicht nur die Herzogtümer Zweibrücken und Jülich sowie die linksrheinische Kurpfalz verloren, sondern müssen jetzt auch noch die rechtsrheinische Kurpfalz um Mannheim und Heidelberg an Baden abgeben. Doch durch den § 2 des Reichsdeputationshauptschlusses erhält das kurfürstliche Bayern das Fürstbistum Freising mit der dazugehörigen Grafschaft Werdenfels und die Herrschaft Isen-Burgrain offiziell überschrieben; dazu die Fürstbistümer Augsburg, Bamberg und Würzburg sowie Teile von Eichstätt, Passau und Salzburg. Zu den genannten Territorien kommen noch 15 Reichsstädte und 13 Reichsabteien dazu. Freilich noch nicht die Großen: Augsburg und Nürnberg. Doch damit werden wesentliche Teile Schwabens und Frankens bairisch. Insgesamt stehen dem Verlust von 200 Quadratmeilen und 730.000 Einwohnern ein Gewinn von 288 Quadratmeilen und 834.000 Einwohnern aus den aufgelösten geistlichen Staaten und wirtschaftliche Werte von über 43 Millionen Gulden von den Klöstern gegenüber.

10. Dezember 1805 – Baierns Territorium soll erweitert und Königreich werden

Brünn * Im französisch-bayerischen Vertrag von Brünn belohnt der Franzosenkaiser Bayern für seine Waffenhilfe und sichert ihm erneut zu, dass er im bevorstehenden Friedensvertrag mit Österreich Kaiser Franz II. die Abtretung Vorarlbergs, der Gebiete in Schwaben und der Reste von Eichstätt und Passau zugunsten Baierns auferlegen will. Außerdem soll der Kaiser in Wien auf jegliche Oberhoheit über den Kurfürsten von Bayern, der den Königstitel annehmen wird, verzichten. Zudem sichert der französische Kaiser im Vertrag von Brünn Bayern die erbliche Königswürde zu. Bereits im Vertrag von Bogenhausen hatte sich Napoleon Bonaparte verpflichtet, im Falle eines siegreichen Kriegsausgangs für eine weitere Vergrößerung Baierns einzutreten.

26. Dezember 1805 – Bayern erhält die Souveränität und die erbliche Königswürde

Bratislava * Österreich schließt mit Napoleon den Frieden von Preßburg, in dem es die im Vertrag von Brünn vom 10. Dezember 1805 festgesetzten Bestimmungen anerkennt. Der Friedensvertrag von Pressburg beendet den Dritten Koalitionskrieg. Das hat zur Folge, dass Bayern die Markgrafschaft Burgau im heutigen Bayerisch-Schwaben, die Reste der Hochstifte Eichstätt und Passau, die freien Reichsstädte Augsburg und Lindau zugesprochen bekommt. Österreich muss die Rangerhöhung des bayerischen Kurfürsten zum König und Gebietsabtretungen akzeptieren.



1. Januar 1806 – Fehlende Kroninsignien und Salbung des Königspaares

München-Graggenau * Was fehlt, sind die Kroninsignien und natürlich die feierliche Krönung mit kirchlicher Salbung des Königspaares. Napoleon hätte gerne eine Krönung gesehen, die aber in München nicht gewollt ist. Begründet wird dies damit, dass im immer noch bestehenden Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation derartige Königskrönungen unbekannt sind. Da aber Baiern, Württemberg, Baden und Frankreich bestrebt sind, die Bestimmungen des Friedens von Preßburg vom 26. Dezember 1805 schnellstmöglich umzusetzen und damit unumkehrbar zu machen, fehlt für eine Krönung sowohl in München als auch in Stuttgart die dazu notwendige Vorbereitungszeit. So findet lediglich die Proklamation der neu entstandenen Königreiche Baiern und Württemberg zeitgleich statt. Freilich gibt es noch andere Gründe, die gegen eine Krönung sprechen, aber nicht laut ausgesprochen werden: Die Wittelsbacher wollen den Anschein vermeiden, die Königswürde sei dem militärischen Erfolg und dem Willen Napoleon Bonapartes zu verdanken. Dieser hat eine Rangerhöhung der süddeutschen Staaten nur deshalb angestrebt, um zuverlässige Bündnispartner gegen Österreich zu gewinnen und dessen Machteinfluss zu beschränken. Damit ist Napoleon auch dem Ziel, das Heilige Römische Reich Deutscher Nation zu zerschlagen und zu beerben, ein Stück näher gekommen. Und wenn man schon die bayerische Unabhängigkeit und Souveränität als eine von Frankreich und Napoleon unabhängige legitimiert gewusst haben will, scheint eine Krönungszeremonie - noch dazu in Anwesenheit des französischen Kaisers - für absolut unakzeptabel. Im Königlich-Baierischen Regierungsblatt vom 1. Januar 1806 wird deshalb angemerkt: „Unsere feyerliche Krönung und Salbung haben Wir auf eine günstigere Jahreszeit vorbehalten, welche Wir in Zeiten öffentlich bekannt machen werden.“ Geplant ist die Krönungszeremonie für Oktober 1806.

10. August 1807 – Friedrich Ludwig Sckell ist unzufrieden mit dem Englischen Garten

München-Englischer Garten * Friedrich Ludwig Sckell fertigt für den Englischen Garten einen Plan B, den er gemeinsam mit Plan A samt einer erläuternden Denkschrift dem König überreicht. Darin drückt er seine Unzufriedenheit mit der Art der Bepflanzung, der er das Fehlen von „pittoresken Ansichten“ vorwirft, und der architektonischen Gestaltung der zumeist aus Holz errichteten Parkbautenaus. Diese sind nach seiner Meinung weder stabil genug gebaut, noch entsprechen sie der „reinen Baukunst“. Den Chinesischen Turm will er sofort abreißen lassen, da „der Chinesische Geschmack der Baukunst keine Nachahmung verdienet, und wenn einst dieser ganz faul seyn wird, und abgebrochen werden muß, Kein anderer mehr erbauet werden dürfte“.

18. Oktober 1807 – Die Den-Haager-Friedenskonferenz beschließt Fragen des Kriegsrechts



Den Haag * Die Zweite Den-Haager-Friedenskonferenz beschließt Fragen des Kriegsrechts.

Februar 1809 – In Tirol kommt es zu Aufständen gegen die baierischen Landesherren

Tirol * In Tirol kommt es zu Aufständen gegen die baierischen Landesherren. Ungeliebte Maßnahmen der Münchner Regierung und ein vielfach landfremdes und unkluges Verhalten der baierischen Beamten provozieren Unmut und Widerstand gerade beim Vierten Stand, den Bauern, kleinen Handwerkern und Tagelöhnern. Durch die Kriegsverhältnisse gelingt es nicht, in Tirol eine gewisse Zufriedenheit mit der baierischen Präsenz zu erzeugen.

12. Mai 1809 – Wie tief sind Euere Gefühle von Menschlichkeit gesunken?

Tirol * General Carl Philipp Joseph von Wrede hält vor seinen Soldaten eine Rede, in der er auf die Vorgänge des Vortags eingeht: „Ich habe heute und gestern, an den Tagen, wo ich über so manche tapfere Tat der Division zufrieden zu sein Ursache hatte, Grausamkeiten, Mordtaten, Plünderungen, Mordbrennereien sehen müssen, die das Innerste meiner Seele angegriffen und mir jeden frohen Augenblick, den ich bisher über die Taten der Division hatte, verbittern. Wahr ist es Soldaten! Wir haben heute und gestern gegen rebellische, durch das Haus Österreich und dessen kraftlose Versprechungen irre geführte Untertanen unseres allgeliebten Königs gekämpft, aber wer hat Euch das Recht eingeräumt, selbst die Unbewaffneten zu morden, die Häuser und Hütten zu plündern und Feuer in Häusern und Dörfern anzulegen. Soldaten! Ich frage Euch, wie tief sind heute und gestern Euere Gefühle von Menschlichkeit gesunken?“.

14. Oktober 1809 – Der Friede von Schönbrunn und Tirol

Schönbrunn - Tirol * Der Friede von Schönbrunn beendet die Erhebung Österreichs gegen Frankreich. Österreich muss Tirol wieder den Baiern überlassen. Das verbündete Tirol und ihre Anführer erhalten darüber jedoch keine Informationen.

27. Oktober 1809 – Andreas Hofer erhält 18.000 Papiergulden für den Kampf gegen Frankreich

Tirol * Ein Bote aus Wien überbringt Andreas Hofer 18.000 Papiergulden zur Unterstützung des Kampfes gegen Frankreich und Bayern. Fast gleichzeitig trifft die gedruckte



Friedensproklamation des italienischen Vizekönigs Eugène Beauharnais ein. Das Schreiben enthält auch die Zusage, dass kein Tiroler „Rebell“ eine Strafe zu erwarten habe. Die Tiroler Aufständischen sehen in der Friedensproklamation aber nur eine Kriegslist des bayerisch-französischen Feindes.

28. Oktober 1809 – Im Frieden von Schönbrunn wird Tirols Baiern überlassen

Tirol * Erzherzog Johann unterrichtet im Auftrag seines kaiserlichen Bruders die Tiroler Freunde über den Frieden von Schönbrunn und der Überlassung Tirols an Bayern. Der Tiroler Oberkommandant Andreas Hofer will daraufhin nach Innsbruck fahren und mit dem bayerischen Kronprinzen Ludwig I. verhandeln. Da erscheint der Kapuzinermönch Joachim Haspinger, genannt „Pater Rotbart“, der Hofer - mit seiner Redekunst, aber auch mit Lügen - umstimmen will. Und der der Geistlichkeit hörige Andreas Hofer lässt sich umstimmen. Erzherzog Johann informiert auch den Südtiroler Josef Giovanelli über den Frieden von Schönbrunn. Daraufhin machen sich viele Aufständische auf den Nachhauseweg.

2. November 1809 – Die Tiroler beschließen ein Unterwerfungsschreiben

Tirol * Ein französischer Offizier mit wichtigen Schriftstücken wird von den Tiroler Rebellen gefangen genommen. Die Dokumente enthalten eindeutige Beweise über die Richtigkeit des Schönbrunner Friedens, die auch die hartnäckigsten Zweifler überzeugen. Die Versammelten beschließen ein Unterwerfungsschreiben an Napoleons Adoptivsohn Eugène Beauharnais, dem Vizekönig von Italien, der auch die den Tirolern zugestellte Friedensproklamation unterzeichnet hatte.

3. November 1809 – Eine Abordnung der Tiroler reisen zu Eugène Beauharnais

Tirol - Villach * Eine Abordnung der Tiroler Aufständischen, bestehend aus Jakob Sieberer und Josef Daney, macht sich auf den Weg nach Villach, wo Eugène Beauharnais residiert.

4. November 1809 – Andreas Hofer unterzeichnet das Unterwerfungsschreiben

Tirol - Pustertal - Innsbruck * Andreas Hofer unterzeichnet als „gewöster Oberkommandant“ ein „Unterwerfungsschreiben“ für das Pustertal an den in Innsbruck kommandierenden General



Drouet. Nahe der Trostburg in Südtirol wird eine 1.200 Mann starke französische Truppe angegriffen. Um ein Drittel dezimiert entkommt die Einheit nach Bozen.

5. November 1809 – Bewaffnete Südtiroler Bauern greifen Bozen an

Tirol - Bozen * Bewaffnete Südtiroler Bauern greifen Bozen an. Unentschlossenheit und mangelnde Führung verhinderten einen Erfolg. Als sich dann von Süden her 2.000 französische Soldaten der Stadt nähern, lösen sich die Angreifer auf. Andreas Hofer, der „gewöste Oberkommandant“, trifft am Brenner auf einige, nicht zum Frieden entschlossene Aufständische und ändert seine Einstellung erneut. Er ignoriert das Beratungsergebnis der von ihm selbst einberufenen Delegiertenversammlung und bricht sein gegebenes Wort gegenüber General Drouet. Erneut ruft er zum Kampf auf. Dass er damit dem Land jede Schonung verbaut, muss er wissen.

6. November 1809 – Eine Abordnung der Tiroler Aufständischen wird empfangen

Tirol * Jakob Sieberer und Josef Daney, die Abordnung der Tiroler Aufständischen, werden vom italienischen Vizekönig empfangen. Eugène Beauharnais bestätigt in einem Schreiben die wichtigsten Punkte der Friedensproklamation vom 25. Oktober. Darunter auch die Straffreiheit der Rebellen, obwohl die Tiroler die Waffen nicht niedergelegt haben.

10. November 1809 – Tiroler Rebellen überfallen bei Imst baierische Truppen

Imst * Tiroler Rebellen überfallen bei Imst baierische Truppen. Sie kennen nur Hofers Kampfaufruf vom 5. November, nicht aber den Friedensaufruf vom 8. November.

19. November 1809 – Andreas Hofer lässt Jakob Sieberer und Josef Daney gefangen nehmen

Passeiertal - Tirol * Andreas Hofer lässt Jakob Sieberer und Josef Daney als Gefangene ins Passeiertal bringen und als Landesverräter, Franzosen- und Bayernfreunde sowie Spione zum Tode verurteilen. Mit den Worten: „Halt's Maul. Ich lass' dich und den Pfaffen totschießen für eure Lügen und alle, die den Frieden verkünden“, verweigert Hofer Jakob Sieberer auch einen Abschiedsbrief an seine Frau. Im Kerker entzieht man ihm sogar Wasser und Brot. Josef Daney wird in den gleichen Kerker geworfen. Dass sie am Leben bleiben, verdanken sie einem 3.000



Mann starken französischem Korps, vor dem die Aufständischen fliehen.

30. Mai 1814 – Die Befreiungskriege sind beendet

Paris * Mit dem Ersten Frieden von Paris werden die napoleonischen Befreiungskriege beendet. Es ist ein Versöhnungsfrieden, der Frankreich als Großmacht in den Grenzen von 1792 bestehen lässt. Das Land erhält sogar besetzte Kolonien und Handelsniederlassungen zurück. Der Erste Pariser Frieden legt in einer völkerrechtlich verbindlichen Formel fest: „Die Staaten Deutschlands werden unabhängig und durch ein föderatives Band vereinigt sein.“ Damit ist die Restauration der vorrevolutionären Verhältnisse des alten Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation ebenso ausgeschlossen, wie die Gründung eines deutschen Einheitsstaates. Durch die von Napoleon initiierte große Flurbereinigung der deutschen Landkarte ist die Zahl der deutschen Staaten auf ein überschaubares Maß reduziert worden. Das hat jedoch an den zum Teil enormen Größenunterschieden nichts geändert. Durch die erheblich vergrößerten süddeutschen Mittelstaaten Bayern, Württemberg, Baden und anderer war ein neuer Machtfaktor entstanden. Die Neuordnung erfolgt freilich unter den Eindrücken der bürgerlichen Reformprojekte der Französischen Revolution, die bereits zuvor in den deutschen Einzelstaaten Resonanz gefunden und dort manche Impulse zur Modernisierung der Staats- und der Gesellschaftsordnung ausgelöst hat.

18. September 1814 – Der Wiener Kongress regelt die Neuordnung Europas

Wien * Der Wiener Kongress beginnt. Er tagt bis zum 9. Juni 1815. Im Mittelpunkt der vom österreichischen Staatskanzler Fürst Clemens Metternich geleiteten und unter starkem Einfluss des Zaren Alexander I. und England stehenden Verhandlungen steht die Neuordnung Europas nach den Befreiungskriegen und dem Zusammenbruch des napoleonischen Herrschaftssystems. Ein wesentlicher Punkt auf der Tagesordnung der europäischen Politik ist die Schaffung einer neuen Friedensordnung, die der Wiener Kongress vornehmlich dadurch umzusetzen versucht, indem er die Macht zwischen den Großmächten ins Gleichgewicht bringen will. Für die Königreiche, darunter Bayern, sowie die Großherzogtümer, Herzogtümer und Grafschaften des Rheinbundes ist vordringlich, dass nach ihrem Wechsel zur antinapoleonischen Allianz die Eigenstaatlichkeit und Souveränität ihrer bestehenden Staaten vertraglich festgeschrieben wird.

1815 – Das Verständnis für die Belange des Militärs sinkt deutlich



München-Graggenau * Mit dem Eintreten der Friedenszeit sinkt auch das Verständnis der Anwohner des „Max-Joseph-Platzes“ für die Belange des Militärs deutlich.

20. November 1815 – Die Grenzen Frankreichs auf den Stand von 1789 festgesetzt

Paris * Im 2. Pariser Frieden werden die Grenzen Frankreichs - entgegen dem 1. Pariser Frieden vom 30. Mai 1814 - auf den Stand von 1789 festgesetzt.

1. April 1816 – Johann Georg Soldner erhält die provisorische Sternwarte

Berg am Laim * Die „provisorische Sternwarte“ an der - damals noch zu Ramersdorf gehörenden - westlichen Ecke der Kreuzung an der heutigen Rosenheimer- und Friedenstraße wird offiziell an den Astronom und Vermessungsfachmann Johann Georg Soldner übergeben. Soldner stammt aus Mittelfranken und hat seine astronomische Ausbildung in Berlin erhalten. in der provisorischen Sternwarte entsteht auch seine erst über einhundert Jahre später in ihrer Bedeutung erkannte Arbeit „Über die Ablenkung eines Lichtstrahls von seiner geradlinigen Bewegung, durch die Attraktion eines Weltkörpers, an welchem er nahe vorbeigeht“. Die Arbeit lässt ihn zu einem Vorläufer Albert Einsteins werden.

17. Mai 1818 – München wird zu einer eigenständigen politischen Gemeinde

München * Nach dem Gemeindeedikt von 1818 wird München in den Grenzen des Burgfriedens zu einer eigenständigen politischen Gemeinde.

August 1818 – Die Neue Isarkaserne wird dem Regiment Garde du Corps übergeben

München-Isarvorstadt * Die Neue Isarkaserne wird dem Regiment Garde du Corps übergeben und auf 876 Mann Friedensbelegung bzw. 1.140 Mann in Ausnahmesituationen festgelegt.

26. März 1820 – König Max I. Joseph soll ein Denkmal bekommen

München-Graggenau * Der Magistrat der Haupt- und Residenzstadt München beschließt,



König Max I. Joseph ein Denkmal zu setzen. Anlass ist der bevorstehende zweite Jahrestag der Bayerischen Verfassung. Der König soll als „Vater des Vaterlandes“ und als „Friedensfürst“ dargestellt werden. Zur Aufbringung der Kosten richtet man eine Subskription ein, eine für die damalige Zeit durchaus übliche Vorgehensweise. An vielen Orten in Deutschland und ganz Europa konstituieren sich im 19. Jahrhundert solche Kommissionen, deren Bestreben es ist, für eine zu ehrende Person - häufig sind es allerdings bürgerliche Größen der Geistes- und Kulturgeschichte - ein Denkmal zu errichten. Sie fungieren als unermüdliche Geldbeschaffer, Ausarbeiter eines Programms und Auftraggeber für einen Künstler.

1822 – Der Ursprung des Münchner Friedensengels

Pompeji * Bei Ausgrabungen in Pompeji wird eine fünfzig Zentimeter hohe, aus dem ersten vorchristlichen Jahrhundert stammende Figur gefunden. Sie befindet sich heute im Archäologischen Museum von Neapel. Die Figur bildet das unmittelbare Vorbild des Münchner Friedensgenius für die Bildhauer Heinrich Düll, Georg Petzold und Max Heilmaier.

Oktober 1823 – Ein erster Denkmalentwurf für das Max-Joseph-Denkmal entsteht

München-Graggenau * Ein großer Schritt in der Planung des Max-Joseph-Denkmals geschieht auf der Italienreise des Kronprinzen Ludwig mit Leo von Klenze vom Oktober 1823 bis Anfang des Jahres 1824. In Zusammenarbeit mit dem in Rom wohnenden Bildhauer Martin von Wagner, dem Kunsteinkäufer Ludwigs, der auch die berühmte Äginetengruppe für die Glyptothek erwerben konnte, entstand ein Denkmalentwurf. Er zeigt den König im Krönungsornat auf dem Löwenthrone mit der zum Friedensgruß erhobenen rechten Hand. „Als Grund für die sitzende Stellung führte ich an“, schreibt Leo von Klenze später, „daß der König als Nicht-Feldherr doch am besten in der Stellung dargestellt werden möchte, welche die Alten ihren Obergöttern und namentlich dem Zeus gaben“ und dass diese ruhige Haltung „dem Begriffe der gesetzlichen, sich ihrer Macht und Würde bewußten Herrschaft“ entspricht. Doch König Max Joseph spricht sich prinzipiell gegen eine sitzende Stellung aus, und zwar in der ihm eigenen, sehr drastischen Ausdrucksweise: Er will nicht „auf dem Cacatojo sitzend“ dargestellt werden. Daraufhin macht Leo von Klenze einen neuen Entwurf, der den König stehend mit vier liegenden Löwen zeigt und die Zustimmung Max Josephs, schließlich auch des Kronprinzen und der Denkmalkommission findet.



1. April 1825 – Auguste Friederike, Erzherzogin von Österreich, wird in Florenz geboren

Florenz * Auguste Friederike, Erzherzogin von Österreich und Prinzessin von Toskana, die spätere Ehefrau von Prinzregent Luitpold, wird in Florenz geboren.

15. Oktober 1825 – Prinzessin Marie Friederike von Preußen wird in Berlin geboren

Berlin * Prinzessin Marie Friederike von Preußen, die spätere Königin und Mutter Ludwigs II. wird in Berlin geboren.

14. September 1829 – Sultan Mahmud II. stimmt der Gründung des Staates Griechenlands zu

Adrianopel * Im Frieden von Adrianopel wird der türkisch-russische Krieg beendet. Sultan Mahmud II. stimmt der Gründung des autonomen Staates Griechenlands zu. Das Staatsgebiet Griechenlands ist allerdings nur etwa halb so groß wie heute.

22. Juni 1832 – Diktatorische Vollmachten um die Unruhen im Rheinkreis zu „befrieden“

München - Hambach - Gaibach - Speyer * Auf ausdrücklichen Befehl des Königs Ludwig I. wird jetzt gegen die Aktivisten von Hambach und Gaibach mit harten Strafen vorgegangen. Feldmarschall Carl Philipp Joseph Fürst von Wrede wird vom Bayernkönig mit nahezu diktatorischen Vollmachten ausgestattet, um die Unruhen im Rheinkreis zu „befrieden“ und um gleichzeitig die Verwaltungsmissstände zu untersuchen. Der Regierungspräsident des Rheinkreises, Ferdinand Freyherr von Adrian-Werburg, wird abberufen und durch den früheren Generalkommissär von Carl Albert Leopold Freiherr von Stengel ersetzt. Die bayerischen Truppenkontingente treffen in der Pfalz ein.

1833 – Es bestehen 49 Bierkeller in Haidhausen und der Au

Haidhausen - Au * Das Münchner Stadtadressbuch zählt in der Wiener Straße 20, in der Preysingstraße 3, in der Kellerstraße 5, auf der Nordseite der Rosenheimer Straße 7 und auf der Südseite der Rosenheimer Straße 13, also insgesamt 49 Bierkeller auf. Die Bierkeller liegen alle im Münchner Burgfrieden.



1. Juli 1834 – Gesetzesvorlage zur Begrenzung des Bevölkerungswachstums

München-Kreuzviertel * Innenminister Ludwig Fürst von Oettingen-Wallerstein bringt in die Ständeversammlung einen Gesetzentwurf zur Revision des Ansässigmachungs- und Verehelichungsgesetzes ein. Ziel der Gesetzesvorlage ist die Begrenzung des Bevölkerungswachstums durch Verhinderung der Verehelichung und Familiengründung durch Besitzlose. Damit sollen gleichzeitig die Lasten der Armenkasse gesenkt sowie die Unzufriedenheit der sozialen Unterschichten und die damit verbundene Revolutionsbereitschaft unterbunden werden. Der Innenminister kommt damit der überwältigenden Mehrheit der Abgeordnetenversammlung entgegen, die bereits am 13. September 1831 derartige Schritte forderte. Fürst Ludwig von Oettingen-Wallerstein schafft mit diesem Deal auch die Zustimmung zu anderen Gesetzesvorlagen wie die Zivilliste, den Festungsbau in Ingolstadt und den Ludwig-Main-Donau-Kanal.

1839 – Maulbeerpflanzungen in den Oberen Isaranlagen

Regensburg - München * König Ludwig I. besichtigt die Regensburger Plantage und zeigt sich zufrieden, weshalb im ganzen Land immer mehr Maulbeerbäume angepflanzt werden. Da trifft es sich gut, dass die Münchner Stadtverwaltung die Kultivierung und Erschließung der brachliegenden Oberen Isaranlagen ausführen will, um dort für die Bewohner der südlichen Stadtquartiere eine Erholungszone zu erschließen, wie sie sich für die Bewohner der nördlichen Stadtviertel im Englischen Garten anbietet. Auf der sogenannten Abdeckerinsel soll ein zwei Tagwerk großes Grundstück für die Anpflanzung von Maulbeer- und anderen Pflanzlingen vorbereitet werden.

5. Oktober 1842 – Prinzessin Marie Friederike von Preußen wird per procuram getraut

Berlin * Prinzessin Marie Friederike von Preußen wird in Abwesenheit ihres Bräutigams [per procuram] nach den Vorschriften der evangelischen Kirche getraut. Prinz Wilhelm, der spätere König Wilhelm I. von Preußen und Deutscher Kaiser vertritt den Bräutigam Kronprinz Max II. von Bayern.

7. Oktober 1842 – Die preußische Prinzessin Marie Friederike wird nach Bayreuth gebracht

Berlin - Bayreuth * Die preußische Prinzessin Marie Friederike wird mit der Eisenbahn von Berlin



ins bayerische Bayreuth gebracht.

8. Oktober 1842 – Prinzessin Marie Friederike wird feierlich an ihren Bräutigam übergeben

Bayreuth * In Bayreuth wird die preußische Prinzessin Marie Friederike in einem protestantischen Gottesdienst feierlich an Bayern und ihren Bräutigam übergeben. Dieser ist allerdings nicht selbst anwesend, sondern wird von Finanzminister Carl Graf von Seinsheim vertreten.

10. Oktober 1842 – Prinzessin Marie Friederike trifft ihren Bräutigam

Bayreuth - Landshut * Mit der Kutsche reist Prinzessin Marie Friederike nach Landshut. Dort trifft sie auf ihren Bräutigam Kronprinz Max II., der aber noch am selben Tag zurück nach München aufbricht.

11. Oktober 1842 – Die preußische Prinzessin Marie Friederike trifft in München ein

München * Kronprinzessin Marie Friederike trifft in der bayerischen Haupt- und Residenzstadt ein.

12. Oktober 1842 – In der Allerheiligen-Hofkirche heiraten Max II. und Marie Friederike

München-Graggenau * In der Allerheiligen-Hofkirche findet die Hochzeit des Kronprinzen Max II. und Prinzessin Marie Friederike nach katholischem Ritus statt. Die Trauung ist auf den Hochzeitstag König Ludwigs I. gelegt worden. Der Tag war zugleich der Namenstag von König Max I. Joseph.

15. April 1844 – Prinz Luitpold heiratet Erzherzogin Auguste Friederike von Österreich

Florenz * Prinz Luitpold, der spätere Prinzregent, heiratet in Florenz Auguste Friederike, Erzherzogin von Österreich und Prinzessin von Toskana.

6. Mai 1844 – Die Brauer unterzeichnen das Friedensprotokoll



München * Einen Tag nach der Rücknahme der Preiserhöhung unterzeichnen die Münchner Brauer das sogenannte Friedensprotokoll. Darin heißt es: „Die versammelten Bierbrauer beschließen durch Stimmen-Mehrheit, daß der gegenwärtige Biersatz von 6 Kreuzer 2 Pfennigen für den Zeitraum von heute bis zum 16. Juli des Jahres auf 6 Kreuzer mit Einschluss des Lokal-Malzaufschlages und Schankpreises herabgesetzt werden solle.“ Damit sinkt der Bierpreis befristet bis zum 16. Juli 1844 von sechs Kreuzern und zwei Pfennigen auf sechs Kreuzer je Mass. Der Lokalmalzaufschlag und der Schankpreis sind darin bereits enthalten.

September 1844 – Anhaltende Teuerung und neue Unruhe

München * Die nach der Bierrevolution eingetretene Ruhe erweist sich als trügerisch. Die Königliche Gendarmeriekompanie der Haupt- und Residenzstadt München berichtet der Regierung von Oberbayern über die wachsende Unzufriedenheit: „Die arbeitende Klasse, nämlich Maurer, Zimmerleute und Tagelöhner klagen in Wirtshäusern und öffentlichen Plätzen über große Teuerung der Viktualien. [...] Diese Klasse Menschen beschwerten sich auch über geringen Taglohn, da sie in früheren Jahren, wo die Viktualien billiger waren, viel besser als jetzt bezahlt wurden. [...] Bei fortgesetzten hohen Viktualienpreisen dürfte noch zu besorgen sein, daß nun auch die arbeitende Klasse, die sich bis jetzt ruhig verhalten hat, mit dem unruhigen Volke gemeinsame Sache machen werde.“ Der Bericht macht deutlich, dass nicht allein der Bierpreis für Unmut sorgt. Steigende Lebensmittelpreise und niedrige Löhne verschärfen die soziale Not und nähren die Sorge der Obrigkeit vor neuen Unruhen.

1. Oktober 1844 – König Ludwig I. senkt den Bierpreis im Hofbräuhaus

München * König Ludwig I. reagiert auf die angespannte Lage. Im königlichen Hofbräuhaus lässt er den Preis für das weniger gehaltvolle Winterbier auf fünf Kreuzer je Maß senken. Damit will er, wie es in der Begründung heißt, „der arbeitenden Klasse und dem Militär einen gesunden und wohlfeilen Trunk [...] bieten“. Die Preissenkung beruhigt die Lage zunächst, kann die wachsende politische und soziale Unzufriedenheit jedoch nicht dauerhaft beseitigen. Vier Jahre später gerät die Monarchie während der Revolution von 1848 erneut unter starken Druck. Am 20. März 1848 dankt Ludwig I. zugunsten seines Sohnes Max II. ab.

25. August 1845 – Ludwig II. wird in Schloss Nymphenburg geboren

Schloss Nymphenburg * Kronprinz Ludwig (II.) wird am Geburts- und Namenstag seines



Großvaters, des Bayernkönigs Ludwig I., um 0:30 Uhr in Schloss Nymphenburg geboren. Sein Vater, Max II., ist zu diesem Zeitpunkt Kronprinz, seine Mutter Marie eine geborene Prinzessin von Preußen.

1847 – Das Schyrenbad wird als städtisches Männerfreibad eröffnet

Untergiesing * Das Schyrenbad wird als städtisches Männerfreibad eröffnet. Schwimmen dürfen hier in der Anfangszeit nur Männer, da Gleiches für Frauen als unschicklich gilt. Vorkämpfer für die Errichtung von Badeanstalten sind die Anhänger der deutschen Volksbadebewegung. Sie wollen durch eine Verbesserung der Körperpflege die sittliche Verwahrlosung und den sozialen Unfrieden in der Arbeiterbevölkerung abschaffen. Die minderbemittelte Bewohnerschaft soll einen Teil ihrer Freizeit in einer Badeanstalt verbringen können. Die Gruppierung teilt sich in die Befürworter der Regenerationsbäder und in jene, die den Reinigungsbädern den Vorrang einräumen. Das städtische Männerfreibad wird damals vom Aubach oder Auerbach gespeist. Er zweigt im heutigen Tierpark Hellabrunn aus dem Auer Mühlbach ab. Nach dem Auslass unterhalb der Thalkirchner Überfälle wechselt der Bach seinen Namen in Freibadbächl. Da das Wasser direkt aus der Isar kommt und schon aufgrund seiner Temperatur nicht unbedingt für das Badevergnügen einladend ist, muss das Wasser erst in zwei großen, flachen Aufwärmseen gesammelt und wird erst danach dem Schyrenbad zugeführt. Einer dieser Aufwärmseen hat sich noch bis heute im Rosengarten erhalten. Kein Wunder also, dass selbst der Münchner Magistrat das Schyrenbad als „ein hervorragendes Bad“ bezeichnet. Das Schwimmbad war etwa dreihundert Meter lang und rund zwanzig Meter breit. Es verfügt über einen schönen Baumbestand und über ein angenehmes Bachwasser, das „stets mild bleibt“. Das Freibadbächl fließt heute unterirdisch durch das Schyrenbad und mündet als Freibad-Auslaufkanal zwischen der Reichenbachbrücke und der Corneliusbrücke in die Kleine Isar zurück.

10. Februar 1848 – König Ludwig I. erkennt den Ernst der Lage nicht

München * König Ludwig I. erkennt den Ernst der Lage nicht. Am Abend des 10. Februar 1848 lässt er folgende Nachricht ins Rathaus bringen: „Jetzo, da die Bürger sich ruhig zurückbegeben haben, ist's mein Vorhaben, dass statt erst mit dem Wintersemester bereits mit dem Sommersemester die Universität wieder geöffnet werde, wenn bis dahin Münchens Einwohner sich zu meiner Zufriedenheit benehmen.“ Doch jetzt reicht es den Münchnern endgültig!



17. Oktober 1848 – Der Oktoberaufstand von 1848 beginnt

München * Am frühen Morgen ziehen Menschenmengen durch die Münchner Straßen. Unter den Protestierenden befinden sich Soldaten, Handwerksgesellen, Jugendliche und Frauen. Sie verlangen, den Preis für eine Mass Bier auf vier Kreuzer zu senken. Schon bald gehen die ersten Fensterscheiben zu Bruch. In Wirtshäusern und Geschäften kommt es zu Verwüstungen. Der Bierpreis ist jedoch nicht die alleinige Ursache der Ausschreitungen vom 17. und 18. Oktober. Die Münchner Brauer bieten das Winterbier bereits für viereinhalb Kreuzer beziehungsweise 18 Pfennige je Mass an. Damit liegt ihr Preis zwei Pfennige unter dem amtlich festgesetzten Satz. Dennoch fordern die Aufständischen eine weitere Senkung auf vier Kreuzer. Der Protest bringt somit auch die allgemeine soziale und politische Unzufriedenheit des Revolutionsjahres zum Ausdruck.

1. Oktober 1854 – Die Ramersdorfer Lüften kommen zum Landgericht rechts der Isar

Ramersdorf * Im Zusammenhang mit der Eingemeindung Haidhausens nach München überlegte der Stadtrat ganz konkret, das gesamte Gemeindegebiet von Ramersdorf gleichzeitig in den Münchner Burgfrieden zu integrieren. Diese Pläne zerschlugen sich zunächst. Dafür wird das Landgericht Au aufgehoben und die Ramersdorfer Lüften gemeinsam mit der Gemeinde Ramersdorf dem Landgericht rechts der Isar zugeteilt.

1. Oktober 1854 – Au, Giesing und Haidhausen werden nach München eingemeindet

München-Au - München-Haidhausen - München-Giesing * Eingemeindung nach München der Vorstadt Au mit den Gemeindeteilen Niedergiesing und Nord-Falkenau, die selbstständige Gemeinde Haidhausen und die Gemeinde Giesing mit den Gemeindeteilen Obergiesing, Lohe, südliche Falkenau, Pilgersheim, Birkenleiten, Siebenbrunn, Hellabrunn, Harlaching, Soyerhof, Stadelheim und Mentschweige. Dadurch erhöht sich die Bevölkerungszahl Münchens um 20.662 Einwohner. Davon kommen aus der Au 10.840, aus Haidhausen 6.273 und aus Giesing 3.549 Menschen. Damit wächst zusammen, was zusammen gehört, den die Bewohner der drei Vorstädte gehörten schon immer „funktional“ nach München. Die Au ist zu diesem Zeitpunkt die zehntgrößte Stadt des Königreichs Bayern. Der Burgfrieden von München, der sich durch Korrekturen seit dem Jahr 1724 von 1.593 Hektar auf rund 1.700 Hektar erweitert hat, verdoppelt sich nahezu. Mit der Au [87 ha], Haidhausen [296 ha] und Giesing [1.287 ha] vergrößert sich das Stadtgebiet um weitere 1.670 Hektar. Wegen der noch grassierenden Cholera-Epidemie erfolgt der Eingemeindungsakt ohne großes Aufsehen.



17. Oktober 1854 – Dankgottesdienst zur Überwindung der Cholera

München-Kreuzviertel * Nachdem König Max II. mit seiner Familie wieder nach München zurückgekehrt war, musste auf seinen Befehl hin nochmals ein Dankgottesdienst zur Überwindung der Cholera in der Frauenkirche abgehalten werden. Hierzu haben alle Beamten in ihrer Uniform zu erscheinen.

22. Oktober 1858 – Auguste Viktoria, die spätere Kaiserin, wird in Dolzig geboren

Dolzig * Auguste Viktoria Friederike Luise Feodora Jenny von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, die spätere Ehefrau von Kaiser Wilhelm II., wird in Dolzig in der Niederlausitz geboren.

1859 – König Max II. gibt resigniert auf

München * König Max II. beendet seine sämtlichen Versuche, die Verfassung zu verschlechtern. Sie scheitern an der hohen Hürde der Dreiviertelmehrheit, die in Titel X Artikel 7 der Verfassungsurkunde des Jahres 1818 festgelegt worden war. Der angebliche Leitspruch Königs Max II.: „Ich will Frieden haben mit meinem Volk!“ trat damit tatsächlich ein. Der König erkennt die Unmöglichkeit der Verfassungsänderung gegen den Willen der bayerischen Bevölkerung.

4. März 1861 – Die Ramersdorfer Lüften sollen mit Haidhausen vereinigt werden

München-Haidhausen - Ramersdorf * Mit einer EntschlieÙung des Staatsministerium des Inneren und des Justizministeriums soll das Gebiet Auf der Ramersdorfer Lüften und jenes am Kuisl künftigt von der Gemeinde Ramersdorf abgetrennt, mit der Vorstadt Haidhausen vereinigt und in den Münchner Burgfrieden aufgenommen werden.

Juli 1861 – Der New Yorker Ingenieur S. A. Beer will in München eine Pferdebahn betreiben

München * Der aus New York stammende Zivil-Ingenieur S. A. Beer sucht in München um eine Konzession für eine Pferdebahn nach. Doch der Münchner Magistrat ließ den Amerikaner abblitzen, weil die Sache für ihn zu wenig erprobt und er München schlichtweg für zu klein hält.



Tatsächlich besteht München damals lediglich aus der Innenstadt, der zum ehemaligen Burgfrieden gehörenden Anna-Vorstadt, der Maxvorstadt, der Ludwigsvorstadt, der Isarvorstadt und den seit dem 1. Oktober 1854 eingemeindeten Vorstädten Haidhausen, Au und Giesing. Durch die Eingemeindung hat sich das Stadtgebiet Münchens zwar verdoppelt, doch das Areal entspricht mit seinen rund 3.200 Hektar gerade einmal zehn Prozent der heutigen Stadtfläche, die damals von 130.222 Menschen bewohnt wird. Außerdem, so lautete ein weiteres Argument des Stadt-Magistrats, hat ja der bürgerliche Lohnkutscher Michael Zechmeister gerade erst einen privaten fahrplanmäßigen Stellwagenverkehr eingerichtet.

September 1861 – Anfrage wegen einer Konzession für eine Pferdebahn

München - New York * Der aus New York stammende Zivil-Ingenieur S. A. Beer sucht in München um eine Konzession für eine Pferdebahn nach. Doch der Münchner Magistrat lässt den Amerikaner abblitzen, weil die Sache für ihn zu wenig erprobt und er München schlichtweg für zu klein hält. Tatsächlich besteht München damals lediglich aus der Innenstadt, der zum ehemaligen Burgfrieden gehörenden Anna-Vorstadt, der Maxvorstadt, der Ludwigsvorstadt, der Isarvorstadt und den seit dem 1. Oktober 1854 eingemeindeten Vorstädten Haidhausen, Au und Giesing. Durch die Eingemeindung hat sich das Stadtgebiet Münchens zwar verdoppelt. Doch dieses Stadtgebiet entspricht mit seinen rund 3.200 Hektar gerade einmal zehn Prozent der heutigen Stadtfläche, die damals von 130.222 Menschen bewohnt wird. Außerdem, so lautet ein weiteres Argument des Stadt-Magistrats, hat ja der bürgerliche Lohnkutscher Michael Zechmeister gerade einen privaten Stellwagenverkehr eingerichtet, der seine drei Groschenwagen fünfmal täglich die Strecke Centralbahnhof - Marienplatz - Tal - Lilienstraße - Mariahilfplatz anfahren lässt.

10. November 1865 – Ein neuer Streckenverlauf wird festgelegt

München-Untergiesing * Nur wenige Monate vor dem Ende des dreijährigen österreichischen Verhandlungsmarathons, legt sich die Generaldirektion der Kgl. Bayerischen Staatseisenbahnen auf einen anderen Streckenverlauf fest. Nach diesem sollte, um den Umweg über die Großhesseloher Brücke zu umgehen, bereits in Friedenheim eine Trasse von der Hauptstrecke München - Augsburg abzweigen und über Untersendling und einer neu zu erbauenden Isarbrücke nach Untergiesing und von dort weiter nach Haidhausen führen. Diese Streckenführung ist gar nicht so revolutionär, da schon bei der Projektierung der Strecke München - Salzburg in der 1850er-Jahren dieser Verlauf zum Teil angedacht worden war. Allerdings würde die neue Bahntrasse doppelt so teuer wie die ursprüngliche sein. Die Planer



können aber darstellen, dass die Bahnstrecke zehn Kilometer kürzer ist und außerdem weniger Steigungen überwinden muss. Dadurch entsteht nicht nur eine enorme Zeitersparnis, sondern gleichzeitig ein beträchtlich verringerter Energieverbrauch. Den Mehraufwand für die neue Brücke von 800.000 Gulden kann man in Kauf nehmen, da sich die erhöhten Baukosten bereits innerhalb weniger Jahre wieder amortisieren.

20. Dezember 1865 – Die Unruhe- und Angstzustände des 17-jährigen Bayernprinzen Otto

München * Die Unruhe- und Angstzustände des 17-jährigen Bayernprinzen Otto bleiben in der königlichen Familie nicht unbemerkt. Die Königinmutter wird aber von den Ärzten beruhigt, da es sich lediglich um ein „Jugendirresein“ handle, das von selbst wieder vergeht.

14. Juni 1866 – Bayern unterstützt die Bundesexekution gegen Preußen

Wien - München - Berlin * Nachdem Preußen Holstein wiederbesetzt und damit den Bundesfrieden bricht, unterstützt das Königreich Bayern den Antrag Österreichs auf Bundesexekution gegen Preußen.

23. Juni 1866 – Mit dem Einmarsch der Preußen in Böhmen beginnt der Deutsche Krieg

Berlin - Prag * Mit dem Einmarsch der Preußen in das habsburgische Königreich Böhmen beginnt der Deutsche Krieg. Preußen hat bereits vor Kriegsbeginn den Bundesvertrag des Deutschen Bundes für nichtig erklärt und schert aus der anno 1815 in Wien beschlossenen Friedensordnung aus. Preußen führt also keinen Krieg gegen Österreich, sondern gegen ganz Deutschland. Die auf österreichischer Seite stehenden süddeutschen Bundestruppen tragen deshalb auch schwarz-rot-goldene Armbinden, als sie gegen die in Schwarz-Weiß antretenden Preußen kämpfen.

22. August 1866 – Bayern macht seinen Frieden mit Preußen

??? * Bayern macht seinen Frieden mit Preußen. Das Königreich Bayern muss 30 Millionen Gulden zahlen, verliert Land und verpflichtet sich in einem Geheimvertrag, in einem künftigen Kriegsfall mit seinen Truppen an Preußens Seite zu kämpfen.



23. August 1866 – Mit dem Frieden von Prag ist Österreich aus Deutschland hinausgedrängt

Prag - Wien - Berlin - München * Mit dem Frieden von Prag drängt Preußen Österreich aus Deutschland. Außerdem annektiert Preußen die umstrittenen Elbherzogtümer Holstein und Lauenburg, das Königreich Hannover, das Herzogtum Nassau und das Kurfürstentum Hessen-Kassel sowie die Freie Stadt Frankfurt am Main. Geblieben ist ein Bundesstaat mit 15 Klein- und Mittelstaaten nördlich der Mainlinie, der politisch, wirtschaftlich und militärisch im Norddeutschen Bund von Preußen dominiert wird. Eine sonderbare staatsrechtliche Konstruktion, die keinen langen Bestand haben wird. Der Norddeutsche Bund erhält ein eigenes Parlament. Seine Verfassung nimmt bereits die des 1870/71 begründeten Deutschen Reiches vorweg.

31. August 1866 – König Ludwig II. legt dem Landtag den Friedensvertrag vor

München-Kreuzviertel * Obwohl ihn die Verfassung dazu nicht zwingt, legt König Ludwig II. den Friedensvertrag dem Landtag vor. Nach einer teilweise hitzigen Debatte wird der bayerisch-preußische Friedensvertrag schließlich von beiden Kammern gebilligt. An diesem Tag werden sowohl der Friedensvertrag als auch das geheime Schutz- und Trutzbündnis unterzeichnet, das Bayern verpflichtet, Preußen im Fall des Angriffs einer auswärtigen Macht durch die Unterstellung der bayerischen Armee unter preußischem Oberbefehl zu unterstützen.

Oktober 1866 – Das Oktoberfest fällt trotz des Prager Friedens aus

München-Theresienwiese * Das Oktoberfest fällt trotz des Prager Friedens vom 23. August aus.

28. Mai 1867 – Pläne für die Neugestaltung der Appartements und des Wintergartens

München-Graggenau * Der Hofbauinspektor Eduard von Riedel legt Pläne für die Neugestaltung der Appartements Ludwigs II. vor. Der König ist mit den Planungen nicht zufrieden und gibt die Aufgabe an Franz Seitz weiter. Riedel legt auch seine Pläne für die Herstellung eines Dachpavillons auf dem Dach des Festsaalbaus vor. Der Dachgarten ist nur ein kleines, zimmergroßes Häuschen aus Eisen und Glas mit einem rechteckigen Grundriss.

Januar 1869 – Der erweiterte Wintergarten Ludwigs II. ist fast fertig



München-Gruggebau * Der erweiterte Wintergarten Ludwigs II. auf dem Dach des Festsaalbaus ist fertiggestellt. Der König ist aber noch immer nicht zufrieden. Er will einen Maurischen Kiosk in seinem Dachgarten integriert wissen, der bereits im Herbst 1868 beauftragt worden war.

3. September 1870 – Napoleon III. flieht nach Kassel

Sedan - Kassel * Als ab dem 3. September 1870 rund 104.000 französische Soldaten, darunter 4.000 bis 5.000 Offiziere, in die Kriegsgefangenschaft gehen, ist Kaiser Napoleon III. schon auf dem Weg nach Wilhelmshöhe bei Kassel, wo er den Friedensschluss abwarten soll. Der französische Noch-Kaiser will schnellstens durch Belgien nach Kassel reisen. Seinem eigenen Volk misstraut er. Und seinen Soldaten tritt er nicht mehr gegenüber, so groß ist die Schmach der Niederlage.

19. September 1870 – Erste Friedensverhandlungen in Ferrières-en-Brie

Ferrières-en-Brie • Der preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck und Jules Favre, Außenminister und Repräsentant der französischen republikanischen Regierung, verhandeln im deutschen Hauptquartier in Ferrières-en-Brie über einen möglichen Friedensschluss. Bismarck bietet Favre einen 14-tägigen Waffenstillstand an. In dieser Zeit könnten die Wahlen zu einer neuen Nationalversammlung stattfinden. Er erhofft sich damit ein Wahlergebnis, das eine monarchisch orientierte Mehrheit hervorbringt und ihm die Verhandlungen erleichtert. Favre lehnt jedwede Abtretung französischen Territoriums ab, Bismarck besteht darauf, dass Straßburg und das Elsass deutsch werden muss.

23. September 1870 – Die Friedensverhandlungen werden ergebnislos beendet

Ferrières-en-Brie • Die Verhandlungen über einen Friedensschluss zwischen Otto von Bismarck und Jules Favre werden ergebnislos abgebrochen.

23. November 1870 – Das Königreich Bayern kann sich mehrere Reservatrechte sichern

München - Berlin * In den sogenannten Novembervträgen kann sich das Königreich Bayern mehrere Reservatrechte sichern. Sie betreffen vor allem das Militär, die Eisenbahn, das



Post- und Telegrafienwesen, die Branntwein- und Biersteuer sowie die allgemeine Staatsverwaltung. Die Reservatrechte sind von der Aufsicht und Gesetzgebung des Deutschen Reichs befreit. Eisenbahn, Post und Biersteuer stellen wichtige Einnahmequellen dar.

Das Bayerische Heer bildet - in Friedenszeiten - einen geschlossenen Bestandteil innerhalb der Streitkräfte des Deutschen Reichs. Es steht mit eigener Verwaltung unter der Hoheit des bayerischen Königs. Doch mit dem Beginn der Mobilmachung - und damit dem Eintritt des Kriegsfall - untersteht das bayerische Militär direkt dem Kaiser.

15. Februar 1871 – Weitreichende deutsche Forderungen

Bordeaux - Versailles • Die deutschen und die französischen Verhandlungsführer einigen sich auf eine Verlängerung des Waffenstillstands bis zum 26. Februar und weiten ihn auf ganz Frankreich aus. Das Deutsche Reich forderte von Frankreich das Elsass und Teile von Lothringen, dazu eine Entschädigung von sechs Milliarden Goldfranc sowie eine Parade der deutschen Truppen in Paris. Die Besetzung der Stadt sollte bis zur Unterzeichnung eines vorläufigen Friedensvertrages anhalten. Bis zur Abwicklung der vollständigen Zahlung - vorgesehen ist der 2. März 1874 - sollen deutsche Truppen stationiert bleiben und Teile des Landes besetzen.

16. Februar 1871 – Paraphierung des Vorfriedens von Versailles

Versailles • Paraphierung des Vorfriedens von Versailles zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich.

1. März 1871 – Der Versailler Vorfriede wird unterzeichnet

Bordeaux • Der Versailler Vorfriede wird in Bordeaux von der französischen Regierung unterschrieben.

2. März 1871 – Der unterschriebene Vorfriede wird ausgetauscht

Bordeaux • Der von der französischen Regierung unterschriebene Vorfriede wird mit der deutschen Delegation ausgetauscht



3. März 1871 – Die Nationalversammlung stimmt dem vorläufigen Friedensschluss zu

Bordeaux * Die in Bordeaux zusammengetretene französische Nationalversammlung stimmt dem vorläufigen Friedensschluss mit 552 gegen 107 Stimmen zu.

10. Mai 1871 – Die Provinzen Elsaß und Lothringen fallen an Deutschland

Berlin * Der Frankfurter Friedensschluss kostet Frankreich im Wesentlichen die Provinzen Elsass und Lothringen sowie eine Kriegsentschädigung von fünf Milliarden Gold-Franc. Der deutsch-französische Krieg von 1870/71 war ein Krieg der modernen Technik und der Massenheere, der zu den Schrecken des ungebändigsten totalen Kriegs des 20. Jahrhunderts führen wird. Bismarcks wichtigstes Kriegsziel, die „dauerhafte Beseitigung der Kriegsgefahr an der deutschen Westgrenze“, ist schon beim Friedensschluss bedroht, weshalb zwei grausame Weltkriege mit Millionen Toten folgen werden. Eine betont kriegerische und verherrlichende Geschichtsschreibung verstellt auf beiden Seiten den Blick auf das Kriegselend. „Das erste Preußengrab für Deutschlands Einheit - Der Schwur auf die Fahne führte sie alle zum Heldentod fürs Vaterland - Gott verleihe den Helden droben die Siegespalmen - für Deutschlands Ehre weiht jedes deutsche Frauenherz Gatten, Sohn und Bruder gern dem Heldentod“. Diese Worte werden in ein Denkmal auf dem Gaisberg, nahe Weißenburg, geschlagen.

25. Dezember 1871 – Prinz Otto soll keinesfalls in eine Heilanstalt eingewiesen werden

München * König Ludwig II. und seine Mutter wollen Prinz Otto keinesfalls in eine Heilanstalt einweisen lassen, sondern ihn auf Gütern der Familie vor der Öffentlichkeit fernhalten.

1875 – Das Rad fahren im Münchner Burgfrieden wird verboten

München * Das fahren mit dem Veloziped innerhalb des Münchner Burgfriedens ist gänzlich untersagt.

Juli 1876 – Die Gleisbauarbeiten für die Pferdetrambahnlinie beginnen

München-Kreuzviertel - München-Maxvorstadt * Die Gleisbauarbeiten für die erste Versuchsteilstrecke für Münchens erste schienengebundene Pferdetrambahnlinie - vom



Promenadeplatz über den Stachus zur Nymphenburger Straße - beginnen. Sie endet an der Burgfriedensgrenze an der Maillingerstraße.

22. Oktober 1876 – Das neue Verkehrsmittel wird positiv angenommen

München * „Auf dem Promenadeplatz hatte sich eine speziell geladene Gesellschaft eingefunden. Es rollten sieben mit sehr hübschen, mutigen Pferden bespannte elegante Waggonn heran. Signalpfeifen der sechs in blauer Uniform gekleideten Kondukteurs ertönten und die Fahrt begann. In ca. 20 Minuten hatte der Zug sein Ziel, die Endstation Burgfrieden an der Nymphenburgerstraße, erreicht“, heißt es im Bericht der „Münchner Neuesten Nachrichten“. Trotz anfänglicher Probleme wird das neue Verkehrsmittel von den Münchner äußerst positiv angenommen. Edouard Otlets Unternehmen schafft für München 49 „geschlossene Waggonn mit zwei offenen Plattformen an jeder Seite“ an. Gebremst wird das Gefährt vom Wagenführer per Fuß mit einer einfachen Hebelbremse. Als jedoch bei einer Probefahrt ein Wagen auf dem abschüssigen Rosenheimer Berg beim Gasteig nicht zum Stehen kommt, sondern einfach weiter rutscht, wird die Fertigungsfirma zum Einbau einer Spindelbremse verpflichtet. Die weiß-blau gestrichenen Trambahnwagen sind mit bequem gepolsterten Sitzen ausgestattet. Für Kinder ist in den Waggonn eigens eine Messlatte angebracht, da sie bei einer Körpergröße unter einem Meter - in Begleitung eines Erwachsenen - kostenlos mitfahren können. Haltestellen gibt es zwar, aber jeder steigt ein und aus, wo es ihm passt. Eine Münchner Zeitung berichtet: „Ein weiterer Übelstand ist das leider viel zu wenig kontrollierte Absteigen. Es wird vielen Mitfahrenden geradezu angst und bange, wenn jemand Anstalten zum Absteigen macht. Ohne große Ausnahme geschieht dies immer in entgegengesetzter Fahrtrichtung, und ... bums, da liegen sie im Kot.“

13. Juni 1878 – Der Berliner Kongress soll die Balkankrise beenden

Berlin * In Berlin beginnt unter der Führung des Reichskanzlers Otto von Bismarck ein Kongress, der die Balkankrise beenden und eine neue Friedensordnung für Südosteuropa aushandeln soll. Der Berliner Kongress endet am 13. Juli mit dem Berliner Vertrag.

13. Juli 1878 – Der Berliner Kongress endet mit dem Berliner Vertrag

Berlin * Der Berliner Kongress endet mit dem Berliner Vertrag, in dem die bisherigen türkischen Provinzen Bosnien und Herzegowina dem Habsburgerreich zur Okkupation überlassen werden.



1879 – Hauptamtliche Feuerwehrmänner beziehen das Hauptfeuerhaus

München-Angerviertel * Zwölf hauptamtliche Feuerwehrmänner, ein Telegraphist und ein Oberfeuerwehrmann beziehen das Hauptfeuerhaus am Heumarkt 13, dem heutigen Jakobsplatz. Ziel und Zweck der hauptamtlichen Wache ist: „Bei jedem im Burgfrieden der Stadt München ausbrechenden Brande in möglichster Schnelligkeit nach der Brandstätte zu eilen, und ein dortselbst ausgebrochenes Schadenfeuer wo möglich im Entstehen zu unterdrücken, oder wenn dies nicht mehr möglich ist, zu versuchen, dasselbe so lange zu beschränken, bis die Abteilungen der freiwilligen oder der städtischen Feuerwehr zur Hilfe auf der Brandstätte erschienen sind.“

Januar 1885 – Die Au drängt auf eine eigene Isarbrücke

München-Au * Um die wirtschaftliche Entwicklung der Vorstadt Au zu fördern, wird der Antrag gestellt, eine Brücke über die Isar in Verlängerung der Corneliusstraße bis zum Mariahilfplatz zu errichten. Bereits beim Bau der Corneliusstraße ist ein solcher Brückenanschluss vorgesehen gewesen. Die Stadtverwaltung scheut jedoch die hohen Kosten, da neben dem Brückenbau auch umfangreiche Veränderungen am Flussbett und am Wehr erforderlich sind. Es wird eine Verbreiterung der Ludwigsbrücke vorgeschlagen und der neue Isarübergang südlich der Museumsinsel auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Die Bewohner der Au sind mit dieser Entscheidung unzufrieden, da sich die Verkehrsverhältnisse auf den Brücken und Zufahrtsstraßen weiter verschlechtern. Verschiedene Initiativen forderten deshalb seit Jahren zusätzliche Isarübergänge im Münchner Burgfrieden.

17. Mai 1889 – Die Mutter des Märchenkönigs stirbt auf Schloss Hohenschwangau

Schloss Hohenschwangau * Königinmutter Marie Friederike, Ludwig II. Mutter, stirbt auf Schloss Hohenschwangau Ihre Grabstätte befindet sich in der Fürstengruft der Theatinerkirche in München.

1. Januar 1890 – Neuhausen wird nach München eingemeindet

München-Neuhausen * Die selbstständige Gemeinde Neuhausen wird mit dem Gemeindeteil Friedenheim nach München eingemeindet.

1. November 1891 – Die Prinzregent-Luitpold-Terrasse wird der Öffentlichkeit übergeben



Bogenhausen - München-Haidhausen * Die Prinzregent-Luitpold-Terrasse am Standort des späteren Friedensengels wird der Öffentlichkeit übergeben.

12. März 1892 – Denkmal für den 70er-Krieg in der Feldherrnhalle

München-Graggenau * Aus Anlass des 71. Geburtstags des Prinzregenten Luitpold wird ein Mahnmal an der Rückwand der Feldherrnhalle beauftragt und vom Erzgießer Ferdinand von Miller ausgeführt. Die auf einem hohen Sockel stehende Figurengruppe aus Bronze symbolisiert Krieg und Frieden. Ein Krieger, der mit der linken Hand triumphierend die Fahne schwingt, schützt mit seinem rechten Arm und einem Schild eine Frauengestalt - den Frieden. Sie trägt in ihren Händen einen Palmzweig und einen Lorbeerkranz, die Zeichen des Friedens und des Sieges. Den Bezug zu Bayern stellte ein liegender Löwe her. Die Sockelinschrift lautet: „Dem treuen tapferen bayerischen Heere in Dankbarkeit und Anerkennung / Luitpold Regent von Bayern / 1892.“ Die Enthüllungsfeierlichkeiten finden ausschließlich im militärischen Rahmen statt, Zivilpersonen werden nicht eingeladen. Ebenfalls anwesend sind freilich die Vorstandschaften der Münchner Veteranen- und Kriegervereine. Der eigentlichen Enthüllung folgte eine Geschützsalve von 36 Kanonenschüssen und eine Ansprache des bayerischen Kriegsministers. Pazifistisch eingestellte Münchner deuteten das Standbild so um: „De Fahna könnt's ham, aba des Madl lasst's ma!“ - oder eher militärverachtend: „Raffa bis d'Fetzn fliagn, d'Fahna auf'd Höh, abas Mensch ned aus'm Arm lassen!“

1893 – Die Straßen an der Prinzregent-Luitpold-Terrasse sind fertig

München-Haidhausen * Die seitlichen Straßen-Auffahrtsrampen der Prinzregent-Luitpold-Terrasse sind fertig.

9. November 1893 – Ein monumentaler Brunnen am Weißenburger Platz als Sieges-Monument

München-Haidhausen * Der Haidhauser Gemeindebevollmächtigte und Wachsfabrikant Anton Forster schlägt „Zum Gedenken an die 25. Wiederkehr der glorreichen Siege von 1870/71“ dem Kollegium der Gemeindebevollmächtigten einen monumentalen Brunnen am Wörthplatz, dem heutigen Weißenburger Platz, vor.



1. März 1894 – Friedensmonument am Weißenburger Platz

München-Haidhausen * Der Antrag des Haidhauser Gemeindebevollmächtigte und Wachsfabrikant Anton Forster zur Errichtung eines monumentalen Brunnens am heutigen Weißenburger Platz wird genehmigt. Im Verlauf der Planungen nimmt man vom Standort Wörthplatz [= Weißenburger Platz] Abstand, da abzusehen war, dass sich die Weißenburger Straße zu einer Hauptverkehrsader entwickeln würde und entscheidet sich für das Forum in der Wörthstraße, dem heutigen Bordeauxplatz. Weitere Vorschläge folgen. Universitätsprofessor Johann Nepomuk Sepp konkretisiert die Planungen, indem er der Abgeordnetenversammlung in einem „leidenschaftlichen Appell an das deutsche Nationalgefühl“ ein Thema aus der Siegfried-Sage vorschlägt. Als Hauptfigur soll Siegfried in dem Augenblick dargestellt werden, als er aus der Quelle Wasser schöpft und Hagen nach seiner einzigen verwundbaren Stelle Ausschau hält.

April 1894 – Standortsuche für das Sieges-Denkmal

München-Haidhausen * Das Stadtbauamt erklärt sich mit dem Vorschlag eines „Siegfried-Brunnens im Forum der Wörthstraße“ [= Bordeauxplatz] einverstanden. Der Verwaltungsrat der Prinzregent-Luitpold-Stiftung, der die Finanzierung des Denkmals übernehmen soll, erklärt aber, dass der Standort nicht zwingend in Haidhausen sein müsse. Erstmals wird die Prinzregent-Luitpold-Terrasse in die Diskussion einbezogen. Somit stehen drei mögliche Aufstellungsorte für das „Denkmal der glorreichen Siege der bayerischen Truppen von 1870/71“ zur Verfügung: das Forum in der Wörthstraße, der Orleansplatz und die Prinzregent-Luitpold-Terrasse.

1895 – Die Straßen zum Friedensengel werden dem Verkehr übergeben

München-Lehel - München-Bogenhausen * Die beiden von der Luitpoldbrücke auf die Prinzregent-Luitpold-Terrasse führenden Straßenschleifen sind fertiggestellt und werden dem Verkehr übergeben.

2. November 1895 – Das Konkursverfahren gegen die Firma Hildebrand & Wolfmüller beginnt

München * Das Konkursverfahren vor dem Königlichen Amtsgericht München I gegen die Firma Hildebrand & Wolfmüller wird eröffnet. Wie viele Motorräder wirklich produziert worden sind, lässt sich nicht mehr bestimmen; es waren aber kaum mehr als einhundert. Was war geschehen und



warum wurde der kometengleiche Aufstieg der Firma so jäh wieder beendet? Denn immerhin erreichte das Auftragsvolumen nur wenige Wochen nach der Firmengründung zwei Millionen Reichsmark, was die Unternehmer in die Lage versetzte, ihre Motorräder für einen Stückpreis von 650 Mark an die Händler abzugeben. Alois Wolfmüller und Heinrich Hildebrand wagten sich zu früh an die Öffentlichkeit. Der Konstrukteur musste sich - wie sein Geldgeber - um die Produktion kümmern, und fand schon deshalb keine Zeit, sich um die Verbesserung seiner sonst so fortschrittlichen Erfindung zu kümmern. Das Grundproblem des Hildebrand & Wolfmüller-Motorrades war die ungenügende Funktion der Zündung. Das Anlassen der H&W-Maschine - ohne Kickstarter und ohne Batterie - war laut der Beschreibung für das Motorrad für einen Geübten in drei bis fünf Minuten zu bewerkstelligen. Heute wissen wir allerdings, dass der Vorwärm-Mechanismus - ähnlich wie bei Dieselfahrzeugen - viel Fingerspitzengefühl erforderte und sicherlich 13 bis 15 Minuten dauerte - oder gar nicht gelang. Die Unzufriedenheit der Kunden war also vorhersehbar und der Konkurs der Münchener Firma damit unabwendbar. Auch sonst war man bei diesem Pionierstück der Motorrad-Geschichte noch von vielen heute üblichen Lösungen weit entfernt. Beim Betrachten des H&W-Motorrades fällt sofort der an ein Lokomotivengestänge erinnernde Antrieb auf. Über zwei lange Pleuelstangen wurde die Kraft der beiden Kolben - wie bei einer Dampfmaschine - direkt auf das Hinterrad des H&W-Motorrades übertragen. Der gravierende Unterschied lag im Antrieb, der bei dem Motorrad über einen Benzinmotor erfolgte. Da bei einem Benzinmotor die Kraft durch die Explosion eines Gasgemisches erfolgt, war ohne Kupplung und Getriebe ein gefühlvolles und ruckfreies Anfahren überhaupt nicht möglich. Die mit einem für heutige Verhältnisse außergewöhnlich hohen Hubraum von 1.530 cm³ ausgestattete Maschine wurde bei jeder Zündung um 1½ Meter nach vorne „geworfen“. Um den Vorwärtsdrang dieses Hubraumriesen etwas geschmeidiger zu gestalten, kamen zwei starke Gummibänder zum Einsatz, die beidseitig am Motorrad angebracht wurden, einen Teil der Energie speicherten und diese dann während der Rückhubphase des Kolbens abgaben. Um mit dem H&W-Motorrad überhaupt in Fahrt zu kommen, musste der Fahrer - auf dem Sattel sitzend - beidseitig mit den Beinen so lange anschieben, bis der 2,5-PS-Motor seine Arbeit aufnahm, um in den Stillstand zu kommen, der Motor sogar „abgewürgt“ werden. Die einzige Bremse des Fahrzeugs bestand aus zwei Holzklötzen, die direkt auf die Lauffläche drückten. Dennoch konnte mit dem Motorrad eine Geschwindigkeit von dreißig bis vierzig Kilometern in der Stunde erreicht werden. Sonderanfertigungen brachten es sogar auf neunzig Stundenkilometern. Aus dieser - bei Weitem nicht vollständigen - Funktionsbeschreibung geht eindeutig hervor, dass die richtige Bedienung des Hildebrand & Wolfmüller-Motorrades durch einen Laien kaum zu bewerkstelligen war. Und genau das war auch der Grund, weshalb die H&W als Serien-Motorrad nicht erfolgreich war.



29. November 1895 – Endgültiger Beschluss zur Errichtung des Friedensmonuments

München-Haidhausen * Der Münchner Magistrat führt nicht nur den endgültigen Beschluss für die Errichtung des Friedensmonuments an der Stelle der Prinzregent-Luitpold-Terrasse herbei, sondern legt gleichzeitig fest, dass das Monument im Eigentum der Stadtgemeinde verbleiben soll. Finanziert wird das Denkmal aus den Mitteln der Prinzregent-Luitpold-Stiftung. Für das Monument werden 120.000 Mark zur Verfügung gestellt. Davon sollten 30.000 Mark für die allegorische Figur, 30.000 Mark für die Säule, 20.000 Mark für die vier Reliefs um den Unterbau, 30.000 Mark für den Unterbau und dazu 10.000 Mark für die Fundierung aufgewendet werden. Weitere 80.000 Mark kommen aus dem Haushalt der Stadt. Ein Wettbewerb wird ausgeschrieben, an dem sich nur in München ansässige Künstler beteiligen dürfen. Es wird eine Säule vorgegeben, die mit einem Friedensgenius gekrönt ist.

1896 – Der „Kaisergarten“ an der Lilienstraße wird abgerissen

München-Au * Die seit dem 17. Jahrhundert bestehende Gastwirtschaft „Zum Kaisergarten“ wird abgerissen. Das Grundstück der Wirtschaft gehörte lange Zeit nicht zur Vorstadt Au, sondern lag auf dem Gebiet des Münchner Burgfriedens. Selbst als die Au am 1. Oktober 1854 nach München eingemeindet wurde, war dieses Grundstück noch immer ein Teil der Isarvorstadt. Es dauerte noch bis zum Jahr 1875, bis der „Kaiserwirt“ der Vorstadt Au zugeschlagen wurde. Der Garten des „Kaisergartens“, auf dem sich auch die Vorstadt-Theater der Familie Schweiger befanden, war aber auf Auer Gemeindegebiet.

10. April 1896 – Entwurf des Veteranenvereins für das Friedensmonument

München-Haidhausen * Der Bayerische Veteranenverein reicht einen Entwurf für das Friedensmonument ein. Es ist ein Obelisk, auf dem „die Patrona Bavaria mit dem segnenden Jesuskinde und der Friedenspalme als Mutter des Friedens und der Liebe, unter deren Schutz Bayerns Söhne kämpften“, thront. Der Entwurf wird aber nicht weiter verfolgt.

15. April 1896 – Der Siegerentwurf für das Friedensmonument

München-Haidhausen * Beim Wettbewerb für das Friedensmonument an der Prinzregent-Luitpold-Terrasse haben sich viele bekannte Künstler und Architekten beteiligt, darunter Ignatius Taschner, Leonhard Romeis, Heinrich Waderé, Karl Hocheder, Hans Grässl



und viele andere. Doch den ersten Preis gewinnen drei bis dahin völlig unbekannte Künstler: Heinrich Düll, Georg Petzold und Max Heilmaier, obwohl sie - entgegen der Ausschreibung - den Friedensgenius und die übrigen plastischen Teile im Maßstab 1:6 noch nicht abgegeben haben.

9. Mai 1896 – Die Grundsteinlegung für das Friedensdenkmal

München-Bogenhausen * Am 9. und 10. Mai, exakt 25 Jahre nach dem - für Bayern und das Reich siegreichen - Krieg gegen Frankreich, findet die Grundsteinlegung für das Friedensdenkmal auf der Prinzregent-Luitpold-Terrasse statt.

17. Juli 1896 – Die Ausführung des Friedensmonuments beschlossen

München-Haidhausen * Der Magistrat beschließt in geheimer Sitzung, dass der prämierte Vorschlag der Bildhauer Heinrich Düll, Georg Petzold und Max Heilmaier für das Friedensmonument an der Prinzregent-Luitpold-Terrasse ausgeführt werden soll, nachdem am 13. Juli 1896 das gewünschte Modell im Maßstab 1:6 dem Preisrichterkollegium vorgestellt worden war.

30. November 1896 – Den Künstlern wird die gesamte Ausführung des Friedensmonuments übertragen

München-Haidhausen * Zwischen der Stadt München und den Bildhauern wird vertraglich festgelegt, dass die Künstler die gesamte Ausführung und Aufstellung des Friedensmonuments mit allen hierzu erforderlichen Arbeiten und die Lieferung sämtlicher Materialien unter ihrer eigenen verantwortlichen Leitung durchzuführen haben.

1897 – Das Ende des Rügebrauchs vor Gericht

Miesbach * Insgesamt 98 Verdächtige des Haberfeldtreibens vom 7./8. Oktober 1893 in Miesbach werden angeklagt. 95 Angeklagte werden wegen Landfriedensbruch zu Gefängnisstrafen von neun Monaten bis zu einem Jahr und sechs Monaten verurteilt. Der Polizei- und Justizserfolg bringt das Ende des Rügebrauchs. Zwischen 1901 und 1922 werden nur noch vier Haberfeldtreiben gezählt.

9. Mai 1897 – Friedensfeier der Münchner Schuljugend am Königsplatz



München-Maxvorstadt * Am Vortag der Grundsteinlegung für das Friedensmonument findet die Friedensfeier der Münchner Schuljugend mit 20.000 beteiligten Kindern auf dem Königsplatz statt.

10. Mai 1897 – Grundsteinlegung am Friedensmonument

München-Haidhausen * Der Platz am Friedensmonument an der Prinzregent-Luitpold-Terrasse ist mit Fahnen und Bäumchen geschmückt. Es ist alles erschienen, was in München Rang und Namen hat. Prinzregent Luitpold schreitet die Front der Veteranen ab, legt anschließend den Grundstein und zeichnet den Initiator des Denkmals, den Gemeindebevollmächtigten Anton Forster, mit einem Orden aus. Danach begibt sich der bayerische Regent zum Haidhauser Johannisplatz, um die Huldigung der Bevölkerung entgegenzunehmen.

1. Juli 1897 – Ein gewaltiger Orkan fegt über München hinweg

München-Haidhausen * Ein gewaltiger Orkan fegt über München hinweg, reißt das 17 Meter hohe Gerüst am Friedensmonument nieder und zertrümmert es. Das Gerüst fällt auf die Bauhütte und zerstört diese zum größten Teil. Zum Glück befinden sich alle Arbeiter in einem Bereich, der unversehrt blieb.

30. November 1897 – Die Säulen des Friedensengels

München-Haidhausen * Die Säule des Friedensmonuments hat bis zum Kapitell [= der obere Abschluss einer Säule] eine Höhe von 22,65 Meter erreicht.

1898 – Die hohe sozialpolitische Bedeutung der Herbergen

München-Au * Dr. Joseph Freudenberger schreibt über die hohe sozialpolitische Bedeutung der Herbergen: Es ist „nicht zu verkennen, daß sie gegen die sozialistischen Irrlehren vielfach feht, die ja bekanntlich darauf hinausgehen, Unzufriedenheit und Haß zu säen, und den diesen Gefühlen Verfallenen zum Kampfe gegen die Besitzenden aufzustacheln, wogegen jeder, der einen, wenn auch noch so kleinen Besitz hat, veranlaßt und verpflichtet ist, für Erhaltung der bestehenden Verhältnisse einzutreten. Nimmt man ihm aber diesen Besitz, fertigt man ihn und seine Ansprüche mit einer schnöden Summe Geldes ab, so wirft man ihn der Umsturzpartei [gemeint



waren damit die Sozialdemokraten] förmlich in die Hände.“

Januar 1898 – Die Säulenkannelierung am Friedensengel beginnt

München-Haidhausen * Die Arbeiten der Kannelierung [= Auskehlung] der Säulen des Friedensmonuments beginnen.

1. Juli 1898 – Der Fertigstellungstermin für das Friedensmonument ist geplatzt

München-Haidhausen * Der vorgegebene Fertigstellungstermin für das Friedensmonument kann nicht eingehalten werden kann.

August 1898 – Der Friedensgenius wird gegossen

München-Maxvorstadt * In der Erzgießerei wird mit dem Bronzeguss des Friedensgenius auf dem Friedensmonument begonnen.

Dezember 1898 – Fertigstellungstermin für den Friedensengel erneut verzögert

München-Maxvorstadt * Ferdinand von Miller teilt dem Magistrat mit, dass er bis zur endgültigen Fertigstellung der Bronzefigur auf dem Friedensmonument noch weitere drei Monate benötigt. Damit ist der inzwischen vorgesehene Vollendungstermin am 1. Mai 1899 nicht mehr haltbar. Man einigt sich schließlich auf den 1. Juli 1899 als spätesten Fertigstellungstermin. Weitere Zugeständnisse will der Magistrat nicht mehr gewähren.

1. Mai 1899 – Letzte Arbeiten am Friedensmonument

München-Haidhausen * Der Friedensgenius am Friedensmonument ist aufgestellt und die Mosaiken nahezu ausgeführt.

16. Juli 1899 – Das Friedensmonument wird eingeweiht



München-Haidhausen * Für die Einweihungsfeierlichkeiten für das Friedensmonument wird der Tag gewählt, „an dem vor 28 Jahren die bayerischen Truppen ihren Siegeszug in München gehalten“. Gleichzeitig ist der 16. Juli auch der Jahrestag der Mobilmachung der deutschen Truppen anno 1870. Auf der unteren Terrasse ist ein Festzelt aufgestellt worden. Durch Böllerschüsse werden die anwesenden Gäste darüber informiert, dass der Prinzregent die Residenz verlassen hat. An der Brücke empfangen ihn die Vertreter der Stadtgemeinde, von wo aus sich Prinzregent Luitpold durch ein Fahnenpalisade der Veteranen, der studentischen Corporationen, der Turner und Sänger zum Festzelt begibt. Von dort hatte er den Blick auf das noch verhüllte Denkmal und die Terrassenwand, mit seiner eigenen Monumentalbüste in der Mitte. In den beiden Seitennischen sind Porträtbüsten der deutschen Kaiser Wilhelm I. und Wilhelm II. untergebracht.

1900 – Es gibt nur eine einzige evangelische Gemeinde in München

München - München-Haidhausen - Perlach * Es gibt nur eine einzige evangelische Gemeinde in München. Danach wird für alle östlich der Isar gelegenen Stadtteile die Kirchengemeinde St. Johannes, mit der Notkirche in der Haidhauser Preysingstraße, gebildet. Auch in Perlach gibt es viele evangelische „Linksrheinler“; doch diese gehören damals noch nicht in den Burgfrieden Münchens.

12. Januar 1904 – Die Herero erheben sich in Deutsch-Südwestafrika

Deutsch-Südwestafrika * Es kommt zur Erhebung der Herero. Die Taktik der Herero-Krieger ist einfach. Mit ihren rund 8.000 Mann wollen sie die nur aus 2.000 Mann bestehende deutsche Schutztruppe überrumpeln. Dass jedoch das Deutsche Reich in kürzester Zeit zusätzliche Truppenkontingente nach Afrika verlegen kann, kommt in den Planungen der Herero nicht vor. Der damalige Gouverneur und Kommandeur der Schutztruppe, Theodor Leutwein, versucht den Krieg so zu führen, dass die spätere wirtschaftliche Ausbeutung des Landes unter Zuhilfenahme der Herero nicht gefährdet wird. Seine Strategie ist darauf angelegt, die Herero in eine ausweglose Lage zu bringen, danach aber - im Rahmen eines Friedensvertrages - zumindest ein weiteres Zusammenleben zu ermöglichen. Doch diese Strategie ist den Verantwortlichen im Berliner Generalstab zu langwierig, weshalb man Theodor Leutwein ablöst und den Generalleutnant Lothar von Trotha nach Deutsch-Südwestafrika schickt.

20. April 1904 – Für einen Tiergarten in Hellabrunn



München-Giesing * Eine Versammlung aus Befürwortern eines Münchner Zoos einigt sich auf Hellabrunn als künftigen Standort. Natürlich äußern sich die Bedenkensträger wieder lautstark und bemängeln, dass der Platz für den Tierpark so weit draußen wäre. Doch der Zoologische Garten befindet sich natürlich im Münchner Burgfrieden und es war jedermann klar, dass „ein Terrain, das für einen Zoologischen Garten in Frage käme, inmitten der Stadt überhaupt nicht vorhanden ist. Es kommt also nur die Peripherie in Betracht.“ Das Hellabrunner Gelände im südlichen Isartal zwischen Harlaching und der Marienklause gelegen, ist das Beste für diesen Zweck, denn hier war „die Luft wegen der in München vorherrschenden West- und Südwinde reiner als in allen übrigen Teilen der Stadt“. Weitere Vorteile ist der schier unendliche Wasserreichtum, ein alter, hoher Waldbestand in der Isarauen-Landschaft, der dicht bewaldete Harlachinger Isarsteilhang, der das Gelände vor Wind und Wetter schützte und eine malerische Kulisse für einen Zoologischen Garten bietet sowie die Wiesen, die den ganzen Tag von der vollen Sonne beschienen sind.

1911 – Der Wehrverein formuliert seine Kolonialpolitik

Berlin * Der im Jahr 1911 gegründete Wehrverein formuliert seine Kolonialpolitik so: „Ein vorwärtstrebendes Volk wie wir, das sich so entwickelt, braucht Neuland für seine Kräfte, und wenn der Friede das nicht bringt, so bleibt schließlich nur der Krieg“.

1. Juli 1911 – Das Kanonenboot Panther vor Agadir löst die Zweite Marokkokrise aus

Agadir * Das Kanonenboot Panther kreuzt in den Gewässern vor der marokkanischen Hafenstadt Agadir auf. Frankreich und die anderen Großmächte sind total überrascht und natürlich nicht darauf vorbereitet. Frankreich fühlt sich erpresst. Und auch die englische Regierung erklärt, dass sie eine Schwächung ihres Bündnispartners zugunsten Deutschlands keines Falls akzeptieren wird. Damit wird die Zweite Marokkokrise zwischen Deutschland und Frankreich ausgelöst. Es kommt zu zähen Verhandlungen, in denen Frankreich einen Zipfel Togos an Deutschland abtreten muss, den sogenannten „Entenschnabel“. Deutschland erklärt dafür im Gegenzug sein Desinteresse an der französischen Marokkopolitik. Der im Jahr 1911 gegründete Wehrverein formulierte es so: „Ein vorwärtstrebendes Volk wie wir, das sich so entwickelt, braucht Neuland für seine Kräfte, und wenn der Friede das nicht bringt, so bleibt schließlich nur der Krieg.“

Juli 1913 – Aus Elisabeth Wellano wird Liesl Karlstadt



München-Maxvorstadt * Elisabeth Wellano tritt im Serenissimus in der Akademiestraße als „Lisl Mackstadt“ auf. Kurz darauf erfolgt die Umbenennung in „Liesl Karlstadt“. Es ist einer der wenigen Fälle, in dem ein exotisch klingender Name zugunsten eines „normalen“ aufgegeben wird. Die Umbenennung ist für beide zufriedenstellend: Karl Valentin muss nicht länger befürchten, dass der exotische Name „Wellano“ von ihm ablenkt und ihr von Anfang an eine zu große Aufmerksamkeit garantiert. Sie war froh, ihn endlich los zu sein. Ihren Namen hat sie nie sehr geliebt, da er für sie untrennbar mit ihrer Kindheit verbunden war, als sie mit „Wellano - Italiano - lebst aa no?“ verspottet wurde.

10. August 1913 – Der Bukarester Frieden beendet den Zweiten Balkankrieg

Bukarest - Sofia - Belgrad - Athen - Konstantinopel - Wien - Petersburg * Im Bukarester Frieden verliert Bulgarien einen Großteil seiner Eroberungen aus dem Ersten Balkankrieg. Serbien und Griechenland teilen sich Mazedonien, Rumänien kann sich weiter zum Schwarzen Meer hin ausweiten und die Türkei erhält einen Teil seines europäischen Besitzes zurück. Die k.u.k-Monarchie Österreich-Ungarn ist jedoch spätestens jetzt fest entschlossen, ein weiteres Vordringen des zur Mittelmacht aufgestiegenen Balkanstaats Serbien mit aller Macht zu verhindern - auch um den Preis eines Krieges mit Russland.

25. Juli 1914 – Flammender Protest gegen das verbrecherische Treiben der Kriegshetzer

Berlin * Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei - SPD veröffentlicht einen Massenprotest gegen den drohenden Krieg, in dem es heißt: „Parteigenossen, wir fordern euch auf, sofort in Massenversammlungen den unerschütterlichen Friedenswillen des klassenbewussten Proletariats zum Ausdruck zu bringen. Eine ernste Stunde ist gekommen, ernster als irgendeine der letzten Jahrzehnte. Gefahr ist im Verzuge! Der Weltkrieg droht! Die herrschenden Klassen, die euch im Frieden knebeln, verachten, ausnutzen, wollen euch als Kanonenfutter missbrauchen. Überall muss den Gewalthabern in die Ohren klingen: Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Kriege! Hoch die internationale Völkerverbrüderung.“ In 160 Städten finden bis Ende Juli 288 Versammlungen und Aufmärsche statt, an denen sich nach Angaben des Veranstalters mehr als eine Dreiviertel Million Menschen beteiligen. Alleine die große Antikriegsdemonstration der SPD in Berlin am 28. Juli umfasst über 100.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Und das, obwohl die Kundgebung vom Berliner Magistrat ausdrücklich verboten worden ist.



28. Juli 1914 – Die drohende Kriegsgefahr ist kein Thema im Landtag

München-Kreuzviertel * Trotz der drohenden Kriegsgefahr wird im Bayerischen Landtag der bevorstehende Krieg nur indirekt zum Thema erhoben. Wenigstens der SPD-Abgeordnete Max Süßheim aus Nürnberg erklärt: „Wir Sozialdemokraten erwarten, dass der Friede erhalten und Europa vor den Gräueln und Schrecknissen eines Weltkriegs bewahrt werde“. Das war auch schon die einzige kritische und nachdenkliche Stimme im Bayerischen Landtag.

31. Juli 1914 – Kaiser Wilhelm II. verhängt den Zustand drohender Kriegsgefahr

Berlin * Kaiser Wilhelm II. bereitet sein Volk auf den kommenden gerechten Verteidigungskrieg gegen angreifende Feinde vor. „Infolge der andauernden und bedrohlichen Rüstungen Russlands“ verhängt er gemäß des Artikels 68 der deutschen Reichsverfassung den „Zustand drohender Kriegsgefahr“. Nachfolgend die Kernsätze seiner Rede, die mit der Überschrift „An mein Volk!“ in schriftlicher Form verbreitet wird: „Eine schwere Stunde ist heute über Deutschland hereingebrochen. Neider überall zwingen uns zu gerechter Verteidigung. Man drückt uns das Schwert in die Hand. Ich hoffe, dass, wenn es nicht in letzter Stunde meinen Bemühungen gelingt, die Gegner zum Einsehen zu bringen und den Frieden zu erhalten, wir das Schwert mit Gottes Hilfe so führen werden, dass wir es mit Ehren wieder in die Scheide stecken können. Enorme Opfer an Gut und Blut würde ein Krieg vom deutschen Volk erfordern. Den Gegnern aber würden wir zeigen, was es heißt, Deutschland anzugreifen. Und nun empfehle ich Euch Gott! Jetzt geht in die Kirche, kniet nieder vor Gott und bittet ihn um Hilfe für unser braves Heer! Kaiser Wilhelm II.“

1. August 1914 – Kaiser Wilhelm II. erklärt Russland den Krieg

Berlin * Am Nachmittag versammelt sich vor dem Berliner Schloss eine große Menschenmenge. Spannung liegt in der Luft. Man wartet nicht mehr auf die Erhaltung des Friedens, sondern auf die Erklärung des Krieges. Gegen 17:30 Uhr ordnet Kaiser Wilhelm II. für das Deutsche Reich - mit Ausnahme von Bayern - die Mobilmachung an und erklärt gleichzeitig Russland den Krieg. Damit geht der Oberbefehl über die bayerischen Truppen auf das Kaiserreich über. Wilhelm II. erklärt: „Ich bin gezwungen, zur Abwehr eines durch nichts gerechtfertigten Angriffs das Schwert zu ziehen und mit aller Deutschland zu Gebote stehenden Macht den Kampf um den Bestand des Reiches und unserer nationalen Ehre zu führen“. Die Menge singt anschließend Nun danket alle Gott und Extrablätter verbreiten die Generalmobilmachung.



1. August 1914 – Die Mobilmachung wird Bayern 108 Millionen Mark kosten

Berlin - München * Mobilmachung bedeutet, dass das bestehende Friedensheer erst durch die Reservisten verstärkt und damit operationstüchtig gemacht werden muss. Die Reservisten werden eingezogen und damit mobilisiert. In Friedenszeiten umfasst das Heer reichsweit circa 750.000 Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften und 158.000 Pferde. Nach dem Abschluss beträgt die Stärke des deutschen Heeres 3.840.000 Mann und 880.000 Pferde. Das Heer teilt sich in das Besatzungsheer und das eigentliche Feldheer, das 2.398.000 Mann und 730.000 Pferde umfasst. Die sogenannten Ersatztruppen, deren Soldaten zum Ausgleich der erwarteten Verluste bereitstehen, zählen 954.000 Mann. Damit sind in den Heimatgarnisonen - nach dem Ausmarsch des Feldheeres - mehr Soldaten vorhanden als in Friedenszeiten. Die bayerische Armee ist ein Teil des deutschen Reichsheeres - mit eigener Verwaltung. Im Frieden umfasst sie rund 90.000 Soldaten und 17.000 Pferde. Nach der Mobilmachung steigt die Zahl der Soldaten auf 416.000, die der Pferde auf 90.000. Das bayerische Feldheer zählt 300.000 Mann und 82.000 Pferde. Die Mobilmachung wird Bayern 108 Millionen Mark kosten.

1. August 1914 – Der Kriegsbeginn verschlechtert die Situation im Tierpark Hellabrunn

München-Giesing * In den Friedensjahren von 1911 bis zum Kriegsbeginn am 1. August 1914 hat der Tierpark einen Überschuss von 80.000 Mark erwirtschaftet. Doch die Baukosten von 295.000 Mark und die dafür aufgenommenen Kredite belasten das Tierpark-Unternehmen dann doch sehr. Mit dem Kriegsbeginn verschlechtert sich die Situation im Tierpark Hellabrunn zusehend.

Sofort werden 15 Mitarbeiter zum Dienst an der Waffe eingezogen. Der Mangel an ausreichendem Futter für die Tiere verstärkt sich im Laufe der Zeit. Neue Tiere können nicht mehr angeschafft werden, andere Zoobewohner verenden an Mangelernährung, das Besucherinteresse geht drastisch zurück.

3. August 1914 – Deutschland bringt ein Weißbuch heraus

Berlin * Als erste kriegführende Macht bringt Deutschland ein Weißbuch heraus. Darin enthalten sind Aktenstücke, die beweisen sollen, dass sich Deutschland bis zuletzt um den Frieden bemüht hat und damit die Burgfriedenspolitik gegen kritische Fragen erhärten kann. Das Weißbuch wird vom Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg dem Reichstag vorgelegt. Auch die anderen, am Krieg beteiligten Nationen bringen ähnliche Dokumentsammlungen in ihren Landesfarben heraus. Doch alle derartigen Publikationen erhalten neben Flüchtigkeitsfehlern auch gezielte Fälschungen.



4. August 1914 – König Ludwig III. schwört seine Untertanen auf den Krieg ein

München * König Ludwig III. schwört seine Untertanen auf den Krieg ein. In seiner Bekanntmachung „An meine Bayern!“ wendet er sich nicht nur an die Soldaten, sondern vor allem an die Menschen in der Heimat: „Deutschland hat den Kampf nach zwei Fronten aufgenommen. Der Druck der Ungewissheit ist von uns gewichen, das deutsche Volk weiß, wer seine Gegner sind. In ruhigem Ernst, erfüllt von Gottvertrauen und Zuversicht, Scharen unsere wehrhaften Männer sich um die Fahnen. Es ist kein Haus, das nicht teil hätte an diesem uns frevelhaft aufgedrungenen Krieg. Bewegten Herzens sehen wir unsere Tapferen ins Feld ziehen. Der Kampf, der unser Heer erwartet, geht um die heiligsten Güter, um unsere Ehre und Existenz. Gott hat das deutsche Volk in vier Jahrzehnten rastloser Arbeit groß und stark gemacht, er hat unser Friedenswerk sichtbar gesegnet. Er wird mit unserer Sache sein, die gut und gerecht ist. Wie unsere tapferen Soldaten draußen vor dem Feind, so stelle auch zu Hause jeder seinen Mann. Wollen wir, jeder nach seiner Kraft, im eigenen Land Helfer sein für die, die hinausgezogen sind, um mit starker Hand den Herd der Väter zu verteidigen. Tu jeder freudig die Pflicht, die sein vaterländisches Empfinden ihn übernehmen heißt. [...] Bayern! Es gilt das Reich zu schützen, das wir in blutigen Kämpfen mit erstritten haben. Wir kennen unsere Soldaten und wissen, was wir von ihrem Mut, ihrer Manneszucht und Opferwilligkeit zu erwarten haben. Gott segne unser tapferes deutsches Heer, unsere machtvolle Flotte und unsere treuen österreichisch-ungarischen Waffenbrüder! Er Schütze den Kaiser, unser großes deutsches Vaterland, unser geliebtes Bayern!“.

10. August 1914 – Die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch während der Kriegszeit

München * Im Bayerischen Innenministerium wird die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch während der Kriegszeit besprochen. Da aus allen Regierungsbezirken eine gute bis sehr gute Heuernte gemeldet wird und sowohl die Kartoffel- wie die Getreideernte zufriedenstellend ausfiel, sehen die Viehzüchter keinen Grund zur Sorge. Nur der Verbrauch von Kalbfleisch sollte eingeschränkt werden. Außerdem sollte die Haltung von Kaninchen gefördert werden, weil diese „innerhalb kurzer Zeit ein großes Quantum von Fleisch für den Haushalt liefern“. Als Bilanz der Besprechung wird festgestellt, dass Bayern hinsichtlich der Fleischversorgung vollkommen sicher sei, selbst wenn sich der Krieg länger hinziehen sollte. Solche Besprechungen machen deutlich, dass man sich über Fragen der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und anderer lebenswichtiger Gebrauchsgüter keine Gedanken machte. Niemand rechnete ernsthaft mit einem längeren Krieg.



23. August 1914 – Generalmajor Erich Ludendorff trifft die Entscheidungen

Ostfront * Vor Ort erkennen die hohen Militärs die Problematik der Kriegssituation und entwickeln eine neue Strategie, die allerdings auch mit einem Risiko behaftet ist. Und tatsächlich erweist sich Erich Ludendorff [„Ohne Opfer kein Sieg! Ohne Sieg kein Friede!“] vor und während der Schlacht um Tannenberg als das treibende Element, während der eigentliche Oberbefehlshaber der 8. Armee, Paul von Hindenburg, „mit großer Ruhe und noch größerem Schlafbedürfnis“ die Entscheidungen des Generalstabs-Chefs Erich Ludendorffs absegnet. Der bürgerliche Generalmajor Ludendorff trifft die Entscheidungen, Hindenburg repräsentiert nach Außen hin.

11. September 1914 – Die Schlacht an der Marne ist verloren

Marne * Die Marne-Schlacht ist beendet. 250.000 Tote, Verwundete und Gefangene hat die Schlacht auf deutscher Seite gekostet, rund 300.000 auf alliierter Seite. Generalstabschef Helmuth von Moltke erleidet einen Nervenzusammenbruch und sieht den Krieg verloren. Mit dieser Meinung steht er nicht alleine, doch Kaiser Wilhelm II. will einen Siegfrieden und keinen Kompromissfrieden.

24. Dezember 1914 – Der kurze Weihnachtsfrieden

Westfront * Deutsche und britische Soldaten verbrüdern sich - für wenige Stunden - beim sogenannten Weihnachtsfrieden.

25. Dezember 1914 – Kriegsweihnacht I

Straßburg * Die Straßburger Post schreibt in nationalistisch gefärbten Worten: „Aus grauer Vorzeit bis auf den heutigen Tag hat sich an die Weihnacht der Begriff des Friedens und der Liebe geknüpft, und sie ist das eigentliche Fest der Deutschen geworden. [...] Mit dem Schicksal, das über uns gekommen ist, ist auch unser weihnachtlicher Festeswille noch höher gewachsen. [...] Die Not, die uns bedrückt, ist eine gemeinsame. [...] Darum ist die Weihnacht, die wir in diesem Jahr begehen, kein Fest der Familie mehr. [...] Die Weihnacht von 1914 ist die hehrste von allen, [...] weil auf die Liebe [...] alle ein Anrecht besitzen, die in diesen Tagen sich zu unserem Volke bekannt haben.“

1915 – Lena Christ's Roman „Rumplhanni“ beschreibt den Kriegsbeginn



München * Lena Christ beschreibt in ihrem im Jahr 1916 erschienenen Roman „Rumplhanni“ den Kriegsbeginn auf dem Lande: „[...] Kein Platz ist mehr zum Sitzen; die Bauern haben den Herrgottswinkel und das Ofeneck ausgefüllt, und an den übrigen Tischen hocken die Jüngeren und die Dienstigen. Man redet vom Krieg. Und der eine meint: „Jano; s'Belgien ham mir scho. s'Frankreich ham mir aa scho glei; Paris kriagn man auf d'Woch und s'Rußland aufn Kirta. Bis Allerheiling ham mir nachher an Engländer umbracht, und z'Weihnachten sauf i mir mein Friedensrausch o.' - „Wenn dir der Italiener net 's Krüagl aus der Hand haut, deiweil!“ meint der Meßmer von Niklasreuth; „woaßt, den Schlawiner tat i scheucha!“ Aber, was!? Den Katzmacha!“ heißt's da; „den Polentafresser! Den Maronibruada möchst ferchten! Was willst denn! Was will denn der macha! Hat Ja grad oa Loch, wo er außi kann, der Italiener!“ - „Und dees is zuapitschiert!“ meint der Hauser. „Dees ham eahm d'Östeiricher a so verpapt, daß er a Jahr braucht, bis er si durchefrißt!“ Und so wird weiter disputiert und politisiert, bis Jeder voll ist und jeder genug hat [...]“. Und solange die militärischen Erfolge Bestand haben, kann der sogenannte „Burgfrieden“ in der Arbeiterschaft auch weiterhin erhalten bleiben.

2. Februar 1915 – Faschingstreiben und Starkbierausschank passen nicht zum Krieg

München * Das Stellvertretende Generalkommando gibt folgende Bekanntmachung heraus: „Faschingstreiben und Starkbierausschank in der im Frieden üblichen Weise passen nicht in unsere Zeit. Ich bestimme deshalb auf Grund des Kriegszustandsgesetzes: Faschingstreiben: Während des diesjährigen Faschings ist Faschingstreiben jeder Art, sowie der Verkauf von Karnevalsartikeln auf öffentlichen Plätzen und Straßen und in Wirthschaften, Kaffeehäusern usw. untersagt. Starkbierausschank: Der bisher übliche Sonderausschank von Starkbier darf nur im gewöhnlichen Schankbetrieb und in den diesem Betrieb dienenden Räumen ausgeschenkt werden. Konzerte, Volksgesänge und sonstige Belustigungen sowie der Verkauf von Scherzartikeln sind hiebei verboten.“

28. April 1915 – In Den Haag beginnt der Internationale Frauenfriedenskongress

Den Haag * Angeregt von Anita Augspurg, Lida Gustava Heymann und Aletta Jacobs beginnt in Den Haag der Internationale Frauenfriedenskongress.

24. Dezember 1915 – „Von Frauen an Frauen! - Wir wollen Frieden! Frieden für alle!“

München-Au - München-Giesing * In der Au und in Giesing tauchen anonyme Flugblätter mit



folgendem Inhalt auf: „Von Frauen an Frauen! Wir wollen nicht länger zusehen, wie man unsere Männer und Söhne hinschlachtet. Wir wollen Frieden! Frieden für alle!“

1. April 1916 – Glocken für die evangelische Johanneskirche

München-Haidhausen * Schon am Tag vor der Einweihung der evangelischen Haidhauser Johanneskirche läuten schon deren Glocken. Sie tragen die Inschriften: „Ehre sei Gott in der Höhe“, „Friede auf Erden“ und „Den Menschen ein Wohlgefallen“. Die Glocken waren ursprünglich für eine Gemeinde in Ostpreußen bestimmt, die durch die Kriegszerstörungen keine Kirche und keinen Turm mehr hatte.

31. August 1916 – Wer soll die Not der Bevölkerung lindern ?

München * In der Sitzung der Gemeindebevollmächtigten erinnert der Vorstand einen Referenten eindringlich an den Burgfrieden. Der Referent hat sich in seinen Ausführungen energisch gegen diejenigen gewandt, die den Krieg gewollt haben und die jetzt auch die Not der Bevölkerung zu lindern hätten.

12. Dezember 1916 – Die Mittelmächte machen der USA ein Friedensangebot

Berlin - Washington * Die Mittelmächte wenden sich mit einem Friedensangebot an den amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson. Die Entente weist das Angebot zurück.

30. Dezember 1916 – Deutsche Friedensinitiative zurückgewiesen

Berlin * Die Entente weist die deutsche Friedensinitiative zurück.

22. Januar 1917 – US-Präsident Wilson fordert einen Frieden ohne Sieger

Washington * In einer Rede vor dem amerikanischen Senat fordert Präsident Woodrow Wilson einen Frieden ohne Sieger.

28. Januar 1917 – Die deutsche Regierung lehnt Woodrow Wilsons Friedensbotschaft ab



Berlin * Die deutsche Regierung lehnt Woodrow Wilsons Friedensbotschaft „Frieden ohne Sieger“ ab.

6. April 1917 – Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Gotha

Gotha * Die in Gotha bis zum 8. April stattfindende zweite Reichskonferenz der sozialdemokratischen Opposition wird zum Gründungsparteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands - USPD. In der neuen Partei finden sich Sozialdemokraten verschiedenster Couleur wieder: Revolutionäre Marxisten wie die Gruppe Internationale, die im Krieg die prognostizierte Krise des Kapitalismus sieht und auf revolutionäre Aktionen drängt; pazifistisch gesinnte Sozialdemokraten, die im Weltkrieg einen Angriffskrieg Deutschlands sehen und sich diesem aus ethischen und moralischen Gründen verweigern; daneben Revisionisten, aber auch führende Vertreter des marxistischen Zentrums. Die USPD ist also keine straffe, einige revolutionäre Linkspartei. Sie zeigt sich nur einig in dem gemeinsamen Ziel: Die Beendigung des Krieges ohne Annexionen. Sie steht demzufolge für die Gegnerschaft zum Krieg, in dem sie längst keinen Verteidigungskrieg, sondern einen imperialistischen Eroberungskrieg sieht. Die USPD ist also in erster Linie der Block der sozialdemokratischen Gegner des Burgfriedens, der gegen die Kriegskredite ist. Sonst herrschen innerhalb der USPD in der Beurteilung der Arbeiterbewegung und ihrer Taktik große Meinungsverschiedenheiten. Zu Vorsitzenden der neuen Partei werden Wilhelm Dittmann und Hugo Haase gewählt. Auch Kurt Eisner ist in Gotha anwesend, obwohl er immer gegen die Spaltung der Partei war. Die Unzufriedenheit mit der SPD hat auch in Bayern zugenommen. Für die SPD sind die USPD-ler „Vaterlandsverräter“, für die USPD sind die SPD-ler „Verräter am Sozialismus und an der Arbeiterschaft“.

28. April 1917 – Den Kampftag für Frieden, Freiheit und Brot verhindern

Berlin * Die Generalkommission und der SPD-Parteivorstand sprechen sich gegen jede Arbeitsruhe am 1. Mai aus, nachdem die Gruppe Internationale zu einem Kampftag für Frieden, Freiheit und Brot aufgerufen hat.

2. Juni 1917 – In Stockholm tagt der Internationale Sozialistenkongress

Stockholm - Paris * In Stockholm tagt vom 2. bis 19. Juni 1917 der Internationale Sozialistenkongress. Er sucht nach Möglichkeiten für einen Friedensschluss der verfeindeten und



kriegsführenden Länder. Der französische Ministerpräsident Alexandre Ribot verweigert den Sozialisten seines Landes die Ausreise nach Stockholm.

2. Juni 1917 – König Ludwig III. macht erneut seine Annexions-Absichten deutlich

München - Königreich Bayern * König Ludwig III. macht erneut seine Annexions-Absichten deutlich: „Bayern hat um so mehr Anspruch auf eine Vergrößerung, als es bei den letzten Friedensschlüssen immer schlecht abgeschnitten hat.“

6. Juli 1917 – Matthias Erzberger fordert einen annexionslosen Frieden

Berlin * Der Zentrumsabgeordnete Matthias Erzberger fordert in er Aufsehen erregenden Rede vor dem Hauptausschuss des Reichstags einen annexionslosen Frieden, da keine Aussicht auf einen Sieg mehr besteht. Er will eine Friedensinitiative des Parlaments und fordert zugleich den Rücktritt des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg.

12. Juli 1917 – Zwei-Mark-Scheine mit Revolutionsparolen

München - Königreich Bayern * Die ersten Zwei-Mark-Scheine tauchen auf, auf denen mit Tintenstift - und damit unentfernbar - Nachrichten geschrieben sind: „Keinen Frieden ohne Revolution, Hoch die Revolution! Nieder mit dem Krieg! oder Macht es wie in Russland, dann haben wir Frieden!“ Da eine Anzeige bei der Polizei zum Einzug des Zahlungsmittels führt, wird er möglichst schnell weitergegeben.

14. Juli 1917 – Die Reichstagsmehrheit verabschiedet eine Friedensresolution

Berlin * Die Reichstagsmehrheit bestehend aus SPD, Zentrum und Fortschrittliche Volkspartei - FVP verabschiedet im Reichstag die vom Zentrumsabgeordneten Matthias Erzberger am 6. Juli 1917 geforderte Friedensresolution. In dieser treten sie für „einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker“ ein, mit dem „erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar“ sind.

19. Juli 1917 – Antrittsrede des neuen Reichskanzlers Georg Michaelis



Berlin * Der neu ernannte Reichskanzler Georg Michaelis kündigt in seiner Antrittsrede eine bessere Zusammenarbeit zwischen Regierung und Reichstag an. Die am 14. Juli von der Reichstagsmehrheit verabschiedete Friedensresolution nimmt er nur so zur Kenntnis, „wie ich sie auffasse“. Das heißt, dass Macht- und Kriegszielpolitisch alles beim Alten bleibt.

31. Juli 1917 – 400 Matrosen für einen Frieden ohne Annexionen

??? * Auf dem Kriegsschiff König Albert unterzeichnen 400 Matrosen eine Erklärung für einen Frieden ohne Annexionen. Gleichzeitig geben sie ihren Eintritt in die USPD bekannt.

1. August 1917 – Papst Benedikt XV. fordert einen Frieden ohne Annexionen

Vatikan * Papst Benedikt XV. richtet einen Friedensappell an die kriegführenden Mächte: „Soll denn die zivilisierte Welt nur noch ein Leichenfeld sein?“, fragt der Papst in seiner Friedensnote. „Soll das ruhmreiche und blühende Europa, wie von einem allgemeinen Wahnsinn fortgerissen, in den Abgrund rennen und Hand an sich selbst anlegen zum Selbstmord?“ Er ruft in seiner Friedensbotschaft zu einem Frieden ohne Annexionen auf, so „wie es jenem ziemt, der als der gemeinsame Vater alle seine Kinder mit der gleichen Liebe umgibt“. Doch sowohl die Entente wie auch die Mittelmächte glauben an ein Komplott und diffamieren Benedikt XV. als „Papst der Gegner“. Für die Franzosen wird er zum „pape boche“; der deutsche Generalquartiermeister Erich Ludendorff spricht dagegen nur noch vom „Franzosenpapst“. Wohl am enttäuschendsten sind für Papst Benedikt XV. aber die Reaktionen der Bischöfe in den kriegführenden Ländern. Die meisten haben sich schon 1914 dem allgemeinen Hurratriotismus angeschlossen. Statt sich nun hinter ihr übernationales Oberhaupt der katholischen Kirche zu versammeln, geben sie sich nationalistisch. Nur im kriegsmüden Italien findet der Vorschlag große Zustimmung.

2. August 1917 – 400 Matrosen demonstrieren in Wilhelmshaven für den Frieden

Wilhelmshaven * 400 Matrosen demonstrieren in Wilhelmshaven für den Frieden.

2. September 1917 – Die Deutsche Vaterlandspartei - DVLP wird gegründet

Königsberg * Am Tag des Friedens bei Sedan wird die erzkonservative, nationalistische, völkische und antisemitische Deutsche Vaterlandspartei - DVLP von ultrarechten Kräften,



darunter Großadmiral Alfred von Tirpitz und dem ostpreußischen Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp, gegründet. Innenpolitisch kündigt die Vaterlandspartei den Burgfrieden von rechts auf. Sie plädiert für einen unterdrückenden und autoritären Kurs gegenüber der Arbeiterbewegung und greift auch bürgerliche Politiker heftig an, die sich – wie beispielsweise den Zentrums Politiker Matthias Erzberger - für eine Reform des politischen Systems unter Einbeziehung der SPD aussprechen. Die Parteiführung verfolgt den Plan, mit Hilfe eines „starken Mannes“ einen autoritären Staatsumbau einzuleiten und dabei den Reichstag und die Linksparteien auszuschalten. Im äußersten Fall sollte auch der „zu weiche Kaiser“ Wilhelm II. bei einer sich bietenden Gelegenheit für „regierungsunfähig“ erklärt und der weit rechts stehende Kronprinz von Preußen zum Regenten ernannt werden. Außenpolitisch tritt die Vaterlandspartei für einen deutschen Siegfrieden und ein umfassendes Programm direkter und indirekter Expansion ein. Mit ihren Kampagnen gegen einen Verzichtfrieden - oder Judenfrieden genannten Verständigungsfrieden - und gegen Schlappeheit und Verrat an der Heimatfront legt die Deutsche Vaterlandspartei - DVLP den Grundstein für den Nachkriegsdiskurs über die Novemberverebrecher und die Dolchstoß-Legende.

24. September 1917 – Die Deutsche Vaterlandspartei fordert einen unbedingten Siegfrieden

Berlin * Ludwig Thoma tritt bei der Gründungsversammlung der Deutschen Vaterlandspartei - DVLP in der Berliner Philharmonie als Redner auf, wofür ihm der Parteivorsitzende, der ehemalige Großadmiral Alfred von Tirpitz, persönlich dankt. Die neugegründete Deutsche Vaterlandspartei - DVLP fordert auf ihrer ersten Großkundgebung in Berlin einen „unbedingten Siegfrieden“.

2. Oktober 1917 – Die Deutsche Vaterlandspartei formiert sich in München

München * Als Ableger der am 2. September in Königsberg gegründeten Deutschen Vaterlandspartei - DVLP formiert sich in München der Landesverein Bayern. Prominenteste Fürsprecher des Landesvereins sind Cosima Wagner und Ludwig Thoma. Die bürgerliche Sammelbewegung tritt mit dem Ziel einer Stärkung des Durchhaltewillens bis zum Siegfrieden an.

22. Oktober 1917 – Reichskanzler Georg Michaelis wird das Vertrauen entzogen

Berlin * Die Mehrheitsparteien im Reichstag (Sozialdemokraten, Linksliberale und katholisches Zentrum) entziehen Reichskanzler Georg Michaelis das Vertrauen wegen seiner eigenwilligen



Interpretation der Friedensresolution, seines scharfen Vorgehens gegen die USPD sowie wegen seiner Ablehnung einer Reform des Dreiklassenwahlrechts.

1. November 1917 – Ein Hirtenbrief warnt vor einem Frieden

Deutsches Reich * Der deutsche Episkopat warnte in Hinblick auf den Friedensappell von Papst Benedikt XV. vom 1. August 1917 in einem Hirtenbrief vor einem Frieden „als Judaslohn für Treubruch und Verrat am Kaiser“.

9. November 1917 – Regierung der Volkskommissare unter dem Vorsitz von Wladimir I. Lenin

Petersburg * Die siegreichen Revolutionäre in Russland bilden eine Regierung der Volkskommissare unter dem Vorsitz von Wladimir I. Lenin. Sie erlassen ein Dekret über einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen.

11. November 1917 – Parolen für den Frieden in Wien

Wien * Bei einer Friedensversammlung in Wien wird die Parole „Gebt uns den Frieden wieder oder wir legen die Arbeit nieder“ ausgegeben.

25. November 1917 – Der schnellste und sicherste Weg zum Frieden

München-Isarvorstadt * Kurt Eisner spricht auf einer USPD-Versammlung in den Kolosseum-Bierhallen vor rund 200 Anwesenden über seine Vorstellung der raschen Beendigung des Krieges. Obwohl die Veranstaltung von der Polizei überwacht wird, ruft er zum Sturz der bestehenden Regierungen auf. Der schnellste und sicherste Weg zum Frieden ist nach seiner Auffassung die Übernahme der Macht durch das Proletariat. Nicht nur in Deutschland und Österreich, sondern auch in den germanischen Ländern.

28. November 1917 – Die russische Regierung will einen Waffenstillstand

Petersburg * Die russische Räteregierung schlägt allen kriegführenden Parteien einen Waffenstillstand vor. Das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn stimmen diesem Vorschlag zu,



weil damit ein Teil der Soldaten von der Ostfront abgezogen und zusätzlich an der Westfront eingesetzt werden könnte. Die Alliierten lehnen einen Separatfrieden Russlands mit den Mittelmächten ab.

13. Dezember 1917 – Gespräche in Berlin über den Massenstreik

München - Berlin * Kurt Eisner fährt für mehrere Tage in die Reichshauptstadt Berlin, um dort persönliche Angelegenheiten zu regeln. Er nutzt die Gelegenheit, um mit USPD-Abgeordneten Gespräche über die aktuelle politische Lage und über den Massenstreik zu führen. Doch die Berliner USPD-Funktionäre zögern und stellen ihm dar, dass die Massen für einen allgemeinen Streik nicht zu haben sind, weil sich trotz der erkennbaren Erregung über die Lebensbedingungen eine Erschöpfung eingestellt hat. Nach der Aufnahme der Gespräche über Waffenstillstandsvereinbarungen in Brest-Litowsk am 5. Dezember 1917 hofft die Bevölkerung nun auf Frieden, für den unter diesen Voraussetzungen keine besondere Anstrengung zur Herbeiführung mehr notwendig ist. Kurt Eisner widerspricht dieser Darstellung vehement und unterstellt den Parteifunktionären, dass ihnen selbst zu einer derartigen Aktion das notwendige Vertrauen fehle. Er sieht sehr wohl bei den Massen das lebhafte Bedürfnis nach einer „idealistischen Aktion“.

21. Dezember 1917 – Kurt Eisners idealistische Aktion ist nicht durchsetzbar

Berlin - Leipzig * Kurt Eisner sendet von Berlin aus seinen Text „Notwendigkeiten“ an die Leipziger Volkszeitung, den diese auch veröffentlicht. Sein Besuch in Leipzig, bei dem er die ansässigen Arbeiterführer für seine Friedensaktion gewinnen will, scheitert. Ein Massenstreik ist unter der gegebenen Situation und zu diesem Zeitpunkt aussichtslos.

22. Dezember 1917 – In Brest-Litowsk beginnen Friedensverhandlungen

Brest-Litowsk * In Brest-Litowsk beginnen die Friedensverhandlungen zwischen dem Deutschen Reich und der sowjetrussischen Regierung.

27. Dezember 1917 – Die Deutschen verhandeln für einen Annexionsfrieden

Brest-Litowsk * Aus den Erklärungen des deutschen Unterhändlers wird deutlich, dass die



Deutschen in den Verhandlungen in Brest-Litowsk keinen Verständigungsfrieden wollen, sondern gezielt auf einen separaten Annexionsfrieden hinarbeiten.

1918 – Die „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit“

München * Der in der Zeit des Ersten Weltkriegs von Anita Augspurg und anderen Frauen gegründete „Internationale Ausschuss für einen dauernden Frieden“ wird in „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit“ umbenannt.

8. Januar 1918 – Präsident Woodrow Wilsons 14-Punkte-Programm

Washington - Berlin * Der US-amerikanische Präsident Woodrow Wilson schlägt ein 14-Punkte-Programm vor. Es sieht Folgendes vor: „Offene, öffentlich abgeschlossene Friedensverträge. Danach sollen keinerlei geheime internationale Abmachungen mehr bestehen, sondern die Diplomatie soll immer aufrichtig und vor aller Welt getrieben werden“. „Uneingeschränkte Freiheit der Schifffahrt auf den Meeren, außerhalb der Territorialgewässer, im Frieden sowohl wie im Kriege, [...]“. „Möglichste Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken und Herstellung einer Gleichheit der Handelsbedingungen für alle Nationen, [...]“. „Entsprechende gegenseitige Bürgschaften für die Beschränkung der Rüstungen der Nationen auf das niedrigste, mit der Sicherheit im Innern vereinbare Maß“. „Freier, unbefangener und völlig unparteiischer Ausgleich aller kolonialen Ansprüche, [...]“. „Räumung des ganzen russischen Gebietes und ein Einvernehmen über alle auf Russland bezüglichen Fragen, [...]“. „Belgien muss [...] geräumt und wiederhergestellt werden, [...]“. „Das ganze französische Gebiet muss geräumt und die besetzten Teile wiederhergestellt werden. [...]“. „Berichtigung der Grenzen Italiens nach den genau erkennbaren Abgrenzungen der Volksangehörigkeit“. „Den Völkern Österreich-Ungarns [...] sollte die freieste Gelegenheit zu autonomer Entwicklung zugestanden werden“. „Rumänien, Serbien und Montenegro sollten geräumt, die besetzten Gebiete zurückgegeben werden. [...]“. „Den türkischen Teilen des Osmanischen Reiches sollte eine unbedingte Selbstständigkeit gewährleistet werden. Den übrigen Nationalitäten dagegen, die zurzeit unter türkischer Herrschaft stehen, sollte eine zuverlässige Sicherheit des Lebens und eine völlig ungestörte Gelegenheit zur selbstständigen Entwicklung gegeben werden. [...]“. „Ein unabhängiger polnischer Staat sollte errichtet werden, der alle Gebiete einzubegreifen hätte, die von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnt sind; [...]“. „Ein allgemeiner Verband der Nationen muss gegründet werden mit besonderen Verträgen zum Zweck gegenseitiger Bürgschaften für die politische Unabhängigkeit und die territoriale Unverletzbarkeit der kleinen sowohl wie der großen Staaten“. Mit Woodrow Wilsons 14-Punkte-Programm sollen die



deutsch-russischen Friedensverhandlungen unterlaufen werden. Schon deshalb lehnt das Deutsche Reich das Programm ab.

9. Januar 1918 – Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk werden fortgesetzt

Brest-Litowsk * Die Friedensverhandlungen zwischen den Mittelmächten und Sowjetrussland werden in Brest-Litowsk fortgesetzt. Die großen Hoffnungen, die man in die Friedensverhandlungen gesetzt hatte, werden bitter enttäuscht. Die harten Bedingungen, die das Deutsche Reich hinsichtlich der Gebietsabtretungen stellt, machen deutlich, dass die deutsche Regierung an einem Verständigungsfrieden nicht interessiert ist. Die Generalität will den Frieden mit Russland nur, um mit den dort frei werdenden Truppen und gestützt auf die Getreide- und Kohlelieferungen aus den besetzten russischen und ukrainischen Gebieten eine neue Offensive im Westen starten zu können. Für das Deutsche Kaiserreich gibt es nur Sieg oder Niederlage, dazwischen gibt es nichts. So rückt der Frieden in immer weitere Ferne.

11. Januar 1918 – Wilsons 14-Punkte-Programm wird zensiert veröffentlicht

Berlin - Deutsches Reich * Das vom US-Präsidenten Woodrow Wilson vorgeschlagene 14-Punkte-Programm wird bei ihrer erstmaligen Veröffentlichung nur in einer zensierten Fassung zugänglich gemacht. Für die in den umstrittenen Grenzprovinzen lebenden Deutschen hört sich die Friedenslösung à la Wilson eher katastrophal an, da sie die Eingliederung in neue Nationalstaaten befürchten.

15. Januar 1918 – In Wien beginnen Rüstungsarbeiter einen Streik

Wien * Der in den Wiener-Neustädter Daimler-Motorenwerken am Tag zuvor begonnene Streik weitet sich zur politischen Massenstreikbewegung in fast allen Industriegebieten des Habsburger Reichs bis nach Prag und Budapest aus. Bis zum 25. Jänner 1918 werden über 700.000 Arbeiter in den Ausstand treten. Es kommt zur größten Streikaktion in der Geschichte des Landes. Die Streikenden fordern nicht mehr nur eine bessere Lebensmittelversorgung, sondern auch ein demokratisches Wahlrecht, die sofortige Beendigung des Krieges und einen raschen Friedensschluss ohne Annexionen in Brest-Litowsk. In Massenveranstaltungen werden Arbeiterräte - nach dem Vorbild der russischen Revolution - als ein konkretes Gegenmodell politischer Interessenvertretung gewählt. Noch am ersten Tag des Wiener Streiks formuliert der sozialdemokratische Parteivorstand Forderungen an die Regierung, die vom Arbeiterrat



akzeptiert werden.

19. Januar 1918 – Weitreichende Zusagen an den Wiener Arbeiterrat

Wien * Angesehene österreichische Sozialdemokraten wie Viktor Adler rufen die Streikenden zur Mäßigung auf und verhandeln mit der Regierung in Wien Verbesserungen aus. Der k.u.k.-Minister des Äußern, Graf Ottokar Czernin von und zu Chudenitz, überreicht einer Abordnung des Arbeiterrates eine Erklärung, in der er sich verpflichtet, die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk keinesfalls an territorialen Forderungen scheitern zu lassen. Ministerpräsident Ernst von Feuchtenegg sagt Reformen des Kriegsleistungsgesetzes und des Ernährungsdienstes sowie eine Demokratisierung des Gemeindewahlrechtes zu.

20. Januar 1918 – Die Jännerstreiks werden beendet

Wien * Der sozialdemokratische Parteivorstand Österreichs veranlasst eine Regierungserklärung, die zahlreiche Zugeständnisse an die Streikenden enthält. Darunter die Zusicherung, die katastrophale Lebensmittelversorgung zu verbessern und sich um Friedensverhandlungen zu bemühen. Er setzt damit den Beschluss zum Abbruch des Streiks durch. Die Beendigung des Streiks verärgert die radikale Linke, die sich von den Versprechungen nicht beeindruckt lassen will. Die Militärs hätten allerdings nicht davor zurückgeschreckt, mit militärischer Gewalt gegen den Streik und die Streikenden vorzugehen.

24. Januar 1918 – Der österreichisch-ungarische Präsident für einen Verständigungsfrieden

Wien * Für den österreichisch-ungarischen Ministerpräsidenten Ottokar Graf von Czernin und zu Chudenitz ist ein Verständigungsfrieden auf der Grundlage der 14 Punkte des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson akzeptabel. Er erklärt dies in Hinblick auf die innenpolitische und militärische Lage seines Landes.

27. Januar 1918 – USPD-Versammlung zu den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk

München-Isarvorstadt * Die Münchner Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands - USPD führt in den Kolosseum-Bierhallen eine Versammlung zum Thema „Die



Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk und das harrende Volk“ durch. Etwa 250 bis 300 Personen sind der Einladung gefolgt. Auch die Polizeibehörde hat zwei Vertreter zur Überwachung geschickt, weil sie die Versammlung als öffentlich ansieht. Unter dem Applaus der Zuhörer hält Kurt Eisner einen kämpferischen Vortrag und nimmt dabei keinerlei Rücksicht auf die anwesenden Polizeispitzel. Die Versuche der Polizeibeamten, den Redner einzuschüchtern, werden von der erregten Menge unterbunden. Er führt u.a. aus, die Zeit ist gekommen, „nicht den Willen kundzutun, sondern ihn durchzusetzen“. Kurt Eisner bezeichnet den Massenstreik als das Mittel, „die Macht für die deutsche Demokratie zu erobern“ und „dem Wüten der verblendeten Herrschenden ein Ende [zu] bereiten“. Felix Fechenbach bemerkte dazu: Kurt Eisner sprach in Gegenwart der Polizei „trotzdem, oder gerade deshalb, ohne jede Zurückhaltung, weil er stets die Meinung vertrat, dass das Aussprechen der Wahrheit der erste Schritt zur Revolution ist“.

27. Januar 1918 – Kaiser Wilhelm II. feiert seinen Geburtstag mit kirchlichem Segen

Berlin - Deutsches Reich * Kaiser Wilhelm II. feiert an einem Sonntag bei Kaiserwetter seinen 59. Geburtstag. Von vielen Kanzeln wird gepredigt: „Möge ihn der Herr segnen wie er auch uns segnet.“ Dabei werden die lauterer Absichten des „Friedensfürsten“ herausgestellt, „der seine Friedenshand immer wieder gereicht, die [aber] vom Feinde so schmäählich zurückgewiesen“ wurde. Der Kaiser, der „auch in Zukunft allen Stürmen, mögen sie noch so verheerend toben, unerschrocken entgegen sehe“.

28. Januar 1918 – Kurt Eisner kann vor den Krupp-Arbeitern sprechen

München-Schwabing * In der Schwabinger Brauerei findet am Abend eine von der MSPD und der Gewerkschaften einberufene Veranstaltung zum Thema „Die Übergangswirtschaft vom Krieg zum Frieden“ statt. Sie wird von etwa 800 Personen besucht. Hauptredner ist der stellvertretende Landesvorsitzende Franz Schmitt. Der Vortrag endet mit der Warnung, sich - in Hinblick auf die Berliner Streikmaßnahmen - zu keinen unüberlegten Handlungen hinreißen zu lassen, nachdem die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk ins Stocken geraten sind. Die Veranstalter wollen Kurt Eisner nicht zu Wort kommen lassen. Doch nach einer „heftigen Geschäftsordnungsdebatte“ und gegen den erbitterten Willen des Veranstaltungsleiters und Gewerkschaftsfunktionärs Joseph Kurt kann Kurt Eisner das Rederecht erringen und das neue Thema „Die gegenwärtige Krisis und ihre Lösung durch den Massenstreik“ auf die Tagesordnung setzen. Immer wenn Eisner den Streik nur erwähnt, „jubelt alles“. Noch bevor über die Teilnahme der Krupp-Arbeiter am Streik abgestimmt werden kann, gelingt es den Vertretern der MSPD und der Gewerkschaften, die Versammlung wegen Überschreiten der Polizeistunde aufzulösen. In seinem



Gefängnistagebuch urteilt Kurt Eisner später über die den Streik ablehnenden Mehrheitssozialdemokraten, indem er sie als eine „Camorra“ bezeichnet, „die vor keinem Mittel zurückschreckt, um sich selbst in ihrer verworfenen Stellung zu behaupten“ und stellt sie als eine „lächerliche Karikatur des preußischen Kasernenstaates“ dar. Konkret wirft er der bayerischen SPD-Parteiführung eine „riesige unpolitische, ohnmächtige, öde, geistlose und verlogene Vereinsmeierei“ vor.

28. Januar 1918 – Hunderttausend Arbeiter treten in Berlin in den Streik

Berlin * Am ersten Tag des Ausstands folgen rund 100.000 Berliner Arbeiterinnen und Arbeiter dem Aufruf der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei - USPD zum Streik. Das Motto heißt: „Frieden und Brot!“. Ihre Hauptforderungen lauten: Den sofortigen allgemeinen Frieden ohne Annexion und Kontributionen, das vollständige Presse- und Koalitionsrecht, sowie Versammlungsfreiheit, die Aufhebung des Belagerungszustandes, die Entmilitarisierung der Betriebe und Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes, die Freilassung und Aufhebung des Zuchthausurteils gegen Karl Liebknecht, sowie die Freilassung sämtlicher politischen Gefangenen und Verurteilten. Für Deutschland fordern die von den Streikenden gebildeten Berliner Arbeiterräte eine „durchgreifende Demokratisierung der gesamten Staatseinrichtungen“. Das Vorbild der österreichischen Kolleginnen und Kollegen hat auch die deutsche Arbeiterschaft ermutigt. Die Versammelten rufen die Arbeiterschaft der Kriegsgegner auf, es ihnen gleichzutun und ebenfalls in einen Massenstreik einzutreten, „denn erst der gemeinsame, internationale Klassenkampf schafft Arbeit und Brot“. Zur Umsetzung dieser Forderung sollte es allerdings nicht kommen. Dafür gelingt es den revolutionären Obleuten - zwar widerstrebend, aber strategisch sehr geschickt, - auch die Mehrheits-SPD in den Kampf zu integrieren. Das ist ein beachtenswerter Versuch der Wiederannäherung.

31. Januar 1918 – Die revolutionärste Revolution, das war doch die vom 31. Januar

München * Kurt Eisner schreibt später: „Die revolutionärste Revolution, das war doch die vom 31. Januar. Damals stand Deutschland auf dem Gipfel seiner militärischen Macht, und wenn es uns damals gelungen wäre, die Massen aufzuregen und aufzurütteln zu jener Volksbewegung, wie sie uns damals schon vorschwebte, dann hätten wir noch einen Frieden haben können, in dem wir nicht auf Gnade und Ungnade dem Gegner ausgeliefert gewesen wären.“

1. Februar 1918 – Der Matrosenaufstand von Cattaro



Kotor * Auf den in der Bucht von Kotor vor Anker liegenden 40 Schiffen der k.u.k.-U-Bootflotte kommt es zum Matrosenaufstand von Cattaro. 6.000 Matrosen hissen die roten Fahnen und verlangen den sofortigen Friedensschluss.

1. Februar 1918 – Protestmarsch der Streikenden zum Polizeipräsidium

München-Schwabing * Am Vormittag treffen sich die streikenden Arbeiterinnen und Arbeiter der Bayerischen Geschützwerke, Teile der Belegschaft der Lokomotivfabrik Maffei sowie die Arbeiterinnen und Arbeiter der Lederfabrik Gebrüder Hesselberger und des BMW-Werkes zur Auftaktveranstaltung in der Schwabinger Brauerei. Im Anschluss ziehen sie in einem Protestmarsch zum Polizeipräsidium in der Ettstraße. Stand bisher die Friedensfrage im Mittelpunkt, so wird nach der Verhaftungsaktion die Freilassung der Gefangenen zur Hauptaufgabe. Zu diesem Zweck hat die Versammlung eine vierköpfige Kommission gewählt, die beim Polizeipräsidenten die Freilassung der Inhaftierten erwirken soll. Da - nach Aussage des Polizeipräsidenten - die Polizei keine Einflussmöglichkeiten auf die gerichtlichen Entscheidungen hat, muss die Kommission ohne Ergebnis wieder abziehen.

9. Februar 1918 – Die Ukraine unterzeichnet mit den Mittelmächten einen Separatfrieden

Brest-Litowsk * Zwischen der weitgehend von Bolschewisten besetzten Ukraine und den Mittelmächten wird in Brest-Litowsk ein Separatfrieden unterzeichnet. Dieser Brotfrieden soll die Lebensmittelversorgung der Mittelmächte sichern. Zugleich wird die Ukraine wirtschaftlich eng an das Deutsche Reich gebunden.

10. Februar 1918 – Leo D. Trotzki beendet die Verhandlungen mit den Mittelmächten

Brest-Litowsk * Der russische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Leo D. Trotzki, beendet in Brest-Litowsk die Verhandlungen mit den Mittelmächten aus Verärgerung über den am Tag zuvor abgeschlossenen Separatfrieden mit der Ukraine.

18. Februar 1918 – Die Mittelmächte nehmen die Kampfhandlungen wieder auf

Brest-Litowsk * Die Mittelmächte nehmen nach dem einseitigen Abbruch der Friedensverhandlungen durch Leo D. Trotzki am 10. Februar die Kampfhandlungen im



Rahmen der „Operation Faustschlag“ wieder auf. Generalquartiermeister Erich Ludendorff arbeitet auf die Abtrennung der gesamten baltischen Küste und Finnlands von Russland hin.

20. Februar 1918 – Das Ex-Königspaar feiert Goldene Hochzeit

München * Mit dem Goldenen Hochzeitsjubiläum von Ex-König Ludwig III. und Ex-Königin Marie Therese wird das letzte große Fest der bayerischen Monarchie gefeiert. Die äußeren Feierlichkeiten beschränken sich auf das Kirchliche. „Das Königspaar steht in seinem ernstesten Fühlen dem Gedanken ferne, mit rauschendem Gepränge, wie es dem Ansehen des monarchischen Gedankens im tiefen Frieden und der Freude des Volkes entsprechen würde, in die durch den Krieg tausendfach verursachte Trauer einzufallen. Auch das Kriegsleid will das bayerische Herrscherhaus ganz und gar mit dem Bayernvolke teilen.“

26. Februar 1918 – Russland kehrt wieder an den Verhandlungstisch zurück

Brest-Litowsk * Nach dem schnellen Vormarsch der Mittelmächte kehren die russischen Beauftragten für die Friedensverhandlungen wieder an den Verhandlungstisch in Brest-Litowsk zurück.

1. März 1918 – Deutsche Truppen setzen in Kiew eine antibolschewistische Regierung ein

Kiew * Deutsche Truppen besetzen Kiew und setzen eine antibolschewistische Regierung ein.

3. März 1918 – Paraphierung des Friedensvertrages von Brest-Litkowsk

Brest-Litowsk * Der Friedensvertrag von Brest-Litkowsk zwischen der Sowjetregierung und den Mittelmächten wird durch die Verhandlungsführer paraphiert. Russland verliert über 25 Prozent seiner Bevölkerung, 27 Prozent seines wirtschaftlich nutzbaren Bodens und muss die Unabhängigkeit von Finnland, Estland, Livland, Kurland, Litauen, Polen, Georgien, der Ukraine und von Teilen Armeniens anerkennen.

7. März 1918 – Freier Arbeiterausschuss für einen guten Frieden



München * Der in der Reichsbahnhauptwerkstätte München als Werkzeugschlosser beschäftigte Anton Drexler ruft den Freien Arbeiterausschuss für einen guten Frieden ins Leben. Die Gründung erfolgte in Anlehnung an eine fast gleichnamige und gleiche Ziele verfolgende Organisation in Bremen. Aus dem Freien Arbeiterausschuss für einen guten Frieden wird später die Deutsche Arbeiterpartei - DAP hervorgehen. . Es ist eine antisemitische und antimarxistische Gruppierung, die nie mehr als vierzig Mitglieder zählt und der es um eine Versöhnung der Arbeiterschaft mit der nationalen Rechten geht. Die bürgerlichen Parteien haben in ihren Augen versagt und der Marxismus erscheint ihnen für ihre nationalistischen Ziele ungeeignet.

7. März 1918 – Freundschaftsvertrag Deutschland - Finnland

Berlin - Helsinki * Zwischen dem Deutschen Reich und der bürgerlichen Regierung Finnlands wird ein Friedens- und Freundschaftsvertrag geschlossen.

10. März 1918 – Kaiser Wilhelm II. will den Feinden einen Siegfrieden aufzwingen

München * In der Münchener Allgemeinen Zeitung bekennt sich Kaiser Wilhelm II. zu einem „Siegfrieden“, der den Feinden „aufgezwungen“ werden muss. „Völkerbeglückende Weltbürgerschaftsgedanken finden darin keinen Platz. Nur das nackte eigene Interesse und die Garantie eigener Sicherheit und Größe dürfen maßgebend sein“.

21. März 1918 – Die Große deutsche Frühjahrsoffensive beginnt

Bapaume - Nordfrankreich * Mit einem mehrstündigen, für die Gegenseite in seiner Massivität vollkommen unerwarteten „Sturm aus Feuer und Stahl“, wie man ihn bis dahin noch nicht erlebt hat, beginnen die deutschen Truppen die „Operation Michael“. Es ist die erste von fünf Schlachten der deutschen Frühjahrsoffensive, die zugleich der letzte Versuch des Deutschen Kaiserreichs ist, an der Westfront einen für die Mittelmächte günstigen Kriegsausgang zu erreichen. Was die Briten in der Flandernschlacht in zwei Wochen verschossen hatten, verbrauchen die Deutschen in nur wenigen Stunden. Es werden nicht nur Sprenggranaten, sondern auch Giftgas-Granaten verschossen. Schon am ersten Tag des Unternehmens kann die Verteidigung des Gegners durchbrochen werden. In den Folgetagen dringen die deutschen Truppen auf einer Breite von 80 Kilometern etwa 65 Kilometer tief in französisches Territorium ein. Die Entente soll zurückgeschlagen werden, ehe die US-Amerikaner in Europa landen. Dies



würde, so die Überlegung Erich von Ludendorffs, das Deutsche Reich in eine gute Ausgangsposition bei den Friedensverhandlungen setzen. Die Offensive wird nur am Anfang erfolgreich sein, aber kein Triumphlauf werden. Die Übermacht der alliierten Streitkräfte, erhebliche Versorgungsprobleme und große Verluste sind Ursachen für den Untergang der deutschen Truppen. Am ersten Tag der „Michael-Offensive“ werden auf deutscher Seite von 39.929 Mann 10.851 getötet, 28.778 verwundet und 300 Mann gefangen genommen. Von den eingesetzten 38.512 Briten fallen 7.512, etwa 10.000 werden verwundet und 21.000 gehen in Gefangenschaft.

23. März 1918 – Im Reichstag wird der Friedensvertrag von Brest-Litowsk ratifiziert

Berlin * Im Berliner Reichstag wird der Friedensvertrag von Brest-Litowsk ratifiziert. Bei der vorausgegangenen Abstimmung stimmen die Abgeordneten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands - USPD dagegen, die der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands - SPD enthalten sich der Stimme.

25. März 1918 – Immer weniger Beteiligung am USPD-Stammtisch

München-Ludwigsvorstadt * Nur mehr 30 Personen besuchen den USPD-Diskussions-Stammtisch im Wirtshaus Zum Goldenen Anker. Theobald Michler erklärt: „Der Krieg ist nicht vom Volke, denn das Volk will den Frieden. Der Großkapitalismus aller Völker hat den Krieg heraufbeschworen und dieser wird von einigen unverantwortlichen Elementen, wie Ludendorff und Hindenburg, geführt“. Wenig später wird Michler festgenommen und bleibt bis Oktober in Untersuchungshaft.

6. Juni 1918 – Die USPD bleibt im Parlament völlig isoliert

Berlin * Die USPD kann unter den herrschenden Ausnahmegesetzen fast nur noch den Reichstag oder die einzelnen Landtage als Tribüne nutzen, um ihre Kritik an der Obersten Heeresleitung - OHL in die Öffentlichkeit zu tragen. Sie bleibt mit ihrer Einsicht in die verheerenden Folgen der deutschen Politik auch im Parlament völlig isoliert (sie stimmt als einzige Fraktion gegen den Friedensvertrag von Brest-Litowsk). Der USPD-Vorsitzende Hugo Haase gibt sich jedenfalls diesbezüglich keinerlei Illusionen hin. In seiner Rede im Reichstag sagt er: „Wer etwa glaubte, daß durch Reden, und seien es die schärfsten Reden, die Regierung in eine andere Richtung



gebracht werden könnte, irrt sich. Die Erfahrungen von fast vier Jahren müssten in dieser Beziehung aufklärend wirken. [...] Das Volk muss eingreifen, der Reichstag hat versagt und wird weiter versagen.“

24. Juni 1918 – Staatssekretär Kühlmann fordert einen Vergleichsfrieden

Berlin * Noch vor dem französischen Gegenangriff von Villers-Cotterêts betont der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Richard von Kühlmann, dass es an der Zeit sei, den Gegnern die Hand zu einem Vergleichsfrieden zu reichen. „Bei der ungeheueren Größe dieses Koalitionskrieges und der Zahl der in ihm begriffenen auch überseeischen Mächte [wird] durch rein militärische Entscheidungen allein ohne alle diplomatischen Verhandlungen ein absolutes Ende kaum erwartet werden können.“

13. Juli 1918 – Die MSPD stimmt dem Etat zu

Berlin * Die MSPD-Fraktion stimmt im Reichstag erneut dem Etat zu, obwohl in allen innenpolitischen Fragen, vor allem bei der preußischen Wahlrechtsreform, jeglicher Fortschritt fehlt. Zur Entscheidung der MSPD-Fraktion für die neuen Kredite erklärt Friedrich Ebert in seiner Rede, dass Deutschland niemals „auf entehrende, seine politische, wirtschaftliche und kulturelle Zukunft vernichtende oder herabdrückende Bedingungen“ eingehen wird, weshalb man „die Mittel bewilligen [muss], die zur weiteren Verteidigung der Lebensinteressen unseres Volkes und zur Erreichung des Friedens erforderlich sind“. Das Parlament geht danach in die Sommerpause.

28. Juli 1918 – König Ludwig III.: „Volle Zuversicht erfüllt mich beim Blick in die Zukunft“

München * König Ludwig III. verkündet in einem Aufruf: „Kein Deutscher denkt an einen schimpflichen Frieden. [...] Volle Zuversicht erfüllt mich beim Blick in die Zukunft“.

2. August 1918 – Durchhalteparolen von Kriegsminister Philipp von Hellingrath

München-Kreuzviertel * In einer Rede vor der Kammer der Reichsräte erklärt Kriegsminister Philipp von Hellingrath: „Die schweren Kämpfe zwischen Aisne und Marne beweisen, daß der Kampf- und Siegeswille der Entente noch nicht gebrochen ist, dass wir ihm die Überlegenheit des



härteren und stärkeren Willens entgegensetzen müssen, wenn wir die Friedensbereitschaft unserer Feinde erzwingen wollen. Diesen einheitlichen unbeirrbaren Willen im ganzen deutschen Volk zu wecken und zu festigen, das ist die vornehmste Aufgabe, vor die das fünfte Kriegsjahr die Heimat stellt“.

4. August 1918 – König Ludwig III. rudert zurück

München * Obwohl König Ludwig III. noch wenige Tage zuvor (28. Juli) „Voller Zuversicht“ in die Zukunft geschaut hatte, gesteht er am 4. August seinem Sohn Kronprinz Rupprecht, dass er bisher zu optimistisch gewesen sei. Deshalb „werden wir unsere militärischen und politischen Ziele erheblich begrenzen müssen, wenn wir, was auch nach meiner Ansicht dringend anzustreben ist, in nicht zu ferner Zeit zu einem annehmbaren Frieden kommen wollen“.

15. August 1918 – Ludwig III. befürwortet einen möglichst schnellen Friedensschluss

München * Bayernkönig Ludwig III. bevollmächtigt Ministerpräsident Otto von Dandl zu Verhandlungen mit den deutschen Bundesfürsten über ein gemeinsames Vorgehen bei der Reichsregierung. Ludwig III. befürwortet nach der verheerenden Niederlage der deutschen Militärs bei Amiens einen möglichst schnellen Friedensschluss.

15. August 1918 – Die bayerische Regierung spricht von der Beendigung des Krieges

München * Kronprinz Rupprecht berichtet in seinem Tagebuch von einer Besprechung mit Ministerpräsident Otto von Dandl und dem Kriegsminister Philipp von Hellingrath, in der diese die Überzeugung äußern, „dass es höchste Zeit ist, den Krieg zu beenden, um noch einen einigermaßen leidlichen Frieden zu erlangen“. Kronprinz Rupprecht unterstützte diese Auffassung.

15. August 1918 – Ludendorff täuscht Staatssekretär Paul von Hintze

Spa - Berlin * Besseres Wissen zum Trotz erklärt Generalquartiermeister Erich Ludendorff dem neuen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Paul von Hintze: „Wir sind durch eine strategische Defensive in der Lage, den Kriegswillen des Feindes zu lähmen, und ihn so mählich zum Frieden zu zwingen“. Das war natürlich eine grobe Täuschung, da Ludendorff längst wusste, dass auf die



deutschen Soldaten kein Verlass mehr ist.

28. August 1918 – Österreichs Kaiser Karl sieht den Krieg verloren

München * Der österreichisch-ungarische Kaiser Karl besucht König Ludwig III. und schildert diesem „die verzweifelte Lage unserer Mächtegruppe“, was der König mit den Worten „Also haben wir den Krieg verloren“ bestätigt. Der habsburgische Kaiser bittet den König „inständig, in seiner Eigenschaft als ältester und mächtigster deutscher Bundesfürst, Kaiser Wilhelm die Lage klipp und klar zu schildern und kategorisch auf einen möglichst baldigen Friedensschluss zu drängen“. Bayerns König Ludwig III. erklärt sich damit einverstanden.

1. September 1918 – In Bayern herrscht Unzufriedenheit mit der Regierung und dem König

München - Berlin * Karl Georg von Treutler, der preußische Gesandte in Bayern, der als Vertrauter Kaiser Wilhelms II. auch „Die graue Exzellenz“ genannt wird, berichtet an den aus Bayern stammenden Reichskanzler Georg Graf von Hertling. In seinem Schreiben bringt er zum Ausdruck, dass hier eine „ganz ausgesprochene Unzufriedenheit nicht nur mit der Bayerischen Regierung, sondern besonders auch mit der Person Seiner Majestät des Königs“ herrscht. Man macht dem König zwar nicht zum Vorwurf, dass er den Krieg und damit die Katastrophe herbei geführt hat. Dennoch wirft man ihm Machtlosigkeit vor, um das Unheil abzuwenden. Es ist deshalb höchste Zeit, die Form des bayerischen Regierungssystems den Realitäten anzupassen und einem parlamentarischen System volle Entscheidungsgewalt zu gewähren.

12. September 1918 – Der Interfraktionelle Ausschuss will eine Regierungsneubildung

Berlin * Der Interfraktionelle Ausschuss, das gemeinsame Gremium von MSPD, Zentrum und Linksliberalen, loten erstmals seit den Januarstreiks aus, welche Gemeinsamkeiten ihnen geblieben sind. In der Sitzung suchen die Mehrheitsparteien gemeinsam nach einem Ausweg, zu dem auf jeden Fall eine Regierungsneubildung gehören muss. Man ist sich einig über die Unglaubwürdigkeit unserer Regierung im Ausland. Mit dem Kaiser, der Obersten Heeresleitung und der Regierung Hertling wird es keinen Verständigungsfrieden geben können. Es wird deutlich, was die Spitze der Mehrheitssozialdemokratie will: keine Revolution, keinen Bürgerkrieg, dafür eine rasche Demokratisierung einschließlich einer gleichberechtigten Arbeiterschaft.



14. September 1918 – Kaiser Karl möchte einen Frieden unter Erhaltung der Monarchie

Wien * Der österreichisch-ungarische Kaiser Karl bietet den Entente-Mächten nach vier Kriegsjahren und über einer Million Toten Friedensverhandlungen unter Erhaltung der Monarchie an. „Die österreichisch-ungarische Regierung hat beschlossen, allen Kriegführenden, Freund und Feind, einen von ihr für gangbar gehaltenen Weg zu weisen und ihnen vorzuschlagen, im freien Gedankenaustausch gemeinsam zu untersuchen, ob jene Voraussetzungen gegeben sind, welche die baldige Einleitung von Friedensverhandlungen als aussichtsvoll erscheinen lassen. Zu diesem Behufe hat die k. und k. Regierung die Regierungen aller kriegführenden Staaten zu einer vertraulichen und unverbindlichen Aussprache an einem Orte des neutralen Auslandes eingeladen und an sie eine in diesem Sinne verfaßte Note gerichtet.“

17. September 1918 – Ablehnung des österreichisch-ungarischen Vorschlages

Washington - Wien * US-Präsident Woodrow Wilson lehnt eine halbe Stunde nach Erhalt der Note den österreichisch-ungarischen Vorschlag vom 14. September für eine inoffizielle Konferenz ab. In der Begründung heißt es: „Wir haben wiederholt und in vollkommener Klarheit die Bedingungen bekanntgegeben, unter denen die Vereinigten Staaten wegen eines Friedens verhandeln wollen, und wir können und wollen keinen Vorschlag in Erwägung ziehen für eine Konferenz über eine Angelegenheit, in der die Vereinigten Staaten ihre Stellung und Absichten bereits klar bekanntgegeben haben.“

23. September 1918 – MSPD für eine Koalitionsregierung mit den Bürgerlichen

Berlin • Die MSPD-Reichstagsfraktion und der Parteiausschuss der MSPD beschließen in einer gemeinsamen Sitzung mit einer deutlichen Mehrheit von 80 : 21 Stimmen, sich an einer Koalitionsregierung mit den bürgerlichen Parteien zu beteiligen, falls sich die Möglichkeit dazu bietet. Die Bedenkensträger bleiben in der Minderheit. Dies auch deshalb, weil noch immer keine Klarheit über die militärische Lage herrscht. Der Regierungseintritt wird an die Erfüllung eines Forderungskatalogs geknüpft, der die Parlamentarisierung verlangt und auf die Friedensresolution vom 19. Juli 1917 Bezug nimmt, in der sie für „einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker“ eintritt. Die Partei entsendet Philipp Scheidemann als Staatssekretär ohne Portefeuille, Gustav Bauer soll das Reichsarbeitsamt übernehmen. Otto Wels warnt Friedrich Ebert: „Bist du von Gott verlassen, lass doch zum Teufel den Frieden diejenigen schließen, die den Krieg geführt und Verantwortung getragen und den Waffenstillstand gefordert haben“. Im MSPD-Parteiausschuss gibt Erhard Auer zu bedenken:



„Mit dem Eintritt in die Regierung werden wir gewissermaßen eine Mittelpartei, und die Unabhängigen, die heute nichts sind, werden dann scheinbar die einzige Oppositionspartei sein.“

24. September 1918 – Das Minimalprogramm der MSPD für eine Regierungsbeteiligung

Berlin * Im Vorwärts wird das Minimalprogramm der MSPD für eine Regierungsbeteiligung veröffentlicht. Die Mehrheitssozialdemokraten verlangen: Den Beitritt Deutschlands zu einem Völkerbund, der Streitfälle friedlich regelt. Ein klares Eingehen auf das 14-Punkte-Programm des US-Präsidenten. Die Aufhebung der Diktatfrieden mit Rumänien und Russland und den Abzug der dort eingesetzten deutschen Besatzungstruppen. Belgien, Montenegro und Serbien sollen geräumt werden. Freie, allgemeine und gleiche Wahlen in den Ländern des Deutschen Reichs, was vor allem Preußen mit seinem Dreiklassen-Wahlrecht meint. Keine Nebenregierungen, womit die Oberste Heeresleitung - OHL gemeint ist. Die Berufung der Regierungsmitglieder aus der Reichstagsmehrheit, also MSPD, Linksliberale und Zentrum. Versammlungs- und Pressefreiheit, und damit die Beendigung des Belagerungszustandes. Die Beseitigung aller militärischen Institutionen, die der politischen Beeinflussung dienen. Die bürgerlichen Parteien sind die Bündnispartner der Mehrheitssozialdemokraten, nicht die USPD.

27. September 1918 – Ludendorff plant die Handhabung der militärischen Niederlage

Berlin * Generalquartiermeister Ernst Ludendorff beginnt die Handhabung der Niederlage zu planen: Die Armee muss gerettet werden - ihre Existenz und Ehre. Ein Waffenstillstandsgesuch muss von der Regierung ausgehen, nicht von der Obersten Heeresleitung. Es muss politisch motiviert sein, nicht militärisch. Das Waffenstillstandsgesuch sollte von jenen politischen Kräften ausgehen, die schon immer für einen Verständigungsfrieden eingetreten sind - die Parteien der Reichstagsmehrheit (SPD, Fortschrittspartei und Zentrum). Diese Parteien müssten entweder in die Regierung aufgenommen werden oder selbst die Regierung bilden. Als Anreiz für diese unattraktive Aufgabe der Regierungsverantwortung müsste diesen Parteien der Übergang zur parlamentarischen Regierungsform angeboten werden. Das würde gleichzeitig die Chancen des Waffenstillstandsgesuchs verbessern.

28. September 1918 – Durchhalteparolen sozialdemokratischer Zeitungen



Deutsches Reich * In verschiedenen Tageszeitungen äußern deutsche Sozialdemokraten die Überzeugung, dass Deutschland nur noch einige Wochen mit dem „Mut der Verzweiflung“ kämpfen müsse, um einen „besseren Frieden“ sichern zu können.

28. September 1918 – Das herrschende System kracht in allen Fugen

Berlin * Der USPD-Vorsitzende Hugo Haase schreibt: „Das herrschende System kracht in allen Fugen. [...] Im Bürgertum, in Zirkeln, die monarchisch bis auf die Knochen sind, wird offen davon gesprochen, dass die Hohenzollern weichen müssen, wenn anders der Friede nicht zu erlangen ist.“

1. Oktober 1918 – Durchhalteparolen in der Zentrums Presse

Nürnberg * Die zur Zentrums Presse gehörende Nürnberger Volkszeitung, gibt realitätsblinde Durchhalteparolen aus: „Fürwahr: wir können uns die Größe der Gefahr, in welcher wir schweben, wenn wir in unserer Kampfkraft nachlassen, gar nicht kraß genug vorstellen, um daraus den felsenfesten, entschlossenen Willen zu schöpfen, jede Faser unseres Willens und Herzens anzuspannen, damit wir uns kräftigen in dem Entschlusse, lieber unser Letztes herzugeben, als zu so schimpflichem Dasein verurteilt zu sein. [...] Unsere Feinde wollen uns vernichten, sie würden auch einen noch so weitgehenden Frieden, den wir zu genießen bereit wären, abweisen, weil sie uns ‚ausrotten‘ und unser Land zu einer Wüstenei machen wollen. Kann es da ein deutsches Herz geben, welches dem Vaterlande in dieser großen Not und Bedrängnis nicht zur Seite stehen wollte? Jetzt ist die Stunde, in der wir die nationale Verteidigung organisieren müssen! Jetzt gibt es kein Besinnen mehr, der letzte entscheidende Gang hat begonnen!“

1. Oktober 1918 – Die militärische Niederlage Deutschlands ist unvermeidlich

Spa * Im engsten Kreis leistet Generalquartiermeister Erich Ludendorff seinen Offenbarungseid und beginnt gleichzeitig seine Flucht aus der Verantwortung. Nach den Aufzeichnungen von Oberst i.G. Albrecht von Thaer gesteht er: „Die OHL und das deutsche Heer ist am Ende; der Krieg ist nicht nur nicht mehr zu gewinnen, vielmehr steht die endgültige Niederlage wohl unvermeidlich bevor. [...] Unsere eigene Armee ist leider schon schwer verseucht durch das Gift spartakistisch-sozialistischer Ideen. Auf die Truppen ist kein Verlaß mehr. [...] Ich habe S. M. gebeten, jetzt auch diejenigen Kreise an die Regierung zu bringen, denen wir es in der



Hauptsache zu danken haben, dass wir so weit gekommen sind. Wir werden also diese Herren jetzt in die Ministerien einziehen sehen. Die sollen nun den Frieden schließen, der jetzt geschlossen werden muss. Sie sollen die Suppe jetzt essen, die sie uns eingebrockt haben!"

2. Oktober 1918 – Erste Veranstaltung des Arbeiterausschusses für einen guten Frieden

München * Gast der ersten öffentlichen Veranstaltung des „Freien Arbeiterausschusses für einen guten Frieden“ ist Karl Harrer, ein Mitglied der Thule-Gesellschaft und Sportjournalist bei der national-liberal orientierten München-Augsburger Abendzeitung.

2. Oktober 1918 – Das OHL informiert die Vorsitzenden der Reichstagsfraktionen

Berlin * Der Emissär der Obersten Heeresleitung - OHL und Abgesandter des Generalquartiermeisters Erich Ludendorffs, Major Erich von dem Bussche-Ippenburg, informiert die Vorsitzenden der Reichstagsfraktionen, dass „nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr besteht, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen“. „Die Oberste Heeresleitung sieht sich veranlasst, Seiner Majestät vorzuschlagen, zu versuchen, den Kampf abubrechen, die Fortsetzung des Krieges als aussichtslos aufzugeben. Jede vierundzwanzig Stunden können die Lage verschlechtern und den Feind unsere eigentliche Schwäche erkennen zu lassen.“ Bei den bürgerlichen Parteien herrscht ebenso wie bei den Sozialdemokraten blankes Entsetzen und Niedergeschlagenheit. Doch kein Sozialdemokrat, kein Zentrumsmitglied, kein Liberaler reißt das Angebot des politischen Handelns an sich. Deshalb geht die Kanzlerschaft an einen adeligen, badischen Prinzen.

2. Oktober 1918 – Ludendorff will keinesfalls Verantwortung übernehmen

Berlin * Um nicht selbst die Verantwortung für den verlorenen Krieg übernehmen zu müssen, drängt Generalquartiermeister Erich Ludendorff auf die Bildung einer parlamentarisch getragenen Regierung. Im Kreis des Generalstabs erklärt Generalquartiermeister Erich Ludendorff, dass er Kaiser Wilhelm II. gebeten habe, „jetzt auch diejenigen Kreise an die Regierung zu bringen, denen wir es in der Hauptsache zu danken haben, dass wir so weit gekommen sind. Die sollen nun den Frieden schließen, der jetzt geschlossen werden muss. Sie sollen die Suppe jetzt essen, die sie uns eingebrockt haben!“ Ludendorff geht es nur um das Abwälzen der Verantwortung für die sich abzeichnende Niederlage, auf der sich später die „Dolchstoßlegende“ aufbauen wird.



2. Oktober 1918 – Deutschland kann sehr wohl weiterkämpfen

Berlin * Der jüdische Industrielle Walther Rathenau erklärt in einem Zeitungsartikel, dass Deutschland sehr wohl in der Lage ist weiterzukämpfen. „Zu kämpfen um das was Not tut: den Frieden in Ehren.“

3. Oktober 1918 – Die erste deutsche Friedensnote an die US-Regierung

Berlin - Washington * Die neue Regierung unter Reichskanzler Max von Baden unterbreitet dem US-Präsidenten Woodrow Wilson umgehend Vorschläge für einen sofortigen Waffenstillstand. Diese erste deutsche Friedensnote wird der US-Regierung über Schweizer Kanäle zugeleitet. Die Verhandlungen sollen auf der Basis der Friedensbedingungen aus Wilsons 14-Punkte-Programm vom 8. Januar 1918 geführt werden.

5. Oktober 1918 – Der Krieg ist verloren - jedes weitere Opfer ist vergeblich

Deutsches Reich - Berlin * Durch Zeitungsartikel erfährt die deutsche Öffentlichkeit, dass es eine neue Regierung mit Beteiligung der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Fortschrittspartei gibt. Auch, dass diese Regierung als erste Amtshandlung ein Waffenstillstandsgesuch an den US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson geschickt hat. Damit herrscht im Volk Gewissheit, dass der Krieg verloren und jedes weitere Opfer vergeblich ist. Was verschleiert wird ist das Versagen der Obersten Heeresleitung - OHL, die das Deutsche Reich mit seiner Kriegspolitik ins Verderben geführt hat, jetzt aber nicht mehr als Verantwortlicher und Hauptakteur, sondern als Zuschauer erscheint.

5. Oktober 1918 – Das vorläufige Mindestprogramm der USPD-Parteiführung

Berlin * Die USPD-Parteiführung hat konkrete Vorstellungen, welche Maßnahmen in der gegebenen, reichlich verfahrenen Lage ergriffen werden sollen. Außenpolitisch fordert sie die Räumung der von deutschen Truppen besetzten Gebiete und die Abänderung der Diktatfriedensschlüsse im Osten. Innenpolitisch will sie die Amnestierung der politischen Gefangenen, Aufhebung des Belagerungszustandes, bürgerliche Freiheitsrechte, Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes, demokratisches Wahlrecht in allen Bundesstaaten und die durchgreifende Parlamentarisierung der Verfassung. Diese Punkte werden dabei als vorläufiges Mindestprogramm verstanden.



5. Oktober 1918 – Bitte des Reichskanzlers an Wilson um Friedensvermittlung

Rosenheim * Der Rosenheimer Anzeiger bringt unter der Überschrift „Dem Frieden entgegen - Bitte des Reichskanzlers an Wilson um Friedensvermittlung“ ein Extra-Blatt zur Rede des Reichskanzlers Prinz Max von Baden im Reichstag heraus: „Im Verlauf seiner vielfach vom Beifall der Linken und des Zentrums unterbrochenen Reichstagsrede erstattete Reichskanzler Prinz Max von Baden unter lebhafter Spannung des Hauses folgende Mitteilung: ‚Dank des unvergleichlichen Heldentums unseres Heeres ist die Front im Westen ungebrochen. Dieses stolze Bewusstsein lässt uns mit Zuversicht in die Zukunft sehen. Gerade deshalb ist es aber auch unsere Pflicht, Gewissheit darüber herbeiführen, ob das opfervolle, blutige Ringen nicht einen einzigen Tag über den Zeitpunkt hinaus geführt wird, wo uns ein Abschluss des Krieges möglich erscheint, der unsere Ehre nicht berührt. Gestützt auf das Einverständnis aller dazu berufenen Stellen im Reiche und auf die Zustimmung der gemeinsam mit uns handelnden Bundesgenossen habe ich in der Nacht zum 5. Oktober 1918 durch die Vermittlung der Schweiz an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika eine Note gerichtet, in der ich ihn bitte, die Herbeiführung des Friedens in die Hand zu nehmen und hierzu mit allen kriegsführenden Staaten in Verbindung zu treten‘. Die Note trifft schon heute oder morgen in Washington ein. Sie richtet sich an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, weil dieser in seiner Kongressbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, besonders auch noch in seiner New-Yorker Rede vom 27. September ein Programm für den allgemeinen Frieden aufgestellt hat, das wir als Grundlage für die Verhandlungen annehmen können. (Am Schluss der Rede des Reichskanzlers ertönte wiederholter Beifall).“

5. Oktober 1918 – Die neue Regierung unterbreitet Vorschläge für einen Waffenstillstand

Berlin * Reichskanzler Prinz Max von Baden gibt in seiner Jungfernrede im Reichstag den Inhalt seiner Friedensnote bekannt, in der er im Namen der deutschen Regierung den Präsidenten der USA, Woodrow Wilson, um die Vermittlung von Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen bittet. Er spricht aber nicht nur über deutsche Friedensangebote, sondern gibt auch zu bedenken, dass es nur dann zu einem Friedensschluss kommen kann, wenn man Deutschland Friedensbedingungen zugesteht, die sich auch mit seiner Ehre vertragen. Sollten die Feinde des Reiches aber Deutschland diesen Frieden nicht zugestehen, wird der Krieg weitergehen. Er unterstreicht die These mit der Aussage, dass das Deutsche Reich - wenn nötig - zu einem „Endkampf auf Leben und Tod“ bereit ist. „Kein Zagen befällt mich bei dem Gedanken, dass dieses zweite Ergebnis eintreten könnte; denn ich kenne die Größe der gewaltigen Kräfte, die auch jetzt noch in unserem Volke vorhanden sind, und ich weiß, dass die unwiderlegliche Überzeugung, um unser Leben als Nation zu kämpfen, diese Kräfte verdoppeln würde.“ In



dieser Antrittsrede bekennt sich Reichskanzler Max von Baden aber auch ausdrücklich zur parlamentarischen Demokratie im Reich und in den Einzelstaaten, befürwortet die Friedensresolution des Reichstags vom 14. Juli 1917 und nimmt das Friedensprogramm des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson vorbehaltlos an. Diese Aussagen stehen allerdings seinem ursprünglichen politischen Programm vollkommen entgegen.

6. Oktober 1918 – Wenig Ängste vor der Abdankung des Kaisers

Berlin - München * Der bayerische Gesandte am Kaiserhof, Hugo Graf von Lerchenfeld, berichtet in einem Brief an den Ministerpräsidenten Otto von Dandl: „Wenn etwa der Frieden von der Abdikation [= Abdankung] abhängig gemacht werden sollte, so würde der Kaiser ohne Zweifel in den Schritt einwilligen. Selbst in den königstreuesten Kreisen der Hauptstadt wird die Abdikation als ein unter Umständen nicht abwendbarer Schritt besprochen.“

6. Oktober 1918 – König Ludwig III. ermutigt das bayerische Heer zum weiteren Kampf

München * König Ludwig III. ermutigt das Bayerische Heer zum weiteren Kampf. In den katholischen Kirchen der Stadt werden außerordentliche Kriegsandachten für einen „baldigen und ehrenvollen Frieden“ abgehalten.

6. Oktober 1918 – Deutschland ist sowohl friedensbereit als auch kampfentschlossen

Berlin * Das Berliner Tageblatt, die auflagenstärkste Tageszeitung im Deutschen Kaiserreich mit linksliberaler Ausrichtung, stellt unter der Überschrift „Des Kanzlers Friedensschritt“ fest, dass die Rede des Reichskanzlers Max von Baden vom Vortag signalisiere, Deutschland ist sowohl „friedensbereit“ als auch „kampfentschlossen“.

6. Oktober 1918 – Neue Pläne zur Fortführung des Krieges

Berlin * Die Aussage des Reichskanzlers Max von Baden vom Vortag lädt die nicht gerade geringe Zahl der Gegner eines Friedens à la Woodrow Wilson ein, neue Pläne zur Fortführung des Krieges zu schmieden. Mit seiner Feststellung, entweder einen ehrenhaften, für Deutschland annehmbaren Frieden oder den Endkampf auf Leben und Tod, schürt er auch die Hoffnung bei Bewohnern von Danzig, die dem Deutschen Reich verloren gehen könnten, wenn



Wilsons Politik des Selbstbestimmungsrechts der Völker in die Tat umgesetzt werden würde.

6. Oktober 1918 – Bis zum letzten Blutstropfen

Berlin * Die konservative Zeitung Berliner Lokal-Anzeiger schreibt ein mit „Bis zum letzten Blutstropfen“ überschriebenen Kommentar, in dem es heißt: „[...] wird das ganze deutsche Volk gegen diejenigen kämpfen, die ihm einen demütigenden Frieden diktieren wollen. Ungebrochen steht unsere Front noch in Feindesland. Gegen den Angriff der Verbündeten durch bulgarisches Gebiet werden wir uns leichter verteidigen können als gegen die Millionenheere Russlands, die uns drei Jahre lang vergebens bedrohten.“

6. Oktober 1918 – Beitrag der Unterwasserflotte zum bevorstehenden Endkampf

Berlin * Der in Berlin stationierte Marineoffizier, Kapitän William Michaelis, stellt in einem Schreiben dar, wie die deutsche Unterwasserflotte ihren Beitrag zum bevorstehenden Endkampf leisten könnte. Wenn die Marine zu einem heroischen Endkampf antrete, werde das die deutsche Bevölkerung aufrütteln und einen „positiven Stimmungswandel“ herbei führen. Im Zeichen dieses Umschwungs werde das deutsche Volk dem Austausch diplomatischer Friedensnoten eine Absage erteilen und sich dafür entscheiden, den Kampf so lange weiterzuführen, wie es nötig sei.

7. Oktober 1918 – Die Briefaffäre des Reichskanzlers Max von Baden

Berlin * Durch eine gezielte Indiskretion wird ein Privatbrief des Prinzen Max von Baden von Anfang Oktober 1918 bekannt, in dem er die Friedensresolution des Reichstags vom 14. Juli 1917 als eine „Dummheit“ und „Gemeinheit“ bezeichnet und das Konzept einer Parlamentarisierung und Demokratisierung des politischen Systems verunglimpft. Der Inhalt des Briefes entlarvt seine Reichstagsrede vom 5. Oktober als Heuchelei. Durch die Briefaffäre ist der Reichskanzler angezählt.

7. Oktober 1918 – Walther Rathenau verlangt eine allgemeine Volkserhebung

Berlin - Spa * Der jüdische Industrielle Walther Rathenau gibt in einem Artikel im Berliner Tageblatt zu bedenken, dass die mit Woodrow Wilson auszuhandelnde Waffenstillstands- und



Friedensabkommen für die Deutschen bedeuten: eine Zahlung von bis zu 50 Milliarden Mark für den Wiederaufbau von Belgien und Nordfrankreich und den möglichen Verlust von Elsass, Lothringen und Danzig. Er fordert deshalb eine allgemeine Volkserhebung, um die unausweichlichen Waffenstillstandsverhandlungen aus einer Position der Stärke heraus zu führen. Er fordert die Oberste Heeresleitung - OHL dazu auf, die deutschen Armeen hinter die nationalen Grenzen zurückzuziehen, um sie hier für einen neu motivierenden Verteidigungskrieg aufzustellen. Generalquartiermeister Erich Ludendorff und die Oberste Heeresleitung lehnen die Vorschläge als vollkommen unakzeptabel ab, da durch die Unzuverlässigkeit der Soldaten in der Heimat die Gefahr eines revolutionären Umsturzes nur noch vergrößert werden würde. Walther Rathenau's Thesen stoßen im Volk auf eine breite Resonanz. Er wird zum Wortführer derer, die die Meinung vertreten: Deutschland ist nicht besiegt und braucht deshalb keinen sofortigen Waffenstillstand. Der ultranationalistische und antisemitische Reichsbote und die alldeutsche Deutsche Zeitung vergessen kurzzeitig ihre traditionelle Abneigung gegen Juden und stellen sich hinter Rathenau's Argumentation.

12. Oktober 1918 – Die deutsche Reichsregierung will Wilsons Forderungen nachkommen

Berlin - Washington * Die deutsche Reichsregierung erklärt sich in ihrer Antwort auf das amerikanische Schreiben bereit, die 14 Punkte des US-Präsidenten Woodrow Wilson anzunehmen. Darunter befindet sich auch die Räumung der besetzten Gebiete. Besonders stellt die neue amtierende Regierung heraus, dass sie „durch Verhandlungen und in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstags“ gebildet worden ist. „In jeder seiner Handlungen, gestützt auf den Willen dieser Mehrheit, spricht der Reichskanzler im Namen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes.“

16. Oktober 1918 – Die Oberste Heeresleitung instruiert die Presse

Spa - Berlin * Der Sprecher der Obersten Heeresleitung - OHL, Major Würz, instruiert die Presse: „Unter allen Umständen muß der Eindruck vermieden werden, als gehe unser Friedensschritt von militärischer Seite aus. Reichskanzler und Regierung haben es auf sich genommen, den Schritt von sich ausgehen zu lassen. Diesen Eindruck darf die Presse nicht zerstören. Sie muß immer wieder betonen, dass die Regierung es ist, die getreu ihren wiederholt geäußerten Prinzipien sich zum Friedensschritt entschloss“. Diese Direktive wird weitestgehend beachtet.



17. Oktober 1918 – Ludendorff lehnt die Friedensbedingungen der USA ab

Spa * Für Generalquartiermeister Erich Ludendorff sind die von den Amerikanern angebotenen Friedensbedingungen das Schlimmste, das Deutschland passieren konnte.

21. Oktober 1918 – Lieber ein Kapitulationsfriede als den Zusammenbruch

München - Königreich Bayern * Das Kriegsministerium erhält anonyme „Stimmen aus dem Mittelstande Bayerns“ zugeschickt. Darin wird unter der Berufung auf die allgemeine Volksmeinung gefordert: „Der Friede muss sobald als möglich herbei geführt werden, gleich ob günstig oder ungünstig.“ Ein Kapitulationsfriede sei immer noch besser als der unausweichliche Zusammenbruch.

23. Oktober 1918 – US-Präsident Wilson will ein republikanisches Deutschland

Washington - Berlin * US-Präsident Woodrow Wilson erklärt sich in seiner Antwort auf das Schreiben vom 20. Oktober nur zur Aufnahme von Waffenstillstandsgesprächen gemeinsam mit den Regierungen der Alliierten bereit, wenn der deutsche Verhandlungspartner eine vom Volk gewählte Regierung ist. Die amerikanische Regierung will „mit keinen anderen als wahrhaften Vertretern des deutschen Volkes verhandeln“. Aus ihrer Sicht gibt es bislang aber keinen Hinweis dafür, dass „die Grundsätze einer dem deutschen Volk verantwortlichen Regierung jetzt bereits vollständig angenommen sind“ und die Systemänderung im Deutschen Reich auf Dauer sein wird. Die Amerikaner geben deutlich zu erkennen, dass sie gegenüber einem republikanischen Deutschland oder zumindest einem Deutschland ohne Kaiser mehr Nachsicht üben würden. Sie setzen offenbar aber auch darauf, dass jeder zusätzliche Kriegstag die Position des Deutschen Reichs und seiner Verbündeten weiter schwächen und die Friedensbedingungen für die USA positiver gestalten würden.

23. Oktober 1918 – Kurt Eisner hält im Schwabinger-Bräu seine erste Wahlkampfred

München-Schwabing * Kurt Eisner hält im Schwabinger Bräu seine erste Wahlkampfred seit seiner Entlassung aus dem Gefängnis. Nur neun Tage nach seiner Haftentlassung lockt er bereits 2.000 Zuhörer in seine Versammlung. Er referiert über das Thema „Regierungssozialisten oder Sozialistenregierung“ und wirft darin dem Flügel um Erhard Auer vor, nicht das Interesse des Volkes, sondern nur das der Regierung im Auge zu haben. In der weiteren Rede fordert Kurt



Eisner die Abdankung des Kaisers und einen Frieden ohne Annexion. Kurt Eisner verspricht sich nicht viel vom jetzigen demokratischen System und tritt ein für die Beseitigung aller bestehender Gewalten durch Umsturz und Revolution ein. Am Schluss verlangt er „eine große deutsche Republik mit Einschluss Deutsch-Österreichs“ und die „Rückkehr zu den Idealen der Revolution von 1848“. „Bissig, heiser und mit einem fanatischen Elan rechnete er mit seinen Gegnern ab. Alles um ihn war dicht besetzt. Kopf an Kopf. Er stand auf dem Podium inmitten der hockenden Leute und gestikulierte mitunter wild. Langes Haar, das fast bis auf seine Schultern herabwallte, einen noch zerzausten Bart hatte er jetzt. Wie ein Apostel sah er aus, nur dass er einen Kneifer trug“, schreibt Oskar Maria Graf über Kurt Eisner.

24. Oktober 1918 – Hindenburg fordert die Armee zum äußersten Widerstand auf

Spa * Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg und Generalquartiermeister Erich Ludendorff erlassen ohne Rücksprache mit dem Reichskanzler einen Heeresbefehl, in dem sie die Forderungen des US-Präsidenten Woodrow Wilson vom 23. Oktober 1918 als unannehmbar bezeichnen und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen fordern. „Die Antwort Wilsons fordert die militärische Kapitulation. Sie ist deshalb für uns Soldaten unannehmbar. Sie ist der Beweis, dass der Vernichtungswille unserer Feinde, der 1914 den Krieg entfesselte, unvermindert fortbesteht. Wilsons Antwort kann daher für uns Soldaten nur die Aufforderung sein, den Widerstand zu mit äußersten Kräften fortzusetzen.“ Die totale Niederlage vor Augen, vollzieht die militärische Führung nochmal eine Kehrtwende und flüchtet sich in die Wahnvorstellung eines immer noch möglichen Widerstandes, der einen ehrenvollen Frieden erzwingen soll. Das taktisch ungeschickte, aber wohl so beabsichtigte Vorgehen der Obersten Heeresleitung - OHL raubt der deutschen Regierung auch noch den allerletzten Verhandlungsspielraum.

24. Oktober 1918 – Wehrfreudige Artikel im Vorwärts

Berlin * Bei seiner Rede im Reichstag führt Friedrich Ebert aus, dass die Sozialdemokraten auch dann ihr Land nicht im Stich lassen, wenn der ersehnte Friede nicht zustande käme. Selbst der sozialdemokratische Vorwärts druckt wehrfreudige Artikel und erklärt, dass es besser ist weiterzukämpfen, als einen „demütigenden Frieden“ hinzunehmen.

27. Oktober 1918 – Österreich-Ungarn will Sonderfriedensverhandlungen



Wien - Washington * Österreich-Ungarn erklärt sich in einem Schreiben an den US-Präsidenten Woodrow Wilson zu Sonderfriedensverhandlungen bereit.

28. Oktober 1918 – US-Präsident Woodrow Wilson verlangt die Abdankung des Kaisers

Washington - Berlin * Der US-amerikanische Präsident Woodrow Wilson verlangt die Abdankung des Kaisers als Voraussetzung für Friedensverhandlungen. Kaiser Wilhelm II. denkt aber nicht im geringsten an Rücktritt.

2. November 1918 – Der Auftakt der Revolution

München * Auf einer vom Liberalen Verein Frei München veranstalteten Volksversammlung ruft Kurt Eisner: „Es kommt nicht zur Reichstagswahl, vor dem 17. November kommt die Revolution.“ Der „struppige Prophet“ wird zwar wegen seines Aussehens belächelt, trotzdem gilt diese Versammlung als der Auftakt der Revolution. Kurt Eisner hat bereits vor seiner Haftentlassung die Strategie der Obersten Heeresleitung - OHL durchschaut, die mit der vorgeschobenen Parlamentarisierung lediglich die Verantwortung für den Ausgang des Krieges und den ungünstigen Friedensschluss auf das Parlament abwälzen wollte. Aus Eisners Sicht sollte nicht nur das verhasste System restlos verschwinden, sondern gleichzeitig mit ihm auch seine Repräsentanten. Gemeint sind jene, die für das vier Jahre dauernde sinnlose Morden die Verantwortung trugen. Schließlich befand sich die Mehrheit der führenden Militärs und Spitzenbeamten in Reich und Länder ebenso in Amt und Würden wie der deutsche Kaiser und die Landesfürsten. Sie aber waren die Symbole einer expansiven Außen- und einer undemokratischen Innenpolitik.

3. November 1918 – Erste Friedensdemonstration der USPD seit den Januarstreiks

München-Theresienwiese * Um 10 Uhr Vormittag findet auf der Theresienwiese, an der Freitreppe unterhalb der Bavaria, die erste Friedensdemonstration der USPD seit den Januarstreiks statt. Lediglich 800 bis 1.000 Personen nehmen daran teil. Das liegt daran, dass das Generalkommando den Anschlag von Plakaten verboten hatte. Da die finanziellen Mittel zum Druck von Flugblättern fehlten, konnten die Einladungen zu dieser Kundgebung mit hektographierten Handzetteln erfolgen. Hans Unterleitner erklärt am Versammlungsbeginn, dass die Veranstaltung nur unter folgenden Bedingungen des Polizeipräsidiums genehmigt worden ist:

Keine Entschließung zu fassen, dass die heutige Regierung durch eine Volksregierung ersetzt



werden müsse, keine Aufforderung an die Soldaten ergehen zu lassen, die Waffen niederzulegen, keine Demonstrationen zu veranstalten beziehungsweise hierzu aufzufordern.

Kurt Eisner betont in seiner Rede den Friedenswillen des deutschen Volkes und sagt: „Von der eingerosteten deutschen Regierung in Berlin sind Taten zur Herbeiführung des Friedens nicht zu erwarten, deshalb muss eine Volksregierung in Bayern sofort Frieden schließen“ und fordert auf zum „Sturz der Monarchie“ und zur „politischen Revolution“. Das Abkommen über parlamentarische Reformen vom Vortag bezeichnet er als „unaufrichtig und unzureichend“. In Hinblick auf die am 30. Oktober in Wien gebildete Staatsregierung der Provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich sagt Eisner: „Wir grüßen über die Grenze die neue österreichische Republik und fordern, dass eine vom Volk einzusetzende bayerische Regierung mit den deutschen Republikanern Österreichs gemeinsam den Frieden im Namen Deutschlands verkündet, sofern in Berlin nicht der Wille oder die Macht vorhanden ist, den Frieden sofort zu erreichen“. Aufgrund des Demonstrationsverbots wird im Anschluss an die Versammlung ein Spaziergang nach Stadelheim angetreten.

3. November 1918 – Prinzessin Wiltrud: „Vielleicht sind wir auch in einiger Zeit abgesetzt“

München-Gruggebau * Die bayerische Prinzessin Wiltrud schreibt nach der Veranstaltung der USPD auf der Theresienwiese in ihr Tagebuch: „Was noch alles werden wird, vielleicht sind wir auch in einiger Zeit abgesetzt.“ Sehr gut hat sie beobachtet, dass bei dieser Massenveranstaltung für einen sofortigen Frieden aus der Forderung nach Abdankung eine solche nach Absetzung des deutschen Kaisers geworden ist.

4. November 1918 – Die Hoffnung auf einen baldigen Frieden

München - Königreich Bayern * Selbst von militärischer Seite wird festgestellt: „Die Stimmung der Bevölkerung ist kriegsmüde, niedergeschlagener und verdrossener denn je. Nur die Hoffnung auf baldigen Friedensschluss hebt die Gemüter.“

4. November 1918 – Der Königliche Staatsrat kommt zu seiner letzten Sitzung zusammen

München-Gruggebau * Der Königliche Staatsrat kommt zusammen, um über den Fortgang der Verfassungsreform zu beraten. König Ludwig III. ist - wie seine Berater - der Auffassung, dass den demokratischen Parteien Zugeständnisse gemacht werden müssen, weil alleine damit in dieser Situation dem Staatswohl und der Monarchie gedient werden könne. Innenminister Dr.



Friedrich von Brettreich will etwaige Bedenken gegen die Notwendigkeit einer Parlamentarisierung „unter der Wucht der Ereignisse“ zurückgestellt wissen, da die Wellen einer revolutionären Bewegung jetzt auch auf Bayern übergreifen hätten. Ministerpräsident Otto von Dandl will den demokratischen Parteien so weitgehende Zugeständnisse machen, weil in dieser Situation nur so dem Staatswohl und der Monarchie geholfen werden kann.

Vordringlich sei es jetzt, dass unter dem Volk kein Zwiespalt herrsche und die öffentliche Ruhe aufrecht erhalten werde. In der letzten von König Ludwig III. geleiteten Staatsratssitzung zieht der Monarch ein denkwürdiges politisches Resümee: „Wenn der Krieg ein so schlechtes Ende genommen hat, so können wir in Bayern unseren Schild hochhalten; er ist fleckenlos. Bayerns Heer hat sich ruhmreich geschlagen, Bayern trägt keine Schuld. Schuld trägt die unglückselige Politik, die schon vor dem Krieg seitens der Reichsleitung geführt worden ist, und noch mehr die Oberste Heeresleitung, die keinen Maßstab hatte für die Grenzen der eigenen Kräfte. [...] Nach mehr als vierjährigen unerhörten Leistungen und Opfern stehen wir vor einer Niederlage Deutschlands, die es seit Napoleon nicht mehr erlebt hat. Wir müssen Frieden schließen und zwar unter schlechten Bedingungen.“

4. November 1918 – Die USPD will die Herbeiführung des sofortigen Friedens

Berlin * Die deutsche USPD fordert in einem Aufruf „An das deutsche Volk“ die „Herbeiführung des sofortigen Friedens“. Die Arbeiterschaft und das ganze werktätige Volk soll sich zum Eingreifen bereit halten.

6. November 1918 – Ein Aufruf zur Friedenskundgebung am 7. November 1918

München * Die sozialdemokratische Münchener Post veröffentlicht auf der Titelseite im Auftrag der Leitung der sozialdemokratischen Partei Münchens einen Aufruf „An die Bevölkerung Münchens!“. Darin heißt es: „Die sozialdemokratische Partei ruft die Bevölkerung Münchens mit Ausnahme der beim Transport und Verkehr beschäftigten Personen auf, am Donnerstagnachmittags 3 Uhr auf der Theresienwiese zu erscheinen. Es gilt, im Geiste der Freiheit und Verantwortung Stellung zu nehmen zu den großen Tagesfragen, die in der letzten Vertrauensmännerversammlung der gesamten Münchener Arbeiterschaft erörtert worden sind. Die Vertrauensleute der Partei und Gewerkschaften werden aufgefordert, dabei mitzuwirken, daß die Demonstration einen der organisierten Arbeiterschaft würdigen Verlauf nimmt“.

6. November 1918 – USPD und MSPD rufen gemeinsam zu einer Massenversammlung auf



München * Kurt Eisner [USPD] und Erhard Auer [MSPD] rufen auf großen Plakaten für den nächsten Tag zu einer gemeinsamen Massenversammlung auf der Theresienwiese auf. Obgleich Erhard Auer anfangs Bedenken hatte, gab er seine Zustimmung. Er hat erkannt, dass man der Friedenssehnsucht der Einwohner Münchens ein Ventil geben muss. Es kommt auch deshalb zur ersten öffentlichen Zusammenarbeit der beiden sozialistischen Gruppierungen in Bayern seit der Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands - USPD, weil Auer MSPD nicht gemeinsame Sache mit denen machen kann, die für die nationale Verteidigung eintreten und die Waffenstillstandsbemühungen bekämpfen. Über das damit verbundene Risiko ist sich Erhard Auer und die bayerische Regierung bewusst.

6. November 1918 – Matthias Erzberger reist zu Waffenstillstandsverhandlungen

Washington - Berlin - Spa * Am Vormittag trifft in Berlin die Nachricht des US-Präsidenten Woodrow Wilson ein, dass der Oberkommandierende der Alliierten Streitkräfte, Marschall Ferdinand Foch, bereit sei, eine deutsche Waffenstillstandsdelegation in Compiègne zu empfangen. Nachdem die Reichsregierung das Ansinnen der Obersten Heeresleitung - OHL, einen militärischen Vertreter zum Verhandlungsleiter zu ernennen, ablehnt, wird noch am selben Tag der Staatssekretär Matthias Erzberger - gegen seinen Willen - mit der Aufgabe betraut und an der Spitze der Abordnung auf den Weg geschickt. Weitere Mitglieder der deutschen Verhandlungs-Abordnung sind der Leiter für Heeresangelegenheiten General Detlof von Winterfeldt, der Kapitän zur See Ernst Vanselow und als Vertreter des Auswärtigen Amtes Alfred von Oberndorff. Er muss jedoch sich zuvor im Großen Hauptquartier der Obersten Heeresleitung -OHL noch Instruktionen abholen. Der Reichsregierung ist es wichtig gegenüber den Alliierten das politisch erneuerte Deutschland zu demonstrieren. Dazu eignet sich ein ziviler Politiker an der Spitze der Waffenstillstands-Kommission ganz besonders. Die Deutschen hoffen auf einen „milden Frieden“ auf der Grundlage des 14-Punkte-Programms, das der US-Präsident Woodrow Wilson am 8. Januar 1918 verkündet hatte.

6. November 1918 – Informationen, dass die USPD einen großen Schlag plant

München * Die Polizeidirektion informiert das Innenministerium, dass ihre Überwachungsmaßnahmen „mit Sicherheit“ festgestellt haben, dass die Münchner USPD nach der großen Friedenskundgebung am 7. November einen „großen Schlag plane“. Innenminister Dr. Friedrich von Brettreich weist daraufhin die Polizeidirektion an, „jede zulässige Maßnahme zur Unterbindung einer solchen Aktion vorzubereiten“. Gleichzeitig wird das Kriegsministerium informiert. Kriegsminister Philipp von Hellingrath versichert, dass in München genügend



zuverlässige Truppen sind, die eventuelle Unruhen unterdrücken werden. Den Schutz der Haupt- und Residenzstadt sollen die in München stationierten Truppen übernehmen. Die Polizei wird mit uniformierten Schutzleuten die Residenz, die Preußische Gesandtschaft und die Polizeigebäude schützen. Die übrigen Polizisten sollen in Zivil die Stimmung in der Stadt erkunden.

7. November 1918 – Um 15 Uhr beginnt die Kundgebung auf der Theresienwiese

München-Theresienwiese * Um 15 Uhr beginnt die politische Veranstaltung auf der Theresienwiese, an der sich etwa 40.000 Menschen beteiligen. Andere Quellen sprechen von über 100.000, sogar von 200.000 Teilnehmern.

7. November 1918 – Wie Bischof Faulhaber die Umsturznacht erlebt

München-Kreuzviertel * Erzbischof Michael von Faulhaber notiert in der Umsturznacht in sein Tagebuch: „Nachmittag, 15:00 Uhr, auf der Theresienwiese Versammlung. Von den Sozialdemokraten gedacht als Explorant, um das Volk zufrieden zu stellen, wollten den Unabhängigen den Wind aus den Segeln nehmen. Im Zug wohl einige Tafeln: Nieder die Dynastie, (eine andere: Das Weib keine Gebärmaschine) sonst aber ruhig und viele Harmlose dabei. [...] Dabei schwenkte unter der Roten Fahne eine Soldatengruppe ab, ‚zu den Kasernen‘ und diese Soldaten haben die Revolution gemacht. [...] Nachts, 23:00 Uhr, beginnt der Lärm auf der Straße. Militär, bewaffnet, erst zu Fuß, allmählich mit Lastautos, die fortwährend mit furchtbarem Lärm herumrasen, mit Maschinengewehr ausgerüstet und die Bevölkerung bestürzen sollen. Die schrecklichste Nacht meines Lebens“.

7. November 1918 – Die meisten Belegschaften erhalten für die Kundgebung frei

München * Für die Dauer der Massendemonstration hat der Stadtmagistrat die Schließung der städtischen Büros verfügt und den Arbeiterinnen und Arbeitern den Nachmittag unter Fortzahlung des Lohnes arbeitsfrei gegeben. Die meisten gewerblichen Betriebe und Geschäfte sind bereits ab Mittag geschlossen.

7. November 1918 – Eine Versammlung nach den Vorstellungen Erhard Auers

München-Theresienwiese * Die Versammlung verläuft zunächst ganz nach den Vorstellungen



Erhard Auers. Die Mehrheitssozialdemokraten und die Gewerkschafter marschieren geschlossen an. Um 15:15 Uhr beginnen die Ansprachen, dafür sind 15 Minuten vorgesehen. Der MSPD-Führer und weitere Funktionäre halten ihre Reden an der Bavaria, in der sie hervorheben, dass die Sozialdemokratische Partei weder zum Streik noch zur Revolution auffordert, sondern die Entwicklung zum Volksstaat auf parlamentarischen Wegen erreichen möchte. Um 15.45 Uhr lassen sie dann über eine Resolution abstimmen, danach löst sich die Versammlung auf. Nun formieren sich die Teilnehmer zur großen Friedensdemonstration. Mit einem Musikkorps an der Spitze marschiert der größte Teil der Massendemonstration unter Führung von Erhard Auer in vollkommener Disziplin über die Landwehrstraße, Sonnenstraße, Karlsplatz, Lenbachplatz, Maximiliansplatz, Brienner Straße, Residenzstraße, Maximilianstraße und schließlich längs der Isar entlang bis zum Friedensengel. Hier löst sich der Protestmarsch nach einer kurzen Schlussansprache des MSPD-Reichstags- und Landtagsabgeordneten Franz Schmitt auf.

7. November 1918 – Das erste gedruckte Dokument der Revolution erscheint

München * Ein gelbes Flugblatt, datiert vom Donnerstag, 7. Nov. 1918, nachts 11 Uhr, ist das erste gedruckte Dokument der Revolution. Es schließt mit der Parole: „Es lebe der Frieden! Nieder mit der Dynastie! Der Arbeiter- und Soldatenrat.“ Der Name Kurt Eisner taucht noch nicht auf.

8. November 1918 – Ein MSPD-Aufruf an die organisierte Arbeiterschaft Münchens

München * Die Münchener Post spricht in einem Aufruf an die organisierte Arbeiterschaft Münchens die MSPD von der Schuld am Umsturz frei, bittet und wirbt aber gleichzeitig um „treue Mitarbeit“, vor allem damit die Ernährung der Schwachen gesichert und so gezeigt wird, „dass die herauf kommende neue Zeit die wahre Wohlfahrt und den Frieden der Menschheit bedeutet. An die Arbeit, Genossen! An den Aufbau!“

8. November 1918 – Ein Aufruf an die ländliche Bevölkerung Bayerns

München - Freistaat Bayern * In den Münchner Neuesten Nachrichten veröffentlichen Ministerpräsident Kurt Eisner und der Bauernführer Ludwig Gandorfer einen Aufruf An die ländliche Bevölkerung Bayerns, in dem sie die Notwendigkeit der Revolution darstellen und die Friedensbemühungen der Regierung Eisner schildern. „Der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat



betrachtet es als die erste und größte Aufgabe, dem Volke den heiß ersehnten Frieden zu bringen und ist zum Zwecke der Einleitung von Friedensverhandlungen mit den Ententemächten in Verbindung getreten.“ Zugleich verspricht man den militärischen Schutz der Grenzen Bayerns und eine geordnete Demobilisierung, „damit Zustände wie in Österreich und Tirol, wo heimkehrende Soldaten plündern und Kulturwerke zerstören, unmöglich werden!“ Daneben werden sie zu reger Lebensmittelablieferung für die Städte aufgefordert.

8. November 1918 – Die Revolution als Mittel zur Beendigung des Krieges

München * Die Stimmung in München und in Bayern ist sehr gut, da die Revolution vor allem als ein Mittel zur Beendigung des Krieges begriffen wird und schon deshalb die Menschen in ihrer Friedenssehnsucht begeistert. Obwohl die meisten Münchner die Revolution verschlafen haben, hat sich die Bevölkerung sehr schnell den neuen Gegebenheiten angepasst. Ob bei den Hoflieferanten, der Post oder der Bayerischen Staatszeitung wird der Zusatz Kgl. umgehend gestrichen oder überklebt. Von den Türmen der Frauenkirche weht die rote Fahne. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat die maximale Fahrgeschwindigkeit der Straßenbahn von 25 km/h auf 12 km/h festgesetzt. Der gesamte Telephon- und Telegraphenverkehr in andere Städte ist gesperrt. Der Arbeiter- und Soldatenrat übernimmt den Schutz der städtischen Anstalten und Betriebe und besetzt die Residenzwache. Kurt Eisner verfasst in der Zwischenzeit Aufrufe an die Bevölkerung: „An die Bevölkerung Münchens“, „An die ländliche Bevölkerung Bayerns“, „An die Arbeiter Münchens“ und „An die Soldaten“.

8. November 1918 – Die Proklamation des Freistaats Bayern in den MNN

München - Freistaat Bayern * Nur die Münchener Neuesten Nachrichten - MNN können ihre normale Morgenausgabe der Tageszeitung drucken. Auf der ersten Seite ist die Proklamation des Freistaates Bayern abgedruckt: An die Bevölkerung Münchens! Das furchtbare Schicksal, das über das deutsche Volk hereingebrochen, hat zu einer elementaren Bewegung der Arbeiter und Soldaten geführt. Ein provisorischer Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat hat sich in der Nacht zum 8. November im Landtag konstituiert. Bayern ist fortan ein Freistaat. Eine Volksregierung, die von dem Vertrauen der Massen getragen wird, soll unverzüglich eingesetzt werden. Eine konstituierende Nationalversammlung, zu der alle mündigen Männer und Frauen das Wahlrecht haben, wird so schnell wie möglich einberufen werden. Eine neue Zeit hebt an! Bayern will Deutschland für den Völkerbund rüsten. Die demokratische und soziale Republik Bayern hat die moralische Kraft, für Deutschland einen Frieden zu erwirken, der es vor dem Schlimmsten bewahrt. Die jetzige Umwälzung war notwendig, um im letzten Augenblick durch die



Selbstregierung des Volkes die Entwicklung der Zustände ohne allzu schwere Erschütterung zu ermöglichen, bevor die feindlichen Heere die Grenzen überfluten oder nach dem Waffenstillstand die demobilisierten Truppen das Chaos herbei führen. Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat wird strengste Ordnung sichern. Ausschreitungen werden rücksichtslos unterdrückt. Die Sicherheit der Person und des Eigentums wird verbürgt. Die Soldaten in den Kasernen werden durch Soldatenräte sich selbst regieren und Disziplin aufrecht erhalten. Offiziere, die sich den Forderungen der veränderten Zeit nicht widersetzen, sollen unangetastet ihren Dienst versehen. Wir rechnen auf die schaffende Mithilfe der gesamten Bevölkerung. Jeder Arbeiter an der neuen Freiheit ist willkommen! Alle Beamte bleiben in ihren Stellungen. Grundlegende soziale und politische Reformen werden unverzüglich ins Werk gesetzt. Die Bauern verbürgen sich für die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln. Der alte Gegensatz zwischen Land und Stadt wird verschwinden. Der Austausch der Lebensmittel wird rationell organisiert werden. Arbeiter, Bürger Münchens! Vertraut dem Großen und Gewaltigen, das in diesen schicksalschweren Tagen sich vorbereitet! Helft alle mit, dass sich die unvermeidliche Umwandlung rasch, leicht und friedlich vollzieht. In dieser Zeit des sinnlos wilden Mordens verabscheuen wir alles Blutvergießen. Jedes Menschenleben soll heilig sein. Bewahrt die Ruhe und wirkt mit an dem Aufbau der neuen Welt! Der Bruderkrieg der Sozialisten ist für Bayern beendet. Auf der revolutionären Grundlage, die jetzt gegeben ist, werden die Arbeitermassen zur Einheit zurückgeführt. Es lebe die bayerische Republik! Es lebe der Frieden! Es lebe die schaffende Arbeit aller Werktätigen! München, Landtag, in der Nacht zum 8. November 1918. Der Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern: Der erste Vorsitzende: Kurt Eisner.

8. November 1918 – Die Waffenstillstandsverhandlungen im Wald von Compiègne

Compiègne * Die Deutsche Abordnung zum Abschluss des Waffenstillstandes und zur Aufnahme der Friedensverhandlungen mit dem Staatssekretär Matthias Erzberger an seiner Spitze, reist zu Verhandlungen mit Marschall Ferdinand Foch. Als Verhandlungsort hat die französische Seite einen Eisenbahnwaggon in einem Waldstück der Gemeinde Rethondes bei Compiègne ausgewählt, wo sich bis März 1918 der Sitz des Alliierten Oberkommandos befunden hatte. Die Delegation wird von Marschall Foch mit den Worten „Was führt die Herren hierher? Was wünschen Sie von mir?“ begrüßt. Auf die Erwiderung, man wünsche Vorschläge über einen Waffenstillstand entgegen zu nehmen, antwortete Foch: „Ich habe keine Vorschläge zu machen.“

Er legt dafür eine fertige Liste mit Waffenstillstands-Bedingungen, verbunden mit einem 72-stündigen Ultimatum zur Annahme oder Ablehnung vor. Vor allem die Franzosen, auf deren Boden der Krieg vier Jahre gewütet und gewaltige Zerstörungen hinterlassen hatte, fordern eine drakonische Bestrafung des Deutschen Reiches.



9. November 1918 – „In wenigen Tagen wird alles seinen geregelten Gang gehen“

München-Kreuzviertel * In einer Verlautbarung erachtet es Ministerpräsident Kurt Eisner für notwendig, die Ungültigkeit möglicher Machtansprüche konkurrierender Gewalten zu betonen. Gleichzeitig ruft er zu geregelter Arbeit auf und ermahnt insbesondere die Soldaten, sich bei Unzufriedenheit an das zuständige Ministerium und damit an die institutionellen und administrativen Stellen zu wenden. Der Aufruf schließt mit den optimistischen Worten: „In wenigen Tagen wird alles seinen geregelten Gang gehen.“

9. November 1918 – Die Waffenstillstandsbedingungen der Alliierten

Compiègne * Die Alliierten geben im Wald von Compiègne ihre Bedingungen für einen Waffenstillstand bekannt: Die Abtretung sämtlicher deutscher Gebiete links des Rheins, die sofortige Bereitstellung von 5.000 Lokomotiven, 150.000 Waggonen und 5.000 Lastkraftwagen. Die Blockade der deutschen Seehäfen bis zur Unterzeichnung des endgültigen Friedensvertrags.

13. November 1918 – Annullierung des Friedensvertrags von Brest-Litowsk

Moskau * Die Sowjetregierung annulliert den Friedensvertrag von Brest-Litowsk vom 3. März 1918.

15. November 1918 – Nuntius Pacelli berichtet dem Vatikan zu den revolutionären Vorgängen

München - Vatikan * Nuntius Eugenio Pacelli verfasst zwei von drei analytisch-zusammenfassende Berichte an den Kardinalsstaatssekretär Pietro Gasparri. Die Ursache der Revolution sieht Pacelli in der militärischen Lage mit dem Kriegseintritt der USA, dem Zusammenbruch von Österreich-Ungarn, die Kampfmüdigkeit der deutschen Soldaten, sodass die als unüberwindlich geltende Hindenburg-Linie ins Wanken geriet, und dass die Generäle die päpstliche Friedensvermittlung vom 1. August 1917 zurückgewiesen haben, die Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg befürwortet hatte. Über Ministerpräsident Kurt Eisner äußert sich Nuntius Eugenio Pacelli, der spätere Papst Pius XII, folgendermaßen: Eisner ist „Atheist, Radikalsozialist, unversöhnlicher Propagandist, Busenfreund russischer Nihilisten und noch dazu galizischer Jude. [...] Unmittelbar nach den Ereignissen hat sich das bayerische Diplomatische Corps in der Nuntiatur zusammengefunden und beschlossen, jegliche Anerkennung der neuen Regierung zu vermeiden.“



15. November 1918 – Thomas Mann empört sich über seinen Bruder Heinrich

München-Bogenhausen * Thomas Mann notiert in sein Tagebuch das Missfallen über seinen Bruder Heinrich, der kurz zuvor zum Vorsitzenden des Politischen Rates geistiger Arbeit gewählt worden war: „Heut im Morgenblatt Kundgebungen zweier verschiedener ‚Räte der geistigen Arbeiter‘, die eine, sehr vorläufig und allgemein gehalten, von einer Gruppe um Brentano, die andere, empörend hochnäsiger, fanatisch-politisch und ketzerrichterisch, von einer Gruppe um Heinrich und - [dem Münchner Journalisten] Friedenthal. Die Publikation regte mich sehr auf [...]. Würdelosigkeit und selbstverräterisches Elend im ganzen Lande.“

17. November 1918 – Revolution als Aufbruch in die Freiheit und zur sozialen Gerechtigkeit

Frankfurt am Main * Die Deutsche Friedensgesellschaft feiert gemeinsam mit dem Deutschen Frauenausschuss und den Frankfurter MSPD-Frauen in der Frankfurter Paulskirche die Revolution als „Aufbruch in die Freiheit und zur sozialen Gerechtigkeit“.

18. November 1918 – Annullierung des Friedensvertrags von Brest-Litowsk abgelehnt

Berlin * Der Rat der Volksbeauftragten lehnt in Berlin die Annullierung des Friedensvertrags von Brest-Litowsk durch die Sowjet-Regierung ab.

19. November 1918 – Die Einstellung der Rüstungsproduktion

München-Kreuzviertel * Die Frage der Entschädigung für zu entlassende Beschäftigte in der Rüstungsindustrie wird im Kabinett besprochen. Das Waffenstillstandsabkommen sieht die Einstellung der Rüstungsproduktion vor. Doch Munitionsfabriken und Werke für Metallzeugnisse bilden in Bayern die während der Kriegszeit aufgebauten Hauptindustrien. Eine Umstellung auf Friedensproduktion verlangt in den Fabriken neue Maschinen und die Umschulung der Arbeiter.

19. November 1918 – Ein offenes Bekenntnis der Schuld übernehmen

Bern - München * Bayerns Ministerpräsident Kurt Eisner erhält von dem amerikanischen Pazifisten George Davis Herron ein Telegramm, in dem es heißt: „Ich habe mein möglichstes



getan, um den Präsidenten und die Entente-Regierungen zu überzeugen, dass ihre Regierung vertrauenswürdig ist.[...] Vor allem rate ich Ihnen dringend, möglichst viele deutsche Staaten zu überzeugen, Ihrer Führung zu folgen, zweitens die ersten Schritte zu einem vollen und offenen Bekenntnis der Schuld und Untaten der deutschen Regierung am Anfang des Krieges und an den Grausamkeiten der Kriegsführung zu unternehmen. Die moralische Wirkung einer solchen Handlung wäre gewaltig und entscheidend. [...] Ich bitte Sie, kühn, offen und unverzüglich zu handeln, nicht nur Deutschlands, sondern der Zivilisation und der Menschheit wegen.“ Diese Ratschläge entsprechen Eisners eigenen Erfahrungen und Intentionen bis ins Detail. Doch welche Handlungsmöglichkeiten stehen ihm konkret offen, da der Rat der Volksbeauftragten in Berlin, der aus je drei SPD- und USPD-Männern besteht, wobei die Letztgenannten über eine Statistenrolle nicht hinauskommen, kaum eigene Schritte zu Friedensverhandlungen unternehmen wird.

25. November 1918 – Die Beschlüsse der Ministerpräsidenten-Konferenz

Berlin * Die Ministerpräsidenten-Konferenz in Berlin, auch Reichskonferenz der deutschen Bundesstaaten genannt, stimmt letztlich nur der Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung, der Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands und der schnellen Herbeiführung eines Präliminarfriedens [= Vorfrieden oder vorläufiger Frieden] mit großer Mehrheit zu. Bis die konstituierende Nationalversammlung zusammen tritt, werden die Arbeiter- und Soldatenräte als Repräsentanten des Volkswillens angesehen.

25. November 1918 – Kurt Eisner wegen seiner Kriegsschuld-Veröffentlichungen angegriffen

Berlin * Auf der Ministerpräsidenten-Konferenz in Berlin wird der bayerische Ministerpräsident von nahezu allen Seiten wegen seiner Kriegsschuld-Veröffentlichungen und dem daraus resultierenden eigenmächtigem Handeln massiv angegriffen. Kurt Eisner verlangt daraufhin von Reichskanzler Friedrich Ebert die Entlassung des Leiters des Auswärtigen Amtes, Wilhelm Solf und den Vorsitzenden der Waffenstillstands-Kommission Matthias Erzberger. Die Genannten rechnet Eisner aufgrund ihres Verhaltens und ihrer Äußerungen dem alten kriegsverherrlichenden und militaristischen System zu. Sie sollen durch unbescholtene USPD- und SPD-Politiker ersetzt werden. Eisners konstruktive Begründung lautet: „Deutschland braucht ein provisorisches Präsidium, das an die Stelle des halb aufgelösten Bundesrats zu treten hat und aus neuen, unbelasteten Männern bestehen muss. Dieses Präsidium muss die Aufgabe haben, alle Verhandlungen mit der Entente zu führen.“ Der bayerische Ministerpräsident möchte, dass die neue deutsche internationale Politik von Personen präsentiert wird, die auch das neue deutsche



politische System verkörpern und dass die Friedensgespräche nicht alleine von der Reichsregierung, sondern unter maßgeblicher Beteiligung der Länder geführt werden.

25. November 1918 – Kurt Eisner will Karl Liebknecht von seiner Friedensinitiative überzeugen

Berlin * Unmittelbar vor der Ministerpräsidenten-Konferenz trifft sich Kurt Eisner mit dem Führer des Spartakusbundes, Karl Liebknecht, in Berlin, um ihn zur Unterstützung seiner Friedensinitiative gegenüber den Alliierten zu überzeugen. Liebknecht lehnt das Ansinnen ab, da er weder im Inland noch im Ausland mit Kapitalisten verhandeln will. Für die Spartakisten kommt die Einführung des Sozialismus erst dann in Frage, wenn alle Strukturen des ehemaligen Obrigkeitsstaates restlos zerstört sind.

28. November 1918 – Ministerpräsident Eisner will das alte System abschaffen

München * Gegenüber den Münchner Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten äußerte sich Kurt Eisner so: „Ich kam nach Berlin als Vertreter Bayerns und sah da zu meiner großen Überraschung, dass in Berlin die Konter-Revolution nicht droht, sondern dass sie ruhig regiert. Die Konter-Revolution regiert in Berlin ganz gemütlich, als ob nichts geschehen wäre. [...] Wir können nicht mit dem alten System weiterarbeiten. [...] Was im Auswärtigen Amt sitzt, ob es nun alldeutsch ist, oder ob es [...] für den Verständigungsfrieden gewirkt hat, das ist ganz gleich, diese Herren sind Vertreter des alten Systems und in ihren Händen ist noch der gesamte Apparat der öffentlichen Meinung, der Presse des In- und Auslandes. Der funktioniert noch genauso wie während des Krieges.“

1. Dezember 1918 – Das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen

Belgrad * Der Staates der Slowenen, Kroaten und Serben - SHS-Staat wird zum Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen vereinigt. Der neue Staat wird 1920 im Frieden von Trianon als Königreich Jugoslawien staatsrechtlich bestätigt.

9. Dezember 1918 – Gustav Landauers positive Bilanz zu den Räteorganisationen

München * Gustav Landauer zieht eine positive Bilanz zur Tätigkeit der Räteorganisationen: „Da handelt es sich vor allen Dingen um die Umstellung der Kriegswirtschaft in die



Friedenswirtschaft. Zum Beispiel hat der Zentralarbeiterrat wesentlich dabei mitgewirkt, [...] dass die Alliiertenwerkstätten sofort in Friedenswerkstätten, in Werkstätten zur Herstellung von Waggons und Lokomotivteilen umgewandelt werden. Es ist eine sofortige Einstellung der Rüstungsbetriebe durchgesetzt worden. Wir haben aber dafür gesorgt und daran mitgearbeitet, dass eine vierwöchige Kündigungsfrist mit voller Bezahlung der Arbeitslosenunterstützung eingehalten werden musste. Wir haben [...] mitgearbeitet an der Versorgung Bayerns mit Kohle, an der Verstaatlichung des Lastkraftwagenverkehrs, [...] dass Wagen, Pferde, Vieh, Gerät aller Art bei uns im Lande bleibt und vor allen Dingen von unseren Produzenten und von unseren Bauern verwertet wird, an der Durchführung der 44-Stunden-Woche mit freiem Samstagnachmittag.“

16. Dezember 1918 – Gründungsziel: Ein Bund sozialistischer Frauen

München-Ludwigsvorstadt * Auf Einladung von Toni Pfülf und Nanette Katzenstein treffen sich Frauen, „die entweder schon auf dem Boden des Sozialismus stehen oder dieser Richtung zuneigen“. Das Ziel ist ein Bund sozialistischer Frauen die feministisch denken und die Interesse an der Gestaltung einer Frauen- und Friedenspolitik haben. Es gibt keine Satzung und kein Programm. Geblieben sind zwei Plakate und die von Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann herausgegebene Zeitschrift „Die Frau im Staat“.

27. Dezember 1918 – Neuanfang auf föderaler Grundlage

Stuttgart * In Stuttgart beginnt eine gemeinsame Sitzung der süddeutschen Staaten. An dem Stuttgarter Ländertreffen nehmen teil: Kurt Eisner, der Ministerpräsident von Bayern, Anton Geiß, der Ministerpräsident von Baden, Wilhelm Blos, der Ministerpräsident von Württemberg und Carl Ulrich, der Ministerpräsident von Hessen. Die Initiative zu diesem Treffen ging vom badischen Ministerpräsidenten Anton Geiß aus, der als Ziel der Konferenz die Abstimmung über das weitere Vorgehen auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung sieht. Kurt Eisner lässt die aktuellen Verfassungsfragen und den künftigen Friedensschluss in die Tagesordnung aufnehmen, um auch hier eine gemeinsame Strategie und gemeinsame süddeutsche Interessen zu entwickeln. Der bayerische Ministerpräsident legt dazu ein Papier zur Beschlussfassung vor: „Die [...] Vertreter der revolutionären Regierungen von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen erklären es für ihre Überzeugung, dass die künftige Gestaltung der Einheit des Deutschen Reichs durch Vertrag der Einzelstaaten zustande kommen muss. Um diese Neubildung zu erleichtern und zu fördern, beschließen die Vertreter der genannten süddeutschen Staaten, zunächst sich zur Wahrung ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen zu verbinden.“ Eisner



schwebt ein Süddeutscher Bund unter Aufnahme von Deutsch-Österreich vor, der das Übergewicht Norddeutschlands aufheben würde, möglicherweise sogar die Führung bei der Neubildung des Deutschen Reiches beanspruchen könnte. Aus seiner Sicht ist das Deutsche Reich durch die Revolution untergegangen und muss daher völlig neu gegründet werden. Dazu muss ein neuer Staatsvertrag geschlossen werden. Bayerns Ministerpräsident will den preußischen Zentralismus vom Süden her - gegen Preußen und Berlin - reformieren. Er will einen Separatfrieden schließen zwischen dem Süddeutschen Bund - unter Einschluss Deutsch-Österreichs - und den Entente-Mächten, dem dann alle deutschen Einzelstaaten beitreten könnten. Der Vorschlag Eisner, insbesondere die Infragestellung des Reichs, wird allgemein abgelehnt. Zu unterschiedlich sind die Interessen und Standpunkte. Das bayerische Positionspapier kommt nicht einmal zur Abstimmung. Kurt Eisner, der den kompromisslosen Neuanfang wollte, ist damit gescheitert. Nicht einmal seine Begleiter, Innenminister Erhard Auer und Ministerialrat Josef von Graßmann, haben ihn unterstützt.

28. Dezember 1918 – Die Ziele der Konferenz der Süddeutschen Staaten

Stuttgart * Die noch anwesenden Ministerpräsidenten Anton Geiß aus Baden, Wilhelm Blos aus Württemberg und Carl Ulrich aus Hessen verhandeln mit den bayerischen Innenminister Erhard Auer weiter. Die Konferenz beschließt, dass das Deutsche Reich in seiner gegenwärtigen Form erhalten bleibt, dass separatistische Bestrebungen ausdrücklich abgelehnt werden, dass das Deutsche Reich auf föderalistischer Grundlage aufgebaut, dass eine aktionsfähige Regierung und Nationalversammlung gewählt und dass ein schneller Frieden angestrebt wird.

Zur Umsetzung der Ziele beschließt man die Bildung einer Süddeutschen Kommission, eine Blockbildung bei zukünftigen Ministerpräsidenten-Konferenzen und den gemeinsamen Einkauf von Lebensmitteln im Ausland. Über den weiteren Umgang mit und über die künftige Rolle der Hegemonialmacht Preußen werden keine Positionen entwickelt. Man ist nur einig, dass Preußen in seiner bisherigen Form nicht weiter bestehen kann. Forderungen nach Zerschlagung Preußens werden nicht gestellt. Die beschlossene Süddeutsche Konferenz wird nie zusammen treten.

30. Dezember 1918 – US-Bürger fordern Lebensmittel-Lieferungen für Deutschland

München-Maxvorstadt - Washington * Im Hotel Kaiserhof verfassen US-amerikanische Bürgerinnen und Bürger eine Petition an den Präsidenten der USA, Woodrow Wilson, in der sie die baldige Einfuhr von Lebensmitteln nach Deutschland fordern. Außerdem sprechen sie sich für den Abschluss eines Präliminarfriedens [= Vorfrieden oder vorläufiger Frieden] aus.



5. Januar 1919 – Die Deutsche Arbeiterpartei - DAP wird gegründet

München-Hackenviertel * Eine Woche vor der bayerischen Landtagswahl wird im Fürstenfelder Hof, in der Fürstenfelder Straße 14, die Deutsche Arbeiterpartei - DAP durch den Werkzeugschlosser Anton Drexler und den Sportjournalisten Karl Harrer sowie 22 weiteren Anwesenden gegründet. Die Deutschen Arbeiterpartei - DAP geht aus dem Münchner Freien Arbeiterausschuss für einen guten Frieden hervor, der am 7. März 1918 ebenfalls von Drexler gegründet worden war. Als Vorsitzender der neuen Partei wird Anton Drexler gewählt. Zu den ersten Mitgliedern der DAP zählen fast ausschließlich Arbeitskollegen Drexlers aus den Münchner Eisenbahnwerken. Die ersten Parteiversammlungen finden in Hinterzimmern kleiner Bierlokale statt. Der wenig begeisternde Redner Drexler hält zumeist kaum motivierende Reden, die oft in der Geräuschkulisse des Lokals untergehen. Während der Politische Arbeiterzirkel eindeutig eine Schöpfung der Thule-Gesellschaft ist, soll die Deutsche Arbeiterpartei - aus taktischen Erwägungen - als Gründung Anton Drexlers erscheinen. Vorbereitet wird die konstituierende Parteiversammlung von einem Dreier-Ausschuss, der sich aus Harrer, Drexler und Michael Lotter zusammengesetzt. An der eigentlichen Versammlung nimmt Harrer allerdings nicht teil. Umgekehrt werden Drexler und Lotter keine Mitglieder der Thule-Gesellschaft, verkehren aber als ständige Gäste in den Logenräumen im Hotel Vier Jahreszeiten, wo sie bald auch Personen wie Dietrich Eckart und Gottfried Feder kennenlernen.

In den von der Gründungsversammlung angenommenen Richtlinien der Deutschen Arbeiterpartei heißt es, dass die DAP eine aus „allen geistig und körperlich schaffenden Volksgenossen zusammengesetzte sozialistische Organisation“ ist. Die Deutsche Arbeiterpartei will „die Adelung des deutschen Arbeiters. Die gelernten und ansässigen Arbeiter haben ein Recht, zum Mittelstand gerechnet zu werden. Zwischen Arbeiter und Proletarier soll ein scharfer Trennungsstrich gezogen werden. [...] Das Großkapital ist als Brot- und Arbeitgeber zu schützen, sofern nicht rücksichtsloseste Ausbeutung des Arbeiters diesem ein menschenwürdiges Dasein unmöglich macht. Die DAP sieht in der Sozialisierung des deutschen Wirtschaftslebens einen Zusammenbruch der deutschen Volkswirtschaft. [...] Darum darf es nicht Sozialisierung, sondern Gewinnbeteiligung für den deutschen Arbeiter heißen. [...]“

Hier zeichnete sich deutlich eine eigentlich mittelständische Orientierung dieser pseudosozialistischen und antisemitischen Organisation ab. Die anfallende Parteiarbeit der zunächst auf München beschränkten winzigen Vereinigung wird im Wesentlichen von dem mit dem Politischen Arbeiterzirkel nicht identischen Arbeitsausschuss der DAP bewältigt, der in den Anfängen auch die Führung der Gesamtpartei inne hat und dem im Sommer 1919 neben Anton Drexler und Karl Harrer weitere vier Personen angehören. Anton Drexler, der Vorsitzende der Deutschen Arbeiter Partei - DAP, bleibt es bis zum Juni 1921.



18. Januar 1919 – Beginn der Friedenskonferenz in Paris

Paris * Beginn der Friedenskonferenz unter Ausschluss von Deutschland und seinen Verbündeten.

24. Januar 1919 – Kundgebung für einen gerechten Frieden

München-Ludwigsvorstadt * Im Deutschen Theater treffen sich Angehörige und Anhänger aller Parteien zu einer machtvollen Kundgebung. Es geht um den Völkerbund und einen gerechten Frieden. Es sprechen der Minister für militärische Angelegenheiten, Albert Roßhaupter [SPD], Joseph Graf von Pestalozza [BVP], Professor Dr. Moritz Julius Bonn, die Frauenrechtlerin Lida Gustava Heymann und Professor Dr. Lujo Brentano.

13. Februar 1919 – Reichskanzler Philipp Scheidemann stellt das Regierungsprogramm vor

Weimar * Reichsministerpräsident Philipp Scheidemann stellt das Arbeitsprogramm der neuen Reichsregierung vor. Es beinhaltet: den sofortigen Friedensschluss, die Demokratisierung der Verwaltung, die Schaffung eines demokratischen Volksheeres, die öffentliche Kontrolle privatmonopolistischer Wirtschaftszweige, die Sozialisierung der Bergwerke und der Energiebetriebe, die verschärfte Erfassung der Kriegsgewinne und soziale Verbesserungen.

21. Februar 1919 – Kurt Eisners letzte Rede

München-Kreuzviertel * Die aufgrund von Kurt Eisners Ermordung nicht mehr gehaltene Rücktrittsrede beginnt mit den Worten: „Meine Herren und verehrte Frauen!“. In seinem Tätigkeitsbericht führt er zu seiner 105 Tage andauernden Regierungszeit folgendes aus: „[...] Am 8. November kam die revolutionäre Regierung zustande, die heute vor den von ihr versprochenen neuen Landtag tritt. In diesem Augenblick ist es uns ein Bedürfnis, Rechenschaft abzulegen, was wir gewollt, was wir getan. In einer Zeit der schwersten Erschütterungen, des drohenden Zusammenbruchs übernahmen wir die Regierung und führten sie bis hierher durch Monate aufreibender Arbeit, ernster Gefahr und leidenschaftlicher Erregungen. Wir waren uns bewusst, dass wir die Aufgabe von ungeheurer Verantwortlichkeit auf uns genommen hatten, trotz der verhängnisvollen Erbschaft eines unter den Flügen des Volkes zusammengebrochenen Systems das im tiefsten Grunde kranke Leben der Gemeinschaft allmählich der Genesung



näherzuführen. Genesung auf dem Wege, dass das Volk in dem es im Aufschwung revolutionärer Kraft zur Selbstbestimmung emporwuchs, mit dem neuen Bewusstsein der eigenen Macht, im Kampf um die Sicherung seiner Freiheit, im Glauben an den endgültigen Sieg der Demokratie und des Sozialismus, durch das Elend der Gegenwart sich in die Zuversicht künftiger Größe rettete.[...].“ Kurt Eisner geht in seiner Abschiedsrede als Ministerpräsident auf die Erfolge in den verschiedenen Ressorts ein. So hebt er seinen Kampf um die „föderative Grundlage unseres deutschen Staatenbundes“ hervor, da „ein großes Staatswesen sich um so reicher und gesünder entfalte, je lebendiger und selbstständiger die einzelnen Glieder sich zu gestalten vermöchten“. Zu seiner Friedenspolitik führt er aus: „Nur eine Politik der unbedingten Wahrhaftigkeit, der kühnen Offenheit und des gegenseitigen Vertrauens führt zu jenem Frieden, nach dem die zertretende Menschheit schmachtet“. Er hebt seine Anstrengungen zur Wiederherstellung der durch den Krieg zertrümmerten „Internationale der Arbeiter“ hervor, denn nur wenn sie erstarkt, ist die Freiheit jeden Volkes verbürgt. In Eisners Redemanuskript liest sich das so: „So fasste ich - wenn mir eine mehr persönliche Zwischenbemerkung gestattet ist - meine Arbeit jüngst in Bern auf, wo ich erreichte, dass die Vertreter aller Völker, Hass und Erbitterung vergessend, für die Erlösung der deutschen und österreichischen Gefangenen sich vereinigten“. Der Passus zu den „Räten“ ist vergleichsweise kurz gehalten, obwohl sie die Stütze der Eisner'schen Politik bilden. Er verleiht seiner Hoffnung Ausdruck, „dass die Räte sich in jenen Grenzen, in denen sie sich bei uns entwickelt haben, als unentbehrlich für die Schaffung einer tätigen Demokratie erweisen werden“. Ein weiteres von Kurt Eisner angesprochenes Thema ist die „Ernährungslage“. Dabei stellt er fest: „Im allgemeinen sind die Ernährungsverhältnisse nach der Revolution bei uns in Bayern zum mindesten nicht schlechter geworden. Sehr ungünstig ist nach wie vor unsere Versorgung mit Kohlen und sonstigen Rohstoffen“. Dabei stellt er dar, welche Maßnahmen von der Regierung eingeleitet worden sind. Breit behandelt Eisner das Thema „Demokratisierung“, die auch in der „Gemeinde, Distrikt und Kreis beachtet werden, deren Selbstverwaltung [...] durchgeführt werden wird“. Und weiter: „Das Kriegsministerium hat sich nach der Revolution in ein Ministerium für militärische Angelegenheiten, in ein Ministerium zur Liquidierung des Krieges gewandelt. [...] Die Demokratisierung der Armee [...] wurde durchgeführt. [...] Die Änderung der Militärgerichtsordnung war eine wichtige Errungenschaft des neuen Geistes“. Nun folgt eine Beschreibung über die politischen Umwälzungen und Demokratisierung in der Justizverwaltung und die Einrichtung von Volksgerichten. Auch auf Fragen der Amnestie und Begnadigungen geht Kurt Eisner in seinem Redeentwurf ein. Ein weiterer Punkt seines Tätigkeitsberichts ist die Tätigkeit des Kultusministeriums, das „die Erneuerung des gesamten Volksbildungs- und Erziehungswesen“ vorbereitet hat. Im Verhältnis von „Schule und Kirche“ erklärt er: „Für jede Demokratie kann nur der unantastbare Grundsatz gelten, dass die Dreiheit der Schule zugleich mit der Freiheit der Kirche gesichert werden müsse“. Eisner erklärt die „Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht“ und die „Aufhebung des Zwangs zur Teilnahme am Religionsunterricht“ den



Grundsatz, dass „ein Kind gegen den Willen der Erziehungsberechtigten nicht zur Teilnahme am Religionsunterricht oder Gottesdienst angehalten werden dürfe. Das Verhältnis zwischen Schülern und Lehrern wurde durch die Errichtung von Schülerausschüssen und Schülerversammlungen freier gestaltet“. Außerdem erklärt der Ministerpräsident, dass „die Entwürfe des Volksschullehrergesetzes und des Schulbedarfsgesetzes einer gründlichen Durcharbeitung unterzogen wurden“. Ein weiterer kultureller Bereich sind die staatlichen Theater. Dazu führt Kurt Eisner aus: „Infolge der Revolution kamen die ehemaligen Hoftheater in den Bereich des Kultusministeriums. In dem jetzigen Nationaltheater vollzog sich zugleich die Demokratisierung des gesamten Betriebes“. Nun folgen Kurt Eisners Ausführungen zur bayerischen Verkehrsverwaltung und der Finanzverwaltung. Sehr ausführlich geht er auf die Tätigkeit des am 14. November 1918 neu geschaffenen Ministeriums für soziale Fürsorge ein. Er hebt dabei hervor, „die Schaffung neuer Referate, um die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen mit allen staatlichen Mitteln wahrzunehmen. Es wurde ein Referat für Arbeitsrecht geschaffen, für Angestelltenfragen, für Beamtenfragen usw.. Die Einrichtungen der Erwerbslosenfürsorge, Arbeitsvermittlung und im Wohnungswesen wurden ausgebaut und durchgeführt, soweit es unter den bestehenden Verhältnissen möglich war. Leider konnten in dieser kurzen, unruhigen Zeit nicht alle Pläne, die das Ministerium entworfen hatte, befriedigend ausgeführt werden. Der Gewerbeaufsicht, dem Gesundheitswesen, den Kriegsbeschädigten wandte das Ministerium seine größte Aufmerksamkeit zu. Es sind auch hier Erfolge zu verzeichnen, doch nicht in so großem Maße, wie es im Interesse der leidenden Volksgenossen unbedingt notwendig gewesen wäre. Für die Parias [= jemand, der unterprivilegiert, von der Gesellschaft ausgestoßen ist] unter dem arbeitenden Volk, für die sogenannten Dienstboten, wurde ein neues Recht geschaffen. Ein Landarbeiterrecht ist in Ausarbeitung, wobei alle beteiligten Kreise der Landwirtschaft mitarbeiten. Der Kleinwohnungsbau, das Siedlungswesen wurden in weitgehendem Maße gefördert. Notstandsarbeiten wurden angeregt und Zuschüsse wurden zur Verfügung gestellt, um Arbeitsgelegenheiten zu schaffen, denn das Problem der Arbeitslosen kann nur durch Arbeitsbeschaffung gelöst werden. Die sozialpolitische wichtigste Tat des Ministeriums war die Proklamierung des Achtsturentages, die von der Erkenntnis ausging, dass die rationelle Verkürzung der Arbeitszeit der Ausgangspunkt aller sozialpolitischen Maßnahmen, die auf die physische, geistige und moralische Hebung der Arbeiterklasse abzielen, sein muss. Für Erwerbslosenunterstützung wurden im Dezember rund zwei Millionen, im Januar rund zehn Millionen verausgabt. Zur Deckung der Kosten der Notstandsarbeiten wurde dem Haushalt des Ministeriums die Summe von zwölf Millionen Mark bewilligt und für überschreitbar erklärt. Nach den bisher eingelaufenen Meldungen wurden im ganzen rund zwei Millionen Mark Reichszuschüsse und eine Million Staatszuschüsse zugesichert“. Soweit seine Ausführungen zum Sozialministerium. Kurt Eisners Rede, die er aufgrund seiner Ermordung nicht mehr im bayerischen Landtag vortragen konnte, endet mit den Worten: „Die revolutionäre Regierung hat



einstimmig beschlossen, ihre Ämter dem auf dem revolutionären Wahlrecht beruhenden Landtag zur Verfügung zu stellen. Sie ist zugleich bereit, die Geschäfte bis zur Bildung einer neuen Regierung weiterzuführen. Um die Neubildung zu beschleunigen, wird die Regierung unverzüglich dem Landtag den Entwurf eines vorläufigen Staatsgrundgesetzes zur Beratung und Beschlussfassung zugehen lassen, das bis zur Vollendung der Verfassung die Grundlage für die Arbeiten des Parlaments und der Regierung bieten soll. Ein Entwurf der Verfassung selbst ist gleichfalls fertig gestellt; wir wollen ihn noch als Vermächtnis unserer demokratischen und sozialistischen Gesinnung der Öffentlichkeit übergeben, bevor die bisherige revolutionäre Regierung von dem Werk zurück tritt, über das das letzte Urteile die Geschichte fällen wird.“

6. März 1919 – Die Ernährungskrise bei Dallmayr

München * Josef Hofmiller beschreibt die Ernährungskrise in München: „Ich war mit meiner Frau in der Stadt und führte sie durch den Laden von Dallmayr, um ihr etwas zu zeigen, was sie noch nie gesehen hatte: Dallmayr am Aschermittwoch ohne eine Spur von irgendeinem Fisch! Man muss ihn im Frieden gesehen haben, um zu wissen, was das bedeutet. An Süßwasser- und Seefischen alles, was die Jahreszeit bot. [...] Gestern: nichts, gar nichts, kein Schwanz von einem Fisch, nicht einmal ein Hering, nicht einmal eine Sardelle; bloß Stockfisch stank in einer Ecke, etwas, wozu sich Dallmayr im Frieden nie erniedrigt hätte. Was gab es da? Oh, sehr nette Sachen: grüne Erbsen in Sulz, Erbsen mit Bohnen in Sulz, Sellerie in Sulz, rote Rüben in Sulz, gemischte Gemüse in Sulz. Dabei waren die Dinger klein und nicht einmal billig: 75 bis 90 Pfennig die Portion. Dazu Gemüsesalate, aber kein Tropfen Öl daran! Es ist ein Jammer! An Käsen nichts, gar nichts. Eine Dame neben uns bekam ein Ei (mit Ziffern 1 Ei).“

22. März 1919 – Thomas Manns Sympathie für Spartakismus und Kommunismus

München * Der Schriftsteller Thomas Mann vertraut seinem Tagebuch an: „Fortschritte des Bolschewismus in Italien und Ungarn, deutlich als Folge der gottverlassenen Entente politik. Wiederholte deutsche Versicherungen, daß man einen unmöglichen Frieden nicht unterzeichnen werde. [...] Meine Teilnahme wächst für das, was am Spartacismus, Kommunismus, Bolschewismus gesund, menschlich, national, anti-ententistisch, anti-politisch ist. Das Gerücht über meinen ‚Anschluß an die U.S.P.‘ ist nicht sinnlos“.

24. März 1919 – Thomas Mann: Hoch der Kommunismus!



München * In dem Tagebuch von Thomas Mann findet sich die Mitteilung: „Die Nachrichten aus der Welt erschüttern mich sehr. Rücktritt des Grafen Karolyi und Ausrufung der Sowjet-Republik in Ungarn. Verständigung mit Moskau und Anmarsch russischer Truppen. In Wien kommunistische Demonstration. In Italien Übergang des gesamten Sozialismus zum Kommunismus. Alles gegen den Entente-Imperialismus gerichtet [...]. Ich wünsche es fast nicht mehr, daß das ‚Siegerpack‘ sich durch die Wirkungen seiner Niedertracht in Ungarn witzigen lässt. Ablehnung des Friedens durch Deutschland! Aufstand gegen den Rhetor-Bourgeois! Nationale Erhebung, nachdem man sich von den Schwindel-Phrasen dieses Gelichters das Mark hat zermürben lassen, in Form des Kommunismus denn meinetwegen, ein neuer 1. August 1914!

Ich bin imstande, auf die Straße zu laufen und zu schreien ‚Nieder mit der westlichen Lügendemokratie! Hoch Deutschland und Russland! Hoch der Kommunismus!‘“

7. April 1919 – Teile des Bürgertums sind für eine Räterepublik

München * Ein Teil des Bürgertums ist über die Friedensbedingungen der Alliierten so enttäuscht, dass sie nichts gegen die Installierung einer Räterepublik einzuwenden haben. Sie glauben, dass die sozialistischen Politiker das Land so schnell in den Ruin treiben würden, dass die Siegermächte keine Reparationsleistungen mehr aus Deutschland herausholen könnten.

7. April 1919 – Brüderliche Grüße nach Moskau

München * Der Volksbeauftragte für Äußeres, Dr. Franz Lipp, ein Stuttgarter Schriftsteller und Journalist, informiert die Regierungen von der Gründung der Räterepublik Baiern und übermittelt „brüderliche Grüße“ nach Moskau. Die lesenswerte Depesche lautet: „Proletariat Oberbayerns glücklich vereint. Sozialisten plus Unabhängige plus Kommunisten fest als Hammer zusammen geschlossen, mit Bauernbund enig. Klerikal uns wohlgesinnt. Liberales Bürgertum als Preußens Agent völlig entwaffnet. Bamberg Sitz des Flüchtlings Hoffmann, der aus meinem Ministerium den Abtrittschlüssel mitgenommen hat. Die preußische Politik, deren Handlanger Hoffmann ist, geht dahin, uns von Norden, Berlin, Leipzig, Nürnberg abschneiden, auch von Frankfurt und vom Essener Kohlengebiet und uns gleichzeitig bei der Entente als Bluthunde und Plünderer zu verdächtigen, dabei trafen die haarigen Gorillahände Gustav Noskes von Blut. Wir erhalten Kohle und wir erhalten Lebensmittel in reichlichen Mengen aus der Schweiz und aus Italien. Wir wollen den Frieden für immer. Immanuel Kant: Ewigen Frieden 1795 Thesen 2 bis 5. Preußen will den Waffenstillstand zur Vorbereitung des Rachekrieges.“



30. April 1919 – Der Belagerungsring um München wird geschlossen

Dachau * Nach heftigen Gefechten bei Dachau gelingt den Regierungstruppen unter Generalleutnant Friedrich von Friedeburg - trotz heftiger Gegenwehr der Roten Armee- der Durchbruch. Damit kann der Belagerungsring um München durch Regierungssoldaten und Freikorps geschlossen werden. Dass Dachau aufgegeben wird, ist für die Kommunisten ein verhängnisvoller Fehler. „Nachdem auch die Nordfront dem Feinde freiwillig geöffnet war, brach auch der Kampfwille der Arbeiter zusammen. Jetzt war der Demoralisation, der Feigheit, dem Verrat, der Panik weit das Tor geöffnet. Die Massendesertation der Arbeiter setzte ein. Gewehre wurden zerbrochen, in die Isar geworfen, [...] der Zusammenbruch war da. [...] Die weißen Garden konnten ungehindert nach München einmarschieren.“

1. Mai 1919 – Geschütze vor und hinter dem Friedensengel

München-Bogenhausen * Am heutigen Europaplatz beim Friedensengel werden von den Weißen Truppen zwei 15-Zentimeter-Geschütze aufgebaut, direkt am Denkmal Maschinengewehre in Richtung Prinzregentenstraße aufgestellt. Ihr Ziel sind Stellungen der Roten Armee. Die Rotgardisten schießen aus den Häusern an der Widenmayerstraße.

7. Mai 1919 – Übergabe des Entwurfs für den Versailler Vertrag

Versailles * Im Trianon-Palast-Hotel in Versailles wird dem deutschen Bevollmächtigten der Entwurf der Friedensbedingungen überreicht. Deutschland kann innerhalb von 14 Tagen schriftliche Bemerkungen dazu abgeben. Eine mündliche Aussprache soll nicht stattfinden.

8. Mai 1919 – Protest gegen die Versailler Friedensbedingungen

Weimar - Deutsches Reich * Nachdem in Deutschland zu den Versailler Friedensbedingungen ein Sturm der Entrüstung ausgelöst wurde, veröffentlichen der Reichspräsident Friedrich Ebert und die Reichsregierung einen „Aufruf an das deutsche Volk“. Darin spricht man von einem „Friedensvorschlag der Vergewaltigung“. Dem deutschen Volk wird „Gewalt ohne Maß und Grenzen“ angetan. Aus einem solchen „aufgezwungenen Frieden müsste neuer Hass zwischen den Völkern und im Verlauf der Geschichte neues Morden erwachsen“.

10. Mai 1919 – Zur Nicht-Unterzeichnung des Versailler Friedensvorschlags aufgefordert



Berlin * Im SPD-Organ Vorwärts erscheint ein Leitartikel des Chefredakteurs Friedrich Stampfer zum Versailler Friedensvorschlag. Er beinhaltet die klare Aufforderung: „Unterzeichnet nicht!“.

12. Mai 1919 – Philipp Scheidemann spricht von einem „Gewaltfrieden“

Berlin * Die Nationalversammlung tagt erstmals wieder in Berlin und befasst sich mit den Versailler Friedensbedingungen. Reichsministerpräsident Philipp Scheidemann spricht von einem „Gewaltfrieden“.

13. Mai 1919 – SPD-Massenkundgebung gegen die Versailler Friedensbedingungen

Berlin * Die SPD ruft zu einer Massenkundgebung gegen die Versailler Friedensbedingungen in Berlin auf. Etwa 10.000 Menschen beteiligen sich an dieser Protestkundgebung. Eine erstaunlich geringe Anzahl.

10. September 1919 – Friedensvertrag zwischen Österreich und den Alliierten geschlossen

Saint-Germain-en-Laye * Der Friedensvertrag von Saint-Germain-en-Laye zwischen Österreich und den Alliierten wird geschlossen.

29. Februar 1920 – Die Marinebrigade Ehrhardt soll aufgelöst werden

Berlin * Reichswehrminister Gustav Noske verfügt die Auflösung der Marinebrigade Ehrhardt. Durch den am 10. Januar in Kraft getretenen Versailler Friedensvertrag wurde das deutsche Heer auf 100.000 Mann sowie die Marine auf 15.000 Mann beschränkt. Das bedeutet einen massiven Personalabbau der etwa 400.000 Mann starken Reichswehr. Auch die Freikorps sollen aufgelöst werden.

Mai 1920 – Krieg und Friedensschluss lassen den Bierabsatz einbrechen

München-Haidhausen * Der Erste Weltkrieg und seine wirtschaftlichen Folgen treffen das Bürgerliche Brauhaus schwer. Während die Brauerei im letzten Friedensjahr 1912/13 noch rund 219.000 Hektoliter Bier produziert, sinkt der Ausstoß im Braujahr 1919/20 auf nur noch 104.000



Hektoliter. Damit hat sich die Produktion innerhalb weniger Jahre mehr als halbiert. Besonders schwer wiegt der Verlust der einst bedeutenden Exportmärkte. Nach Kriegsende brechen die Absatzgebiete in Elsass-Lothringen, Frankreich, Belgien und Italien sowie in Übersee vollständig weg. Auch der Absatz in die Schweiz geht teilweise verloren. Für das zuvor stark exportorientierte Bürgerliche Brauhaus bedeutet diese Entwicklung einen tiefen wirtschaftlichen Einschnitt. Die Brauerei muss sich nach dem Krieg unter grundlegend veränderten politischen und wirtschaftlichen Bedingungen neu behaupten.

5. September 1920 – Adolf Hitler hält im Münchner-Kindl-Keller eine Rede vor 3.000 Zuhörern

München-Au * Adolf Hitler hält im Münchner-Kindl-Keller eine Rede vor 3.000 Zuhörern, in der er die Juden verurteilt, da sie hinter dem Elend Deutschlands stecken. Wenn man erst mal die Macht habe, so sagt Hitler weiter, dann „werde man den Fetzen von einem Friedensvertrag zerreißen“. Der NSDAP-Parteivorsitzende führt aus, dass Deutschland zwar geknebelt und wehrlos ist, sich aber nicht vor einem Krieg gegen Frankreich scheuen darf. Seine Rede beendet er mit dem Schiller-Wort: „Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, nicht trennen uns in Not und Gefahr“.

5. November 1921 – Kardinal Faulhaber rechnet mit der Revolution ab

München-Kreuzviertel * Die Kirche - allen voran Kardinal Michael von Faulhaber - fühlt sich aufgefordert mit der Revolution abzurechnen. Der hohe katholische Kleriker steht als Garant für das Gottesgnadentum der angestammten Herrscher und für eine auf das christliche Herrschaftsverständnis gegründete Regierung. In seiner Trauerrede sagt Kardinal Faulhaber in Anspielung auf die Hunger- und Friedensdemonstrationen vor und die revolutionären Veranstaltungen nach Kriegsende, besonders aber auf die Beisetzungsfeierlichkeiten für den ermordeten ersten demokratischen bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner: „Die heutige Trauerfeier hebt sich durch die kirchliche Weihe himmelhoch hinauf über alles Trauertheater, das auf dem Straßenpflaster von München jemals gewesen ist.“ Ausführlich hebt Faulhaber hervor, dass Ludwig III. „kein König von Volkes Gnaden“, sondern ein „König von Gottes Gnaden“ gewesen sei. Der monarchistische und antidemokratische Kirchenvertreter verurteilt die Revolution, indem er sagt: „Könige von Volkes Gnaden sind keine Gnade für das Volk, und wo das Volk sein eigener König ist, wird es über kurz oder lang sein eigener Totengräber“. Dieser Satz lässt den Kardinal am Ende des Zweiten Weltkrieges prophetisch erscheinen. Ein größerer zeitlicher Abstand zeigt aber die Untauglichkeit solcher Ängste erzeugender Geschichtsverklärungen.

München - München-Maxvorstadt * Der Deutsche Katholikentag in München wird eröffnet. Für die anreisenden Zehntausenden von Gläubigen wird ein großer Festgottesdienst auf dem Königsplatz abgehalten, bei dem sich die katholische Kirche mit eindrucksvollem Gepränge darstellt. Die Straßen der Stadt sind mit Fahnen geschmückt, nur das Schwarz-Rot-Gold der Weimarer Republik ist demonstrativ vergessen worden. Kardinal Michael von Faulhaber enthält sich bei dieser zur politischen Kundgebung umgestalteten Veranstaltung weder politischer noch demokratiefeindlicher Äußerungen und ruft in seiner Ansprache zum Kampf der Kirche gegen den Staat auf: „Wehe dem Staat, der seine Rechtsordnung und Gesetzgebung nicht auf den Boden der Gebote Gottes stellt, der eine Verfassung schafft ohne den Namen Gottes, der die Rechte der Eltern in seinem Schulgesetz nicht kennt, der die Theaterseuche und die Kinoseuche nicht fernhält von seinem Volk, der Gesetze gibt, die die Ehescheidung erleichtern, die die uneheliche Mutterschaft in Schutz nehmen“. Diesem Satz folgt ein - von den dicht gedrängten Besuchern stürmisch bejubelter - rhetorischer Tiefschlag gegen die Republik und ihrer Gründer: „Die Revolution war Meineid und Hochverrat und bleibt in der Geschichte erblich belastet und mit dem Kainsmal gezeichnet“. Diese Worte wirken, wie Faulhaber später einmal recht zufrieden feststellt, wie eine Bombe. Der Kardinal versagt sich damit wieder einmal - mit seiner ganzen Autorität und in der Öffentlichkeit - der Weimarer Republik und bereitet damit - ohne das möglicherweise direkt zu beabsichtigen - Adolf Hitler den Weg. Schon damals stellt die sozialdemokratische Münchener Post unter der Überschrift „Wohin des Wegs, Herr Kardinal?“ fest: „Seine Ansichten sind ein Beweis für den Machthunger der römischen Kirche und ihres Klerus, die nicht mit dem Staat in Frieden und Verträglichkeit zusammenleben, sondern ihn um jeden Preis beherrschen wollen.“ Die in Anwesenheit der Spitzen von Kirche, Staat und Gesellschaft gemachten Aussagen des Kardinals führen allerdings auch zu einem „weltweit hallenden Eklat“ und veranlasst die - konservative - Reichsregierung, sich bei Papst Pius XI. zu beschweren. Damit, dass sich ein Widerstand derjenigen Katholiken formiert, die im neuen Staat ehrlich mitarbeiten wollen, hat Faulhaber nicht gerechnet.

München-Neuhausen • Der Prozess gegen die Beteiligten am Hitler-Ludendorff-Putsch wird mit einem Urteil beendet. Hitler wird wegen Hochverrats zur gesetzlichen Mindeststrafe von fünf Jahren Festungshaft und einer Geldstrafe von 200 Goldmark verurteilt, ebenso Kriebel, Weber und Pöhner. Brückner, Röhm, Pernet, Wagner und Frick erhalten wegen Beihilfe jeweils ein Jahr und drei Monate Festungshaft sowie 100 Goldmark als Strafe auferlegt.



Ludendorff wird mit der wenig glaubwürdigen Begründung, dass er keine Kenntnis von den eigentlichen Plänen Hitlers gehabt hätte, freigesprochen. Den Verurteilten Hitler, Pöhner, Weber und Kriebel wird durch Beschluss des Volksgerichts nach Verbüßung eines weiteren Strafteils von sechs Monaten Bewährung für den Strafreis in Aussicht gestellt. Für Brückner, Röhm, Pernet, Wagner und Frick wird diese Bewährung sofort bewilligt. Die Staatsanwaltschaft hatte für Hitler eine Strafe von acht Jahren beantragt. Von der zwingenden Ausweisung Hitlers als Ausländer nach § 9 Absatz 2 des Gesetzes zum Schutze der Republik sieht das Volksgericht ausdrücklich ab. Ebenso berücksichtigt es nicht, dass der 1922 wegen Landfriedensbruch verurteilte Hitler bereits unter Bewährung stand und ihm daher nicht erneut Bewährung gewährt hätte werden dürfen. Die Volksgerichte sind für die ihnen zugewiesenen Fälle in Bayern erste und letzte Instanz, so dass gegen ihre Urteile keine Rechtsmittel statthaft sind. Das Urteil ist somit sofort rechtskräftig.

1926 – Das Anwesen Friedenstraße 40 gehört der Firma L. Bernheimer oHG

München-Berg am Laim * Laut dem Adressbuch gehört das Grundstück am Standort des heutigen Technischen Rathauses an der Friedenstraße 40 der L. Bernheimer oHG, die „künstlerische und vornehme Wohnungseinrichtungen in historischen Stilarten“ anbietet. Die jüdische Antiquitätenhändler-Familie betreibt ihr Hauptgeschäft am Lenbachplatz.

1926 – Die Stadtverwaltung weitet den Münchner Burgfrieden aus

München-Theresienwiese * Die Stadtverwaltung erwirbt erneut Privatgrundstücke auf der Theresienwiese und weitet damit den Münchner Burgfrieden auf das Gebiet der Nachbargemeinde Untersending aus.

Mai 1929 – Der Erzengel Friede

München-Haidhausen * In dem multimedialen Kinoprojekt „Mit dem Fremdenwagen durch München“ wird auch der Friedensengel vorgestellt. LIESL KARLSTADT: „Isarabwärts fahrend, sehen wir rechts den Friedensengel. - Ein monumentaler Abschluss der Prinzregentenstraße.“ KARL VALENTIN: „Der goldene Friedensengel ist aus Erz, sozusagen der Erzengel Friede. Was er während des Weltkrieges da oben getrieben hat, ist allen unerklärlich. Unter der Prinzregentenbrücke sehen Sie den stromabwärts schwimmenden Isarfluss.“



31. Juli 1932 – NSDAP wird stärkste Partei

Deutsches Reich * Bei der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 wird die NSDAP mit 37,3 Prozent der Stimmen erstmals stärkste Partei im Deutschen Reich. Eine absolute Mehrheit erreicht sie jedoch nicht. Das Wahlergebnis ist Ausdruck der schweren Wirtschafts- und Staatskrise der Weimarer Republik, die von hoher Arbeitslosigkeit, politischer Instabilität und wachsender Unzufriedenheit geprägt ist. Obwohl Adolf Hitler zunächst nicht zum Reichskanzler ernannt wird, markiert die Wahl einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zur Machtübernahme der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933.

5. Mai 1933 – Ein „Hirtenbrief“ der bayerischen Bischöfe

München-Kreuzviertel - Bayern * Angeblich wollte „Kardinal“ Michael von Faulhaber das „Unrecht gegen die Juden“ in seinem „Hirtenbrief“ vom 5. Mai ansprechen, wird aber von den anderen Bischöfen davon abgehalten. In dem „Hirtenbrief“ der bayerischen Bischöfe heißt es jetzt: „Unsere jetzige Reichsregierung hat sich große und schwierige Aufgaben gestellt; sie will das deutsche Volk, das an den Folgen des verlorenen Weltkrieges und der Revolution so unsäglich viel leidet, wieder zur früheren Höhe emporführen durch eine geistige, sittliche und wirtschaftliche Erneuerung. [...] Daher rufen wir Bischöfe in tiefer Liebe zu unserem armen Vaterlande, [...] den Blick nicht mehr zu richten auf die Vergangenheit, nicht auf das zu sehen, was uns trennt, sondern auf das, was uns eint, daher einander die Hand zu reichen und in hochherziger Opferwilligkeit die vereinten Kräfte einzusetzen, um der furchtbaren Not, dem immer weiter fortschreitenden Niedergang und dem unseligen Unfrieden Einhalt zu bieten. [...] Der Wiederaufbau unseres Volks- und Staatslebens muß zur Grundlage haben die ewigen, unantastbaren Gesetze des christlichen Glaubens, der christlichen Sitte, der christlichen Gerechtigkeit und des sozialen Friedens. Es verdient aufrichtigen Dank, daß der höchste Vertreter der Reichsregierung in feierlicher Stunde erklärte, das Werk der Wiedererneuerung unseres Volkes auf den Felsengrund des christlichen Glaubens stellen und freundschaftliche Beziehungen zur Kirche pflegen zu wollen. [...] Wir sind dankbar für die Erklärung des Reichskanzlers, daß die Rechte der Kirchen nicht geschmälert, ihre Stellung zum Staate nicht geändert werden wird“.

12. Mai 1933 – „Die Löwenbrauerei ist nunmehr ein deutsches Unternehmen“

München * Der Völkische Beobachter stellt zufrieden fest: „Die Löwenbrauerei kann nunmehr mit vollem Recht als ein deutsches Unternehmen bezeichnet werden. [...] Damit entfallen die



bisherigen Anwürfe“.

25. Juni 1935 – Ein Sicherheits- und Hilfsdienst wird eingerichtet

Berlin * Das Luftschutzgesetz verpflichtet alle Deutschen zu „Dienst- und Sachleistungen sowie zu sonstigen Handlungen, Duldungen und Unterlassungen [...], die zur Durchführung des Luftschutzes erforderlich sind“. In Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern muss ein Sicherheits- und Hilfsdienst unter der Leitung des Polizeipräsidenten aufgestellt werden. Er erhält später den Namen Luftschutzpolizei. Die Feuerwehr untersteht somit bei kriegsbedingten Einsätzen dem örtlichen Luftschutzleiter, bei „normalen“ - friedensmäßigen - Einsätzen ist weiterhin der Oberbürgermeister ihr höchster Dienstvorgesetzter in der Stadt.

1938 – Der flügellahme Friedensengel

München-Haidhausen * Ein Blitz trifft den Friedensgenius am rechten Flügel und macht ihn flügellahm.

1. September 1939 – Mit dem Kriegsbeginn wiederholen sich die Probleme des Tierparks

München-Giesing * Weitere geplante Objekte für den Tierpark Hellabrunn sind tropische Gewächshäuser, ein Insektarium, ein Tigertal und eine Freianlage für Braunbären und weitere. Durch den Kriegsbeginn müssen sämtliche Bauvorhaben eingestellt werden und kommen nicht zur Ausführung. Im Tierpark treten die bereits bekannten Probleme wie 25 Jahre zuvor wieder auf. Der erste Schritt ist die Einberufung von 19 Tierpflegern. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis es zu Futterproblemen kommen wird. Außerdem sinkt die Zahl der Besucher nach Kriegsbeginn auf zehn Prozent gegenüber der Friedenszeit.

1943 – Der Friedensengel als Tannenbaum getarnt

München-Haidhausen * Im Zweiten Weltkrieg tarnt man die goldene Figur des Friedensgenius als Tannenbaum, damit sein Glanz den feindlichen Flugzeugen nicht als Wegweiser dienen kann. Den Krieg übersteht der Engel - im Gegensatz zu vielen Münchnern - ohne Blessuren.

5. Mai 1945 – Dönitz will eine Teilkapitulation mit den Westalliierten



Flensburg-Mürwik * Reichspräsident Karl Dönitz und viele Militärs wollen gegenüber den Westalliierten - also den USA und Großbritannien - eine Teilkapitulation erreichen, während der Kampf gegen die Sowjetunion weitergeführt werden soll. Dahinter stehen mehrere Motive: Die deutsche Führung fürchtet die sowjetische Gefangenschaft und Racheakte wegen der Verbrechen der Wehrmacht und SS im Osten, Millionen Flüchtlinge aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien fliehen damals Richtung Westen, Dönitz hofft, dass sich die sich abzeichnenden politischen Spannungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion verstärken und man diese ausnutzen kann.

6. Mai 1945 – Die Teilkapitulation scheitert

Reims * Reichspräsident Karl Dönitz entsendet Generaloberst Alfred Jodl zum Hauptquartier der Alliierten nach Reims in Frankreich zu General Dwight D. Eisenhower. Jodl versucht zunächst Zeit zu gewinnen und erneut eine Teilkapitulation auszuhandeln. Die Westalliierten haben sich jedoch schon zuvor auf die Forderung nach einer bedingungslosen Gesamtkapitulation geeinigt. Diese ist auf der Konferenz von Casablanca im Jahr 1943 beschlossen worden. Niemand will einen Separatfrieden, der das Bündnis mit der Sowjetunion gefährden würde. Eisenhower machte deshalb klar: Entweder kapitulieren alle deutschen Streitkräfte an allen Fronten gleichzeitig oder die Westalliierten schließen ihre Linien und treiben deutsche Truppen zurück in die sowjetischen Frontbereiche. Unter diesem Druck stimmt Generaloberst Alfred Jodl einer bedingungslosen Kapitulation zu.

9. Mai 1945 – Stalin erzwingt zweite Kapitulationszeremonie

Berlin-Karlshorst * Der sowjetische Diktator Josef Stalin ist mit der Zeremonie in Reims unzufrieden und besteht auf einer offiziellen Ratifizierung unter Beteiligung seines Landes, das die Hauptlast des Krieges getragen hatte. Deshalb wird die Kapitulation in Berlin-Karlshorst, in der sowjetischen Besatzungszone nochmals feierlich bestätigt. Anwesend sind Vertreter der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion sowie die Wehrmachtführung. Wegen dieser Symbolik gilt in der UdSSR wie nun in Russland der 9. Mai als eigentlicher Tag des Sieges und wird meist mit einer großen Militärparade in Moskau begangen.

5. März 1949 – Michael von Faulhaber erhält die Münchner Ehrenbürgerschaft

München * Die bayerische Landeshauptstadt München verleiht Kardinal Michael von Faulhaber



aus Anlass seines achtzigsten Geburtstags die Ehrenbürgerschaft. Schon damals sprechen alle vom Widerstand des Erzbischofs von München und Freising. Und Landtagspräsident Michael Horlacher von der CSU schwärmt in seiner Rede vor den Abgeordneten sogar von Michael von Faulhabers „immerwährenden Eintreten für den Völkerfrieden“.

1952 – Aus Kriegsschutt entsteht ein Friedenssymbol

München-Neuhausen * Der aus Russland stammende Timofej Wassiljewitsch Prochorow beginnt am Oberwiesenfeld in München-Neuhausen mit dem Bau eines kleinen Anwesens aus Kriegsschutt und wiederverwendeten Baumaterialien. Gemeinsam mit seiner Frau Natascha errichtet er zunächst ein Wohnhaus, später eine kleine Kirche und einen Garten - den heutigen Ost-West-Friedensgarten. Nach eigenen Angaben waren Marienvisionen der Auslöser für ihren Weg nach München. Ihr Ziel: eine Kirche als Zeichen der Versöhnung zwischen Ost und West zu errichten. Das Kirchlein wird der Gottesmutter Maria geweiht und entwickelt sich im Laufe der Jahrzehnte zu einem weithin bekannten Friedenssymbol. Alle Gebäude entstehen ohne behördliche Genehmigung. Trotz ihres Status als „Schwarzbau“ bleibt die Anlage erhalten und wird zu einem außergewöhnlichen Wahrzeichen Münchens.

1953 – Die Familie Bernheimer verkauft ihr Grundstück an der Friedenstraße 40

München-Berg am Laim * Die Familie Bernheimer verkauft ihr Grundstück an der Friedenstraße 40 an die private Milchhof München GmbH. Das Areal war in der NS-Zeit „arisiert“ und nach dem Zweiten Weltkrieg wieder seinen rechtmäßigen Besitzern zurückgegeben worden.

2. Februar 1955 – Wir sind die Cowboys von der Nockher-Ranch

München-Au * Der Cowboy Club München Süd bittet um Baugenehmigung für ein Behelfsclubheim. Auf dem der Öffentlichkeit nicht zugänglichen Grundstück von Frau Ida Krone, „da dadurch das bisher durch Lausbubenstücke und von lichtscheuen Elementen heimgesuchte Gelände unter schärfere Kontrolle fällt und der Rasen und Baumbestand gepflegt wird. Korrektes und ruhiges Verhalten wird die Nachbarschaft nicht belästigen“. In einer Ranch will der Verein einen Clubraum, einen Museumsraum für die wertvolle Sammlung und einen Bibliotheksraum verwirklichen. Die Cirkus-Krone-Verwaltung genehmigt dem Cowboy-Club die Grundstücksnutzung für seine sportlichen und ideellen Zwecke, bis zum beabsichtigten Verkauf des Areals. Seither



beherrschen Winnetou und Old Shatterhand den ehemaligen Schmederer-Garten. Eine alte Wehrmachtsbaracke wird mit Hilfe der Pschorrbrauerei und hoher Eigenleistung zur Ranch umgebaut. „Jeden Samstag und Sonntag sind 15 bis 20 Mann ganztägig da. Rund 2.000 Arbeitsstunden werden freiwillig und gern von den Clubmitgliedern geleistet.“ In der Ranch befindet sich der kostbarste Besitz des C.C.M.S., das Indianermuseum. In ihm ist alles Zubehör und Kleidung zu finden, die einen Indianer ausmachen: Köcher aus Büffelleder, Federhauben, Friedens-Pfeifen, Brautmokassins, mit perlenbestickten, bunten Schuhsohlen, sowie Kriegsbeilen, wie sie wirklich waren: schlicht und einfach. In einem eigenen lateinamerikanischen Glaskasten befindet sich ein Schrumpfkopf.

13. Juni 1956 – Forderung nach Wiedererrichtung des Ludwig II.-Denkmals

München-Nymphenburg * Am 70. Todestag von König Ludwig II. bildet sich in Schloss Nymphenburg ein Komitee, das den Freistaat und die Stadt auf den leeren Platz an der Corneliusbrücke hinweisen soll, wo sich bis Mai 1942 das Ludwig-II.-Monument befand und das auf Anordnung des Reichsministeriums des Inneren - als einziges Königsdenkmal Münchens - abgebaut und in Hamburg zur Gewinnung von kriegswichtiger Munition eingeschmolzen worden war.

November 1957 – Verein für die Wiedererrichtung eines Denkmals für König Ludwig II.

München * Der Verein für die Wiedererrichtung eines Denkmals für König Ludwig II. von Bayern e.V. wird gegründet. Der Verein wendet sich an den Bildhauer Fritz Behn, der eine riesige Statue des Märchenkönigs konzipieren soll.

1958 – Eine mahnende Inschrift am wiederhergestellten Siegestor

München-Maxvorstadt - München-Schwabing * Nach einer heftig kontrovers geführten Diskussion wird das Siegestor zu einem Mahnmal gegen den Krieg. Seine Inschrift lautet jetzt: „DEM SIEG GEWEIHT * VOM KRIEG ZERSTÖRT * ZUM FRIEDEN MAHNEND“.

2. Juli 1959 – Provisorisches Ludwig-II.-Denkmal am Friedensengel



München-Haidhausen * Zwischen dem 2. und 9. Juli 1959 wird auf Initiative des Vereins für die Wiedererrichtung eines Denkmals für König Ludwig II. von Bayern das von Fritz Behn geschaffene Gipsmodell des Königs probeweise in der mittleren Nische der Terrassenanlage unterhalb des Friedensengel aufgestellt. Das ursprüngliche Bronzedenkmal auf der Corneliusbrücke war im Zweiten Weltkrieg für Zwecke der Rüstungsindustrie eingeschmolzen worden. Die geplante Wiedererrichtung sieht eine Ausführung in feuervergoldeter Bronze vor. Die Planungen werden jedoch scheitern.

25. August 1959 – Große Zustimmung für das Königs-Denkmal

München-Haidhausen * Der Verein für die Wiedererrichtung eines Denkmals für König Ludwig II. von Bayern e.V. verteilt am 114. Geburts- und Namenstag Ludwigs II., eine „Volksbefragungspostkarte“ mit Fritz Behns Modell am Standort unterhalb des Friedensengels. Die Aktion bringt eine Zustimmung von 96 Prozent für das Projekt. Von Behns Plastik hat sich nur noch der Kopf erhalten.

5. Juni 1962 – Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und rund 2.000 Personen

München-Maxvorstadt * Im Anschluss an ein Jazzkonzert kommt es an der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und rund 2.000 Personen, als nach dem Ende des Konzerts in der Aula der Universität zahlreiche Konzertbesucher die Musiker auffordern, auf dem Geschwister-Scholl-Platz weiterzuspielen. Als die mit Buhrufen begrüßte Polizei eintrifft, kommt es zu Rangeleien und zwei Festnahmen. Die Polizei wird von den Protestierern durch eine Blockade am Wegfahren gehindert. Dabei werden auch die Reifen des Einsatzwagens zerstochen. Die bedrängten Polizisten rufen Verstärkung, die mit zwei Funkstreifenwagen, dem Kleinen und Großen Überfallkommando sowie dem Bereitschaftszug der Stadtpolizeischule am Ort der Auseinandersetzung eintrifft. Der Polizeimacht gelingt es an diesem Abend die Menge zu zerstreuen. Es kommt zu weiteren sieben Festnahmen. Die so Festgesetzten werden alle wegen Auflauf und Landfriedensbruch angezeigt. Dieses Geplänkel geht als „Unikrawall“ in die Geschichte ein.

15. August 1962 – Ringo Starr wird Schlagzeuger der Beatles

London * Ringo Starr wird Schlagzeuger der Beatles, weil George Martin mit der Leistung von Pete Best auf diesem Instrument nicht zufrieden ist.



16. August 1962 – Pete Best wird bei den Beatles gekündigt

London * Da George Martin mit dem Schlagzeugspiel von Pete Best nicht zufrieden ist, muss ihm Brian Epstein die Nachricht überbringen, dass er nicht mehr den Beatles angehört.

28. August 1963 – Josephine Baker und Martin Luther King

Washington D.C. * Josefine Baker schreitet an der Seite des Baptistenprediger Martin Luther King auf Washington und träumt mit ihm den Traum eines gleichen und freien Amerika. So wird aus Baker, der erfolgreichen Tänzerin, eine Kämpferin für den Frieden, eine Galionsfigur der Bürgerrechtsbewegung und - weil sie ihre Bisexualität stets offen gelebt hatte und bewusst an der Seite homosexueller Künstler aufgetreten ist - bis heute auch eine Ikone der LGBT-Bewegung.

23. Juni 1966 – Die Beatles kommen nach München

London - München * Um 11:20 Uhr heben die Beatles mit dem Flug BE502 mit der BEA-Linienmaschine Comet IV vom Londoner Flughafen ab, um um 12:56 Uhr in München-Riem zu landen. Endlich sind sie da. George Harrison, Paul McCartney, John Lennon und Ringo Starr treffen erstmals und höchstpersönlich in München ein. Und als „die vier Sängerknaben mit der Mädchenfrisur“ das Flugzeug verlassen, werden sie „von lustigen Teenagern zumeist“ begeistert empfangen. Man hat sie bis zur Landung des Flugzeugs mit Beatmusik bei Laune gehalten. Die Mädchen tragen Pony, die Haare hochtoupirt, sowie bonbonfarbene, schenkelkurze Op-Art-Kleidchen und Pumps. Die Burschen bekleiden sich mit hautengen Jeans und schwarzen T-Shirts oder geblühten Hemden. Ihre Haare bedecken zwar die Ohren, reichen aber noch nicht bis zur Schulter. Dazwischen sind auch „einige wüstere Typen mit verfilztem, schulterlangem Haar, im obligatorischen Snow Coat mit aufgemalten Atomwaffengegner-Abzeichen“, schreibt die Süddeutsche Zeitung. Die Mädchen halten bemalte Schilder hoch und alles sieht friedlich aus. Doch es muss schon ein sehr trügerischer Friede sein, denn auf je fünf Fans kommt ein Polizist. 200 Staatliche Ordnungskräfte sorgen für einen reibungslosen Ablauf. Außerdem ist die Straße rechts vom Hauptgebäude auf einer Länge von fast einhundert Metern abgesperrt worden. Noch auf der Rolltreppe werden die Fab Four mit extrem saublöden Fragen interviewt. Ringo Starr antwortet auf dem Flughafen auf die Frage eines Reporters: „Warum stehen Sie immer so spät auf?“ mit der Gegenfrage: „Wollen Sie schon in aller Frühe unseren Lärm hören?“ Total unverständlich findet der Münchner Merkur die Popularität der Beatles, da die Vier doch nur Nachteile vorzuweisen hätten: „Der kurzsichtige John Lennon, der Linkshänder



Paul McCartney, George Harrison mit den abstehenden Ohren und Ringo Starr mit der übergroßen Nase.“ Außerdem überreicht man ihnen Lederhosen mit Hirschknöpfen und weiße leinene Trachtenhemden. Schon während des Flugs hat man ihnen einen Tirolerhut übergeben, den der „großnasige“ Ringo beim Verlassen des Flugzeugs zu seiner braunen Lederjacke trägt.

„Machen Sie Platz für die Beatles!“. Die Ampeln sind für die vier Musiker auf Grün gestellt. So fahren sie über die Prinzregentenstraße, vorbei an den Vieltausenden, Fähnchen schwenkenden, „Yeah-yeah-yeah!“ kreischenden Münchner Beatles-Fans. Es herrscht einfach eine freundliche Stimmung an diesem 23. Juni 1966. In dem Auto mit dem Kennzeichen M-TX 107 sitzen die Beatles. Um den wartenden Fans zu entkommen, fährt der Mercedes die Tiefgarage von hinten an, sodass die Gruppe um 13:45 Uhr das Hotel durch den Lieferanteneingang betreten kann. Während die Musiker durch den Hintereingang verschwinden, warten auf dem Promenadeplatz etwa 3.000 Fans und Neugierige mit Transparenten. Neun Hausdiener und eine Handvoll Polizisten sollen den Bayerischen Hof gegen den Ansturm der Beatles-Fans verteidigen. „Die Scheiben sind vorsorglich beim Glaser bestellt“, diktiert Hotelchef Falk Volkhardt einem Reporter in den Block. Nichts passiert. Nur junge Frauen und Männer warten auf dem Promenadeplatz sehnsüchtig auf den Augenblick, dass sich ihre Idole an einem der Fenster zeigen. Oben im fünften Stock tun diese den Fans ein einziges Mal den Gefallen und treten ans Fenster, um ein paar Autogramme auf die Straße zu werfen. Für 16:00 Uhr ist im Nachtclub des Hotels Bayerischer Hof eine Pressekonferenz anberaumt. Diese beginnt 20 Minuten später, weil der Fahrstuhl stecken bleibt. Statt der erlaubten 10 haben sich 15 Personen in den Aufzug gequetscht. Zuerst werden Fotos der Fab Four geschossen, danach dürfen die Journalisten die Beatles 13 Minuten befragen. Dazwischen bekommen sie noch den „Goldenen BRAVO Otto“ in der Kategorie Beste Beatband überreicht. Zur gleichen Zeit tagt im Polizeipräsidium an der Ettstraße ein Krisenstab, denn den deutschen Behörden und der Polizei waren Popstars samt den kreischenden Fans ausgesprochen befremdlich. Aus Anlass des Beatles-Gastspiels richtet man in München einen Krisenstab ein, dem der Polizeipräsident, zwei Einsatzleiter und ein erst kurz zuvor installierter psychologischer Fachmann angehören. Deeskalation fordert der Psychologe, was natürlich umfangreiche polizeiliche Vorbereitungen notwendig macht, um Massenaufläufe möglichst zu verhindern oder zumindest unter Kontrolle zu halten. So bekommen die Beatles die Kehrseite ihres Ruhmes zu spüren. Ihnen wird ein abendlicher Schwabing-Bummel aus Sicherheitsgründen verboten, weshalb sie die ganze Zeit ihres München-Aufenthaltes im Bayerischen Hof verbringen müssen. Die Abendzeitung schreibt beschwichtigend: „Die Herren tragen zwar unorthodoxe Haartracht und veranstalten einen für musikalische Ohren beschwerlichen Lärm, aber im Grunde sind sie harmlos und übermütig, und in ihren Liedern kommt nichts Unanständiges vor.“ Die Polizei hat eine Fälscherbande hochgenommen, die 125 gefälschte Eintrittskarten für die Beatles-Konzerte zu Horror-Preisen verkauft hat. Am frühen Abend machen die Beatles eine Generalprobe auf ihrem Zimmer, da



28. Mai 1967 – Ein neues Ludwig-II.-Denkmal in den Maximiliansanlagen

25. Juni 1967 – 400 Millionen sehen „All You Need Is Love“

15. Dezember 1969 – John Lennon und Yoko Ono: „War Is Over! - If You Want It“

Seite 127/133



Christmas from John & Yoko.“ Die Plakataktion beginnt am 15. Dezember in zwölf Städten: Athen, Berlin, Hongkong, London, Los Angeles, Montreal, New York, Paris, Port-of-Spain (Trinidad), Rom, Tokyo und Toronto. In Deutschland steht auf den Plakaten und Handzetteln „Der Krieg ist aus!“.

1977 – Nach dem Tod seiner Frau lebt Väterchen Timofej als Eremit

München-Neuhausen * Mit dem Tod seiner Frau Natascha endet die gemeinsame Aufbauarbeit an der Ost-West-Friedenskirche. Timofej Wassiljewitsch Prochorow bleibt allein auf dem Gelände zurück und lebt fortan als Einsiedler. Für viele Münchner wird „Väterchen Timofej“ zu einer ebenso ungewöhnlichen wie beliebten Persönlichkeit und die Friedenskirche zu einem Ort der Begegnung und des Friedens.

6. November 1980 – 2.000 Rekruten legen auf dem Königsplatz ihr Feierliches Gelöbnis ab

München-Maxvorstadt * Aus Anlass des 25-jährigen Bestehens der Bundeswehr legen 2.000 Rekruten auf dem Königsplatz ihr Feierliches Gelöbnis ab. Generalmajor Wolfgang Kessler und Ministerpräsident Franz Josef Strauß sprechen dabei von der „Erhaltung des Friedens durch Abschreckung“. Die Vereidigung auf dem Königsplatz ruft Erinnerungen an die Aufmärsche während der NS-Zeit wach, weshalb parallel zur Gelöbnisfeier eine Protestveranstaltung der Münchner Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung stattfindet. Transparente mit der Aufschrift „Auf Hitlers Plattenmeer gelobt nunmehr die Bundeswehr“ werden von den Demonstranten mitgetragen.

1981 – Friederike Kreutzkamm übernimmt die Geschäftsführung

München-Kreuzviertel * Nach dem Tod von Fritz Kreutzkamm übernimmt seine Frau Friederike die Geschäftsführung des Familienunternehmens. In der Maxburg an der Pacellistraße eröffnet sie zudem eine kleine Confiserie, die sich erfolgreich etabliert.

18. Juli 1981 – Der Friedensengel wird von der Säule geholt

München-Haidhausen * Statiker des Baureferats haben entdeckt, dass sich am linken Standbein der über 2,5 Tonnen schweren Figur des Friedensengels ein Riss übers Schienbein gebildet hat,



die tragende Stahlstange ist angerostet, die ausladenden Flügel sind bedenklich von Wind und Wetter mitgenommen und der nächste Sturm könnte die Konstruktion vom Sockel stürzen lassen. Es muss umgehend etwas geschehen. In der Nacht zum 18. Juli 1981 rückt die Feuerwehr an und schweißt den Friedens-Genius heimlich oberhalb der Taille entzwei und holt ihn von der Säule herunter. Später schleppt man noch den Unterleib der fast sechzig Zentner schweren Dame in ein auswärtiges Lager. Dort allerdings erweist sich bei näherer Untersuchung, dass man nur drei Schrauben hätte lösen müssen, um den Goldengel ohne Radikalamputation auseinander nehmen zu können.

1982 – Die Landeshauptstadt erwirbt Teile des Milchhofs München

München-Berg am Laim * Die Landeshauptstadt München erwirbt den größten Teil des Areals an der Friedenstraße, auf dem sich die Milchhof München GmbH befindet.

7. Februar 1983 – Eine Pershing II-Rakete statt dem Friedensengel

München-Haidhausen * Während der Friedensengel renoviert wird und sein Platz auf der Säule leer ist, setzt die „Initiative für die totale Nachrüstung“ eine vier Meter lange Attrappe einer Pershing II-Rakete auf den leeren Sockel der Säule in 23 Metern Höhe. Sie steht dort genau zwei Stunden und fünfzehn Minuten, bevor sie behördlich entfernt wird. Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen Hausfriedensbruchs und Störung der Allgemeinheit auf und bittet die Münchner Bevölkerung um Mithilfe. Rechtzeitig vor der geplanten Aufstellung der Pershing II-Raketen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland stellt die Polizei ein für alle mal klar, was juristisch von den hierfür Verantwortlichen zu halten ist: „Sie sind Kriminelle.“

25. Juli 1983 – Die Rückkehr des Friedensengels

München-Haidhausen * Der wieder zusammengesetzte und frisch vergoldete Friedensengel schwebt am Haken eines Hebekrans auf seinen Platz zurück. Auf seinen Weg bekommt er einen Hebespruch mit: „Nia koan Streit mehr und koan Kriag, schön wär's, Friedensengel flieg!“

November 1986 – Baufortschritt und juristische Aufarbeitung

Wackersdorf - Schwandorf * Während die Arbeiten auf dem WAA-Gelände fortgesetzt und die



Baustelleneinrichtungen erweitert werden, beschäftigen die zurückliegenden Proteste zunehmend Polizei und Justiz. Gegen zahlreiche Demonstranten laufen Ermittlungs- und Strafverfahren, unter anderem wegen Landfriedensbruchs, Sachbeschädigung, Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und Körperverletzung. Zugleich werden einzelne Vorwürfe gegen Polizeibeamte untersucht. Sie betreffen unter anderem unverhältnismäßige Gewaltanwendung bei Demonstrationen, Räumungen und Festnahmen. Der WAA-Konflikt verlagert sich damit zunehmend vom Bauzaun in Polizeidienststellen, Staatsanwaltschaften und Gerichte.

1987 – Die Milchhof München GmbH wird liquidiert

München-Berg am Laim * Die Milchhof München GmbH wird liquidiert. An dem Grundstück zeigen sich die Firmen Siemens und Bosch interessiert, ziehen sich aber aufgrund des Preises wieder zurück.

1991 – Die Abräumarbeiten für das Technische Rathauses beginnen

München-Berg am Laim * Die Abräumarbeiten für das Areal des heutigen Technischen Rathauses an der Friedenstraße 40 beginnen.

Mai 1991 – Kreutzkamm kehrt nach Dresden zurück

Dresden * Friederike Kreutzkamm eröffnet am Dresdner Altmarkt das Café Kreutzkamm. Fast 46 Jahre nach der Zerstörung des Stammhauses kehrt das Familienunternehmen damit an seinen Gründungsort zurück und knüpft an seine Dresdner Tradition an. Das Café entsteht im ehemaligen Süßwarengeschäft „Praline“ unter den Arkaden am Altmarkt, unweit des ursprünglichen Standorts des 1945 zerstörten Stammhauses.

1993 – Ein Wettbewerb für das Technische Rathaus

München-Berg am Laim * Ein Wettbewerb für ein Verwaltungsgebäude der Landeshauptstadt München an der Friedenstraße 40 wird ausgeschrieben.

13. September 1996 – Der Kunstpark Ost wird eröffnet



München-Berg am Laim * Auf dem 80.000 Quadratmeter umfassenden ehemaligen Pfanni-Gelände an der Grafinger-/Ecke Friedensstraße öffnet der Kunstpark Ost seine Tore. Nach nur kurzer Zeit gilt der Kunstpark als Europas größter Partyzone. In über dreißig Clubs, Hallen und Kneipen steht der Jugend der Stadt und des Umlands ein Areal für Konzerte, aber auch zum Feiern und Partymachen zur Verfügung. Die Initiative für das Münchner Vergnügungsviertel ging von dem Hallenmogul Wolfgang Nöth aus.

9. Dezember 1997 – Richtfest am Technischen Rathaus an der Friedensstraße

München-Berg am Laim * Das Technische Rathaus an der Friedensstraße 40 kann sein Richtfest feiern. Dabei sagt Baureferent Horst Haffner: „Es entsteht kein protziger Verwaltungsbau, aber auch kein trauriger Behördensilo.“ Neben den 1.162 Büros, in denen rund 1.800 Beschäftigte arbeiten, befinden sich ein Kindergarten, eine Krippe, eine Kantine und eine Cafeteria. Auf dem Dach des 63 Meter hohen Turms wird ein Rotor mit einem Durchmesser von zwölf Metern angebracht. Er hat ein Gewicht von sechs Tonnen und erzeugt eine elektrische Energie von vierzig Kilowatt. Das Windrad kommuniziert mit einer sich drehenden Landschaft im Innenhof des Technischen Rathauses. In einer Stunde eine Runde. Das Windrad entsteht als Kunst am Bau und im öffentlichen Raum. Auch dazu wird ein internationaler Wettbewerb ausgelobt. Fünfzehn renommierte Künstler haben ihre Vorschläge eingereicht. Den Zuschlag hat der Entwurf des Studios Vito Acconci aus New York erhalten.

1999 – Der Friedensengel wird runderneuert

München-Haidhausen * Zum hundertjährigen Jubiläum des Friedensdenkmals wird der Friedensengel erneut renoviert und neu vergoldet, alle anderen Bauteile und Figuren der Anlage gereinigt und ausgebessert.

14. Juli 2004 – Väterchen Timofej stirbt

München-Neuhausen * Väterchen Timofej Wassiljewitsch Prochorow stirbt - angeblich im Alter von 110 Jahren. Sein tatsächliches Alter bleibt ungeklärt. Der russische Eremit, der aus Kriegsschutt die Ost-West-Friedenskirche errichtete, war längst eine Münchner Institution. Mit seinem Tod wird aus der ungewöhnlichen Persönlichkeit endgültig eine Legende der Stadtgeschichte.



2010 – Kreutzkamm eröffnet ein Kaffeehaus am Tegernsee

Tegernsee * Kreutzkamm eröffnet in der Hauptstraße 45 in Tegernsee das „Café am See“. Das klassisch eingerichtete Kaffeehaus mit eigener Konditorei liegt direkt am Ufer des Tegernsees und erweitert die Präsenz des Familienunternehmens um einen dritten Standort neben München und Dresden.

Oktober 2011 – Unzufrieden mit der Leistung der Architekten und Projektsteuerer

München-Ludwigsvorstand * Nach einer Sitzung des Aufsichtsrates des Deutschen Theaters lässt dessen Chef Hep Monatzeder wissen, dass man sehr unzufrieden ist mit der Leistung der Architekten und Projektsteuerer. Doch eine Auswechslung der Verantwortlichen für die Baustelle will bei dem Stand des Verfahrens keiner mehr. Deutlich wird, dass die 86 Millionen Euro nicht reichen werden. Außerdem ist die geplante Wiedereröffnung im Frühjahr 2013 sehr ungewiss. Womöglich wird der Umzugstermin erst im Oktober 2013 stattfinden.

25. April 2017 – Hat die Bayerische Staatsregierung Frieden mit Kurt Eisner geschlossen?

München * Scheinbar hat nun auch die Bayerische Staatsregierung ihren Frieden mit Kurt Eisner gemacht. In einem Schreiben des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst heißt es: „Die Rolle Kurt Eisners bei der Beendigung des Ersten Weltkrieges, beim Ende der Monarchie und der Einführung einer demokratischen Verfasstheit in Bayern, beim Bemühen, den künftigen deutschen republikanischen Bundesstaat föderal auszugestalten und bei der Bereitschaft, auch die (Mit)Verantwortlichkeit des Deutschen Reiches beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges als Grundlage für eine neue Friedensordnung in Europa anzuerkennen, werden von der Bayerischen Staatsregierung außerordentlich positiv bewertet. Hinzu kommt die Tatsache, dass Eisner als Intellektueller (vor allem orientiert an Immanuel Kant), mit seinem jüdischen (familiären) Hintergrund und als Pazifist (zumal als Zeitgenosse der Blutbäder des Ersten Weltkrieges) wie durch seine Ermordung als amtierender Bayerischer Ministerpräsident am 21. Februar 1919 zu einer Symbolgestalt für aufgeklärt-demokratische Kräfte gegenüber den chauvinistisch-antisemitischen wurde, in deren späterer Konsequenz auch die Barbarei des NS-Regimes in Bayern und Deutschland steht“. Das Ministerium stellt darin in Aussicht, Kurt Eisner bei den zentralen bayerischen Jubiläumsfeierlichkeiten des Jahres 2018 („100 Jahre Freistaat Bayern“) entsprechend zu würdigen. Vielleicht bekommt er dann auch ein Bild in der Bayerischen Staatskanzlei.



2019 – Elisabeth Kreutzkamm-Aumüller übernimmt die Unternehmensleitung

München-Kreuzviertel * Elisabeth Kreutzkamm-Aumüller übernimmt die Leitung der Conditorei Kreutzkamm in fünfter Generation. Gemeinsam mit ihrem Team führt sie die traditionsreiche Familien-Conditorei in München und Dresden in die Zukunft.

11. Juni 2023 – Ost-West-Friedenskirche brennt vollständig nieder

München-Neuhausen * Gegen 1.10 Uhr wird ein Brand in der Ost-West-Friedenskirche von Väterchen Timofej gemeldet. Als die Feuerwehr eintrifft, steht das überwiegend aus Holz und wiederverwendeten Baumaterialien errichtete Kirchlein bereits in Vollbrand. Die Einsatzkräfte können das Feuer zwar unter Kontrolle bringen, die Kirche wird jedoch vollständig zerstört. Menschen kommen nicht zu Schaden. Die Ermittlungen ergeben später, dass ein technischer Defekt den Brand ausgelöst hat. Der Wiederaufbau der als Friedenssymbol bekannten Kirche wird noch im selben Jahr auf den Weg gebracht.
